

Der Grundstein

Offizielles Organ des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 2,00 (ohne Bestell-
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 2,20

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Vereins-Anzeigen werden mit 30 % für die drei-
gepaltene Beilage oder deren Raum berechnet.

Ausblick auf unsere Tarifbewegung.

Am 28. Dezember werden die Vertreter der Organisationen zu den ersten Verhandlungen zusammentreten. Im Rathaus der Stadt München werden sie zusammenkommen und unter dem Vorsitz des Gewerbegerichtsdirektors Dr. Prentner verhandeln. Es erscheint nunmehr an der Zeit, einige Bemerkungen darüber zu machen, mit welchen Erwartungen und Ansprüchen die Arbeiter an die große Aufgabe der Erneuerung unserer Tarifverträge herantreten.

Die bevorstehende Bewegung vollzieht sich unter wesentlich andern Umständen, als die Bewegung des Jahres 1910. Es ist manches anders geworden, haben wie bräuen. Unternehmer und Arbeiter haben sich bemüht, ihre Organisationen zu stärken und vollkommener zu machen und beide Teile sind darum um gute Stücke vorwärts gekommen. Der Bund hat sich mit dem „Beirichsag“ gewappnet und sich damit nicht nur finanziell, sondern auch in seiner Festigkeit gestärkt. Er hat nach vielen ergebnislosen Verhandlungen, Abmachungen mit den Baustoffhändlern und Lieferanten getroffen, die ihm für den Fall des Kampfes die Hilfe dieser Leute zur Durchführung der Materialsperrre sichern. Er hat dabei zwar einige tausend Mitglieder eingebüßt, aber wir dürfen nicht zweifeln, daß er diesen Rückgang wieder ausgleichen wird. Ebenfalls dürfen wir erkennen, daß der Bund in seiner heutigen Verfassung, ungeachtet des vorübergehenden Mitgliederverlustes, stärker, besser auf den Kampf eingerichtet ist, als vor drei Jahren.

Nun haben jedoch auch die Gewerkschaften ihre Kampfkraft erhöht, haben den Kreis ihrer Mitglieder erweitert, haben beträchtliche Geldmittel angesammelt, haben auch durch eifrige Aufklärungsarbeit unter ihren Mitgliedern das Verständnis für all die Fragen der gewerkschaftlichen Taktik und Disziplin geschärft, die mit den Kämpfen unserer Zeit aufgetaucht sind. So darf man sagen, daß sich in dem Kräfteverhältnis zwischen den Organisationen der Arbeiter und Unternehmer keine wesentlichen Verschiebungen vollzogen haben. Die Unternehmer sind durch ihre Nützungen in den Stand gesetzt, einem etwaigen Kampfe einen größeren Umfang zu geben; dem haben die Arbeiter die größere Mitgliederzahl und die gesteigerte Finanzkraft ihrer Organisationen entgegenzusetzen. Es ergibt sich daraus, daß ein Kampf in der bevorstehenden Bewegung das Wirtschaftsleben weit schwerer schädigen würde als bei dem Kampfe 1910 geschah.

Ein weiterer Unterschied, dessen Wirkungen sich im Laufe der Bewegung zeigen werden, besteht in folgendem: Wie im Jahre 1910 stehen auch diesmal die Maler und Holzarbeiter (diese in 52 Lohngebieten mit etwa 50 000 Beschäftigten) vor der Erneuerung der Tarifverträge. Vor drei Jahren waren diese Berufe völlig unabhängig voneinander. Jeder Beruf ging bei seinen Maßnahmen seine eigenen Wege. Das ist heute anders. Im Jahre 1912 ist die Gründung des Reichsbundes baugewerblicher Unternehmerverbände erfolgt. Der führende Gedanke bei dieser Gründung war die Vertreibung einer einheitlichen Tarifpolitik. Die Unternehmer des Bau-, Holz- und Malergewerbes sind jetzt also untereinander verbunden und werden sich bemühen, die Bewegung nach einheitlichen Gesichtspunkten zu erledigen. Es besteht somit die Möglichkeit mannigfacher Vermittelungen und Schwierigkeiten, es besteht auch die Möglichkeit eines alle drei Gewerbe umfassenden Kampfes. Man braucht es noch nicht als Gewißheit zu betrachten, daß der Kriegsfall in einem Gewerbe zugleich der Kriegsfall für die beiden andern Gewerbe ist, aber es ist nötig, einen solchen Fall ins Auge zu fassen.

Schließlich liegen die Hauptfreipunkte der Bewegung diesmal auf andern Gebieten als im Jahre 1910.

Damals standen die Knebelungsanträge des Bundes im Vordergrund. Sie sind dann im Kampfe abgetan worden und man darf dem Bunde wohl soviel Ueberlegung und Augenmaß zutrauen, daß er uns diesmal mit solchen Dummheiten verschont, die höchstensfalls den Austrag der wirklichen Streitgegenstände stören und verzögern, sonst aber weiter keine Bedeutung haben. Diesmal handelt es sich um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, vornehmlich um die Erhöhung des Lohnes, die notwendig ist, um den Hunger der Bauarbeiter zu mildern, den die wucherische Zoll- und Steuerpolitik der herrschenden Klassen in den letzten Jahren bis hart an die Grenze der Unerträglichkeit gesteigert hat. Mögen die Unternehmer Winkelzüge machen, soviel sie wollen, mögen sie soviel Abänderungsanträge zu dem Vertragsmuster stellen, wie nur an den Paragraphen hängen können, das wird uns nicht bestimmen können, die Lohnfrage aus dem Auge zu lassen — sie ist der Angelpunkt der ganzen Bewegung. Neben ihr aber fordert die Frage der Arbeitszeitverfälschung für eine Anzahl größerer Orte immer gebietender ihre Lösung.

Die heute im Baugewerbe gezahlten Löhne hält man in Kreisen, die das Arbeitsverhältnis des Bauarbeiters nicht kennen, für hoch. Es ist eine ganz landläufige Auffassung, daß der Bauarbeiter zu den bestbezahlten Arbeitern überhaupt gehöre. Man sieht den Stundenlohn an und vergleicht ihn mit den Stundenlöhnen in andern Gewerben und schreit dann Stein und Bein, daß die Bauarbeiter, vornehmlich Maurer und Zimmerer, doch wahrhaftig keinen Grund zur Klage hätten. Diese Leute bedenken nicht, daß der Bauarbeiter seinen Lebensunterhalt für das ganze Jahr in neun bis zehn Monaten verdienen muß. Die kleine Zahl baugewerblicher Arbeiter, die mehr als 44 Arbeitswochen im Jahre zusammenbringt, kommt für die Verteilung der Gesamtverhältnisse kaum in Betracht. Bei ihnen handelt es sich ebenso um Ausnahmen, wie die wenigen günstig gestellten Fliesenleger einiger Städte. Ausnahmen sind, deren Jahresverdienste so häufig als Glanzstücke erhalten müssen, die nur unverschämte Stimmungsmacher gegen die Lohnanprüche der Gesamtheit auspielen können. Die Mehrheit der baugewerblichen Arbeiter kommt nicht über 42 bis 44 Arbeitswochen im Jahre hinaus. Aber auch diese Wochen sind noch nicht den Arbeitswochen anderer Berufe gleichzustellen. Es bleibt dabei zu würdigen die häufige Unterbrechung der Arbeit durch Stürmen oder tagelangen Regen, durch Materialmangel, und besonders die Einschränkung der täglichen Arbeitszeit durch die Abnahme des Tageslichtes. Es geht nicht an, einfach so zu rechnen: Die Bauarbeiter erhalten hier oder dort 50 % die Stunde, das sind bei zehnstündiger Arbeitszeit M. 5 den Tag und M. 30 die Woche; da das Jahr 52 Wochen hat, so verdienen die Bauarbeiter also M. 1560 im Jahr. Tatsächlich begegnet man oft Ansichten über die Entlohnung der Bauarbeiter, die nur auf Grund solcher Mißmachtsrechnungen zustande gekommen sein können. Man muß zunächst erst einmal feststellen, wieviel Arbeitsstunden in einem Jahre unter Berücksichtigung der Abnahme des Tageslichtes überhaupt möglich sind. Die Bestimmungen der jetzt geltenden Tarifverträge stufen die Arbeitszeit nicht ganz einheitlich ab. Die Lichtverhältnisse sind ja auch innerhalb Deutschlands verschieden, und wenn die Unterschiede auch nicht groß sind, so machen sie sich doch beim Tagesbeginn bemerkbar. Wir nehmen einen in der Mitte Deutschlands gelegenen Ort, in dem die zehnstündige Arbeitszeit besteht und stellen nach dem dort geltenden Tarifvertrage fest: Die Arbeitszeit beträgt an 305 Arbeitstagen 2780 1/2 Stunden. Bleiben wir nun bei 50 % Stundenlohn, so beträgt die Lohnsumme

für diese Zeit M. 1390,25; das sind also M. 169,75 oder 10,90 pSt. weniger als jene oben angeführte Rechnung ergab. Aber welcher Maurer, Zimmerer oder Bauhilfsarbeiter hätte das Glück einer so günstigen Arbeitsgelegenheit? Wer wäre nie gezwungen, wegen Krankheit, Witterung und Arbeitsmangels zu feiern? Zugestanden, es mag in ganz Deutschland ein paar hundert oder selbst tausend solcher Glückspilze geben: kann diese kleine Zahl maßgebend sein für die Beurteilung des Arbeitsverdienstes der Gesamtheit? Kein unbefangener Mensch wird das annehmen. Wir behaupten auf Grund gereifter Erfahrung, daß die Einschränkung des Jahresverdienstes infolge der Arbeitsbehinderung durch Krankheit, Witterung und Arbeitsmangel durchschnittlich 15 bis 20 pSt. beträgt. Damit glauben wir einen gerechten Maßstab für den durchschnittlichen Arbeitsverdienst der Bauarbeiter gefunden zu haben.

Wir nehmen nun den Verdienst einer vollen Arbeitswoche zur Grundlage, multiplizieren ihn mit 52, um den vollen Jahresverdienst festzustellen und ziehen von dieser Summe 25 pSt. ab — 10 pSt. für die Verminderung der Arbeitsmöglichkeit durch die Abnahme des Tageslichtes und 15 pSt. für den Ausfall, der durch Krankheit, Witterung, Arbeitslosigkeit usw. verursacht wird. Gegen diese Berechnung läßt sich einwenden, daß die Abzüge zu gering seien (10,90 + 15 bis 20 pSt. ergibt 25,90 bis 30,90); aber indem wir uns auf durchschnittlich 25 pSt. beschränken, tragen wir dem Rechnung, daß die Behinderung durch die Abnahme des Tageslichtes in den Orten mit neun- und neun-einhalbstündiger Arbeitszeit nur 8 oder 8,5 pSt. beträgt. Auf den Einwand, daß wir zu schwarz malten, der selbstverständlich von den Unternehmern erhoben werden wird, erwidern wir: es ist auch uns nicht unbekant, daß ein Teil der Bauarbeiter nicht in diesem Umfange in seiner Erwerbsmöglichkeit beschränkt wird, wir wissen aber andererseits, daß ein anderer Teil wiederum noch schwerer unter jenen Nachteilen leidet und daß darum unsere Feststellungsweise zur Erlangung von Durchschnittszahlen durchaus einwandfrei ist.

Und nun gehen wir uns auf Grund dieser Berechnungsart den Verdienst der deutschen Bauarbeiter an. Der Arbeitgeberbund hat eine Bearbeitung der jetzt geltenden Tarifverträge veröffentlicht, eine fleißige und — wie uns nach flüchtiger Durchsicht scheint — wertvolle Arbeit. Wir wollen ihre Angaben zu einem allgemeinen Ueberblick über die Lohnverhältnisse der Bauarbeiter benutzen.

Die Löhne der Maurer sind darin für 905 Lohngebiete angegeben. Sie betragen für 527 oder 58 pSt. aller Lohngebiete 31 bis 50 %.

Das bedeutet also, daß in der großen Hälfte aller Lohngebiete der durchschnittliche Jahresverdienst der Maurer zwischen M. 725,40 und M. 1170 beträgt. Was diese Zahlen bei den gegenwärtigen Preisen der Nahrungsmittel bedeuten, werden wir später sehen.

In 341 oder 37,6 pSt. aller Lohngebiete beträgt der Tariflohn der Maurer 51 bis 65 %. In mehr als einem Drittel aller Lohngebiete steht der durchschnittliche Jahresverdienst der Maurer also auf M. 1193,40 bis M. 1521.

In 37 Lohngebieten, das ist also in knapp 5 pSt. aller, stehen die Tariflöhne der Maurer auf 66 bis 85 %. Hier beträgt der durchschnittliche Jahresverdienst M. 1544,40 bis M. 1790,10.

Die Löhne der Zimmerer betragen in 457 Lohngebieten, das sind 57,5 pSt. aller, zwischen 31 bis 50 %, in 298 oder 37,5 pSt. aller Lohngebiete 51 bis 65 % und in 39 Lohngebieten 66 bis 85 %.

Die Löhne der Bauhilfsarbeiter sind in 611 oder 89,3 pSt. aller Lohngebiete auf 25 bis 50 % festgelegt.

Der durchschnittliche Jahresverdienst der Bauhilfsarbeiter beträgt also in fast neun Zehnteln aller Vertragsgebiete M. 585 bis M. 1170. In 71 oder 10,3 pZt. aller Lohngebiete stehen die Hilfsarbeiterlöhne auf 51 bis 65 % in etwa einem Zehntel aller Lohngebiete verdienen die Hilfsarbeiter also durchschnittlich einen Jahresverdienst von M. 1193,40 bis M. 1521. Nur in 2 Lohngebieten sind die Tariflöhne der Hilfsarbeiter höher, in einem betragen sie 66, in einem andern 70 %.

Dazu vergewaltigte man sich, was heute dazu gehört, eine Familie leblich zu ernähren, zu kleiden, ihre Unterkunft zu bestreiten! Es ist allerdings für den, der nicht berufsmäßig Volkswirtschaft betreibt, unmöglich, das zweifelsfrei festzustellen, und zudem ist die Gegenseite ja allzu schnell bei der Hand, die gewissenhaftesten Arbeiter als tendenziöse Zurechnung, wenn nicht gar Fälschung der Wirklichkeit herabzusetzen. Wir haben darum darauf verzichtet, selbst solche Materialien zu beschaffen zu suchen und halten uns an die Berechnungen, die das wirtschaftsstatistische Bureau von H. Calver angestellt und mehrfach veröffentlicht hat. Eine Zusammenstellung dieser Berechnungen hat unser Verbandsvorstand übrigens als Heft herausgegeben. Wer H. Calver ist, brauchen wir weder unseren Kollegen noch den Gegnern zu sagen. Er ist heute der hervorragendste Wirtschaftstatistiker, und seine Arbeiten werden von der Presse aller Parteien bemerkt. Ueber die von ihm angewandte Berechnungsart sagt er:

Der Nahrungsmittelaufwand beansprucht mindestens 50 pZt. des Einkommens der Arbeiterbevölkerung; es ist daher von besonderem Wert, das Niveau der Nahrungsmittelpreise in seiner Einwirkung auf den Haushalt genau kennen zu lernen und über größere Zeiträume hinweg zu verfolgen.

Die Darstellung der bloßen Preisangaben würde nicht genügen, um auf einen raschen Blick die Höhe des Preisniveaus an den einzelnen Plätzen zu erkennen. Es muß daher dafür Sorge getragen werden, durch die Berechnung einer Indexziffer die Höhe des Preisniveaus erkennen zu lassen. Wir würden zu einer falschen Indexziffer kommen, wenn wir die Preise der verschiedenen Waren einfach addieren und die Summe als Indexziffer behandeln würden. Denn dann würden Preissteigerungen von Waren, die im Haushalt eine geringe Rolle spielen, viel stärker wirken, als die Preisveränderungen von solchen Nahrungsmitteln, die ihrem Verbrauch nach eine große Rolle spielen. Um nicht in diesen Fehler zu verfallen, müssen wir eine bestimmte Nahrungsmittelration zum Ausgangspunkt nehmen und für jeden Ort berechnen, was diese Nation nach den ortsüblichen Preisen in jedem Monat kostet. Die Auswahl einer solchen Nation sei hier nicht näher begründet. Wir legen vielmehr im Anschluß an bisherige Berechnungen die Verpflegungstration des deutschen Marinejoldaten zugrunde, die sich aus folgenden Nahrungs- und Genussmitteln in beistehenden Mengen pro Woche zusammensetzt:

800 g Rindfleisch	800 g Bohnen
750 „ Schweinefleisch	800 „ Erbsen
800 „ Hammelfleisch	500 „ Weizenmehl
150 „ Reis	200 „ Backstauben

8000 g Kartoffeln	106 g Salz
5250 „ Brot	105 „ Kaffee
455 „ Butter	21 „ Tee
840 „ Zucker	0,1 l Essig

Die so gefundenen Kosten für die Verpflegungstration bilden aber noch nicht die gesuchte Indexziffer. Vielmehr nehmen wir an, daß, um den Nahrungsmittelaufwand für eine Familie pro Woche zu finden, die Familie aus Mann, Frau und zwei Kindern besteht. Für Mann und Frau rechnen wir den Kostenaufwand für die Verpflegungstration des Marinejoldaten je einmal, für zwei Kinder zusammen einmal, so daß das Dreifache der einfachen Ration die Familienration darstellt. Die Kosten der Ernährung für die Familienration pro Woche bilden dann die von uns für jeden Ort berechnete Indexziffer. Auf Grund dieser örtlichen Indexziffern werden dann auch die durchschnittlichen Indexziffern für die einzelnen Landesteile sowie für das ganze Reich ermittelt.

Calvers Berechnungen reichen bis auf das Jahr 1896 zurück. Er berechnet den Wochenindex im Reichsdurchschnitt für 1896 auf M. 19,01, für 1905 auf M. 22,02, für Mitte 1912 auf M. 25,28. Wollen wir danach den Jahresindex, also die Summe finden, die eine Familie von zwei Erwachsenen und zwei Kindern in einem Jahre für Nahrungsmittel, aufwenden müßte, wenn sie sich so ernähren soll, wie es das Reich für die Soldaten seiner Marine für notwendig hält, so brauchen wir nur den zweifundfünfzigfachen Betrag der Wochenindexziffer festzustellen. Der Betrag im Jahre 1896 im Reichsdurchschnitt M. 988,52, um die Mitte des Jahres 1912 dagegen M. 1314,56. Also diesen Betrag müßte jede vierköpfige Familie im Jahre nur für Nahrungsmittel — wie immer berücksichtigt werden muß — aufwenden, wenn sie sich nach den Regeln ernähren wollte, die das Reich von der Wissenschaft hat aufstellen lassen. Sollen wir erst noch beweisen, das mindestens neun Zehntel aller deutschen Bauarbeiter davon absehen müssen, diesen Betrag für ihre und der übrigen Ernährung aufzuwenden? Die Frage ist ja sehr einfach: neben den Nahrungsmitteln braucht die Familie eine Wohnung, sie braucht Heizung, Beleuchtung, sie muß Aufwendungen für den Hausstand machen, muß sich kleiden, muß Geld für Körperpflege, für ärztliche Hilfe, für Unterricht, Bildung, Versicherung ausgeben, muß Steuern zahlen, und schließlich wird man auch Ausgaben für Vergnügen, für ein Theater, für einen Vortragsabend, für einen Ausflug ins Freie als zum Leben notwendig anerkennen müssen. Das alles muß von dem Verdienst bestritten werden. Da der Verdienst nicht ausreicht, so bleibt eben nur übrig, daß man an der Nahrung spart, daß sich der Arbeiter mit der Unterernährung abfindet und wenn irgend möglich Frau und Kinder auf Erwerb gehen läßt, womit dann diesem Wille des Glens der letzte Strich gegeben wäre.

Die große Unterschiedlichkeit der in den Tarifverträgen festgesetzten Löhne zeigt, daß in den Lebens-

bedingungen der Bauarbeiter sehr große Ungleichheiten bestehen. Daneben weicht auch die Summe, die für die Ernährung aufzuwenden ist, in den einzelnen Landesteilen und Städten manchmal stark voneinander ab. Im niedrigen ist sie in der Provinz Westpreußen mit M. 1190,80, am höchsten in der Rheinprovinz mit M. 1400,88. Diese Ungleichheiten hier zu schildern, geht über den Rahmen dieser Arbeit hinaus; wir werden jedoch später eine Uebersicht über etwa hundert Orte geben, wobei natürlich alle Landesteile und Größenklassen berücksichtigt werden sollen.

Nach dem, was uns diese Zahlen sagen, ist es erklärlich, wenn die Organisationen der Bauarbeiter bei der bevorstehenden Bewegung das größte Gewicht auf eine Erhöhung des Lohnes legen. Sie werden damit Anspruch auf die Zustimmung und Sympathie aller Kreise haben, denen die Hebung der Volkswirtschaft am Herzen liegt. Gehören zu diesen Kreisen auch unsere Unternehmer? Werden sie soviel menschliches und soziales Verständnis für die Sorgen und Nöte der Bauarbeiter haben, um unsern Ansprüchen entgegenzukommen?

Von der Antwort auf diese Frage hängt Krieg und Frieden im Baugewerbe ab. Wir sind gerüstet.

Unternehmertum und Arbeiterorganisation in England und Deutschland.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem entwickelte sich am frühesten und schnellsten, in voller Großartigkeit und revolutionärer Gründlichkeit bekanntlich in England. Es wurde das „kapitalistische Mutterland“, und zwar sowohl nach der Seite der wirtschaftlichen wie der Seite der politischen Bedeutung des Kapitalismus hin. Hier setzte denn auch der Kampf zwischen Arbeit und Kapital früher und stärker als in irgendeinem andern Lande Europas ein. Man hat England als das „klassische Land“ dieses Kampfes bezeichnet. Und nicht mit Unrecht. Die englischen Arbeiter waren die ersten, die nach dem durch das Vordringen der großkapitalistischen Produktionsweise bewirkten Zerfall der alten zünftlerischen Ordnung den Kampf aufnahmen, gestützt auf das Koalitionsprinzip. Sie verbanden sich im achtzehnten Jahrhundert zunächst zu dem Zweck, das Herkommen aufrecht zu erhalten, der Umgestaltung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und -verhältnisse durch den Kapitalismus entgegenzuwirken. Sie bestreben u. a. befriedigende Festsetzung des Lohnes und der Arbeitszeit sowie Verhinderung eines Schleichens und Wankens, das auf die Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft gerichtet war. Singulär kamen dann die Verfechtungen gegen die den Männern eine starke Konkurrenz machende Frauen- und Kinderarbeit. Der Kapitalismus proklamierte und schuf mehr und mehr die gewerbliche Anarchie, ein wirtschaft-

Warum man ins Wasser baute.

Eine der merkwürdigsten Siedlungsarten ist die der Pfahlbauten. Die Sitten, die Häuser nicht auf dem festen Lande, sondern über den Wassern, auf Pfählen zu errichten, ist weitverbreitet. Die Wissenschaft der Völkerkunde lehrt uns ihre Verbreitung bei den heutigen Naturvölkern, die Vorforschung ihre Ursprünge aus längst verschwundenen Zeiten. Da das Leipziger Museum für Völkerkunde auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig ein besonders schönes, bis in die kleinsten Teile äußerst genau gearbeitetes Modell eines wiederhergestellten Schweizer Pfahlhauses der Bronzezeit dem Publikum zum Verständnis dieser Bauweise vor Augen führt, lohnt es sich gewiss, kurz darauf einzugehen.

Die ersten vorgeschichtlichen Pfahlbauten wurden in der Schweiz entdeckt. Es war im Jahre 1853. Im Winter sanken die Spiegel der Gewässer in der Schweiz zu einer noch nicht gekannten Tiefe herab. Dies benutzte die Einwohner der Seen, um dem Wasser Boden abzuräumen. Sie führten Mauern und Dämme auf dem freigeordneten Seeboden auf und füllten das Terrain auf. Hierzu benutzten sie Seeschlamm, und beim Ausheben dieser Schlammflüsse stießen die Arbeiter in einer Anzahl des Zürcher Sees bei Obermeilen, unweit Dörfen, auf Pfähle. Zwischen ihnen fanden sich Waffen und Werkzeuge aus Stein und Knochen sowie Scherben roh gearbeiteter Gefäße. Man hatte den ersten Pfahlbau entdeckt. Später wurden die übrigen Seen eifrig durchsucht, besonders unter Ferdinand Keller Leitung, und wir kennen derzeit Stationen aus den meisten Schweizer Seen mit Ausnahme des Vierwaldstätter- und Balensee; im ganzen sind über 200 Pfahlbauansiedlungen erschaffen worden.

Sobald man die Schweizer Stationen etwas näher kannte, untersuchte man auch die übrigen Seen und Sümpfe Europas, und es gibt fast kein Land in Europa, aus dem nicht auch Pfahlbauten bekannt wären. Wie es in einer derartigen Ansiedlung zugeht, schildert uns am besten Herodes vom Pfalasse auf der Valtalinabse.

Mitten im See stehen aufeinandergefügte Gerüste auf hohen Pfählen, nur eine Brücke führt vom Lande zu ihnen hin.

Die Pfähle auf denen die Gerüste stehen, richteten die Bürger in alten Zeiten selbst auf, später gaben sie eine Vorrichtung darüber, und jetzt machen sie es also: Für jede Frau, die einer heiratet, holt er drei Pfähle aus dem Gebirge, das Orsois heißt, und stellt sie unter; es nimmt sich aber jeder viele Weiber. Sie wohnen auf folgende Art: Ein jeder hat auf dem Gerüste eine Hütte, darin er lebt, und eine Falltür durch das Gerüst, die da hinuntergeht in den See. Die kleinen Kinder binden sie an einem Fuß mit einem Seile fest, aus Furcht, sie möchten hinunterrollen. Ihren Pferden und Lasttieren reichen sie fische zum Futter. Es gibt davon eine so große Menge, daß, öffnet einer die Tür und läßt einen leeren Korb an einem Stricke hinunter in den See, dieser ganz voll ist, wenn er ihn nach kurzer Zeit wieder hinaufzieht.

Fragen wir nach der Ursache, weswegen man auf dem Wasser und nicht auf dem Lande wohnte, so schließen wir uns am besten dem kürzlich verstorbenen Schweizer Prähistoriker Jakob Heierli an, der schreibt:

„Hier wie anderwärts liegt die eigentliche und ursprüngliche Ursache des Wasserwohnens im Suchen nach Schutz, zwar muß man gestehen, daß die Tierwelt der Schweiz in neolithischer Zeit wenige gefährliche Raubtiere aufwies, vor denen man sich hätte flüchten müssen. Auch gegen feindliche Menschen bot der Pfahlbau nicht viel Schutz und war nicht auf Flößen und Einbäumen, sondern auch mit Brandpfeilen leicht zu erreichen. Im Winter einmal, wenn der See zugefroren war, konnte man die Ansiedlung leicht umzingeln. Aber man darf nicht vergessen, daß niemand gern im Urwalde wohnt, und in den Waldwiesen und Sümpfen mag auch dagumal bei uns fiebererregende Dünste der Erde entfliegen sein, vor denen der Mensch dadurch Schutz suchte, daß er seine Hütten in feuchte Buchten stellte, wo er noch manche andere Vorteile genoss. Der See schützte seine Herden wenigstens einigermaßen vor nächtlichen Besuchen von Wägen und Wölfen; er bot ihm einen Teil der Nahrung; die Wasseradern waren die damaligen Straßen, die den Jäger in sein Revier, den Fischer zum Nachbarn, den Händler zum fremden Stamme geleiteten.“

Dr. J.

Auf der Landstraße.

Reist eine arme Pilgerin,
Gehst und schwach, am dünnen Stab
Zur gnadenreichen Jungfrau hin;
Der Rosenkranz rollt auf und ab,
Obwohl er sie nicht hindern kann,
Auch ihres Leibes zu gedulden
Und auf den rüßigen Wandersmann
Demütig ihren Blick zu lenken.

„Mein junger Herr! erbarmet Euch
Wie Gott Euch mag barmherzig sein!
Er gab Euch einst sein Himmelreich,
Und seinen Segen obendrein!
„Ach, glaube nicht an Deinen Gott,
Für den dort Deine Augen rollen!
Dum schien' es mir ein arger Spott,
Wird' ich Dir eine Gabe götten!“

Doch fort geht ihrer Liebe Lauf:
„Gott segne Euer junges Paar!
Und heb' Euch seinen Segen auf,
Wie Ihr allendlich an ihn glaubt!“
Und dankend nimmt sie meinen Stab
Und betet fort auf ihren Wegen;
Ich habe mich dabon getraut,
Mit ihrem gut katholischen Segen.

Bei allem Göttern dieser Welt
Leg' ich ein kleines Sümmchen an;
Sagt, wann dereinst der Würfel fällt,
Ob es mir wohl noch fehlen kann?
Und leugnen alle einst die Schuld —
Ich weiß gewiß, es steht mein Leben
Im goldenen Buch der höchsten Guld.
Mir gabbar dann und gut geschrieben!

Ein schrankenloser Reichtum soll
In diesem Streit mein Knappe sein.
So leb' ich mut- und freudvoll,
Solang nur Herz und Gänge rein!
Ich lieb' es, so mir halb bewußt
Im jähren Wogend hinzustreifen,
Und über mir laß ich mit Lust
Das Aug' ins grandiose Blaue greifen!

Gottfried Keller.

liches und soziales Faustrecht, dem gegenüber die Arbeiter das Recht auf ein System der Ordnung geltend machten. Aber in jenem ersten Stadium des Kampfes handelte es sich immer nur um gelegentliche Koalitionen der Arbeiter. War der Zweck einer Arbeits-einstellung erreicht oder war eine solche mißglückt, so verfiel die Koalition wieder.

Wald jedoch lernten die Arbeiter die Notwendigkeit und den Wert der dauernden Organisation im Kampfe für erträgliche Arbeitsbedingungen erkennen, und sie schufen solche Organisationen, trotz der bestehenden und rücksichtslos gehandhabten Koalitionsverbote. Einem Verlangen der Unternehmer entsprechend, erließ das englische Parlament im Jahre 1800 ein Gesetz, durch das jegliche Verbindung von Arbeitern zur Erlangung von Lohn-erhöhungen, Herabsetzung der Arbeitszeit usw. strengstens verboten wurde. Zuwiderhandeln sollte mit Zuchthaus und harter Zwangsarbeit bestraft werden. Zu diesen furchtbaren Unterdrückungsmitteln fügten Regierung und Gesetzgebung den Hohn, daß sie sich zu dem Grundsatz bekannten, der Staat habe sich in die Arbeiter-verhältnisse nicht einzumischen und sei den Arbeitern einen Schutz nicht schuldig.

Daß durch die Arbeiter von furchtbarer Erbitterung und grimmigem Haß gegen die herrschende Gesellschafts-kasse ergriffen wurden, war ganz natürlich. Und diese Verbitterung, dieser Haß war geradezu notwendig, um die Arbeiter zu befähigen, den infamen Koalitions-verböten und dem Unterdrückungssystem des Unternehmertums zu trotzen. Es war ihr gutes menschliches Recht, sich aufzulehnen gegen Gesetz und Einrichtungen, die sie dem kapitalistischen Ausbeutungssystem rücksichtslos überantworteten, sie in sklavische Abhängigkeit vom Unternehmertum brachten. Nichts natürlicher, als daß ihre Koalitionen den Charakter geheimer Verbindungen, förmlicher Verschwörungen annahmen, die in der Verletzung für ihre berechtigten Zwecke nicht vor Gewalttaten zurückschreckten. Die Unterdrückten und Entrechteten griffen rücksichtslos zu den Mitteln, von denen sie Hilfe erwarteten. Sie mußten gegen den Kapitalismus nicht nur auf dem Gebiete der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Kampf ums Dasein und für ihre berechtigten Interessen führen, sondern auch in erster Linie mit ihrer Macht gegen Staatsgewalt und Gesetzgebung richten, um von den Koalitionsverböten befreit zu werden, die gesetzliche Anerkennung des Koalitionsrechtes zu erlangen, von dessen Ausübung allein sie eine planmäßige Verbesserung ihrer Lage erhoffen konnten.

Die Koalitionsverbote hatten die Wirkung, die Kampfesenergie des englischen Proletariats bis zum äußersten anspannen. Vierundzwanzig Jahre dauerte ihr Kampf gegen diese Verbote, deren Aufhebung neben einer gesetzlichen Regelung des Koalitionsrechtes im Jahre 1824 erfolgte. Das englische Parlament hatte nicht umhin gekonnt, eine Kommission zur Untersuchung der Streiks und Tradesunions einzusetzen, und es gelangte auf Grund des Berichtes dieser Kommission zu einer Entscheidung, die ihr ihrer Wichtigkeit wegen hier wörtlich mitteilen wollen. Das Parlament sprach die Überzeugung aus:

„1. daß die gegen die Arbeitervereinigungen bislang erlassenen Koalitionsverbote gänzlich nutzlos gewesen seien; daß dieselben jene großartigen Verbindungen nicht zu hindern imstande gewesen seien; daß sie es nicht vermocht haben, den Bestrebungen dieser Vereine: Erhöhung der Arbeits-löhne, Verminderung der Arbeitszeit usw., ein Ziel zu setzen;

2. daß es nicht billig sei, bei Streiks lediglich die Arbeiter zu beschuldigen, Arzte zu begehren, die dem Gemeinwohl schädlich sind; daß diese Arzte vielmehr auch von den Gegnern der Arbeiter ausgeübt werden;

3. daß von den Arbeitgebern gegenständig bindende Maßregeln getroffen seien, nicht nur allein, um die Arbeits-löhne zu erniedrigen, sondern auch, um diejenigen Arbeiter, welche sich „nicht fügen“ wollen, zu entlassen, und daß gerade dieses Vorgehen Ergesse im Gefolge gehabt habe;

4. daß die behufs Verbesserung ihrer Lage vereinigten Arbeiter sehr häufig die durch die Koalitionsgesetze bestimmten Strafen haben erleiden müssen, daß dagegen niemals ein Unternehmer aus gleicher Ursache gestraft worden sei und daß also diese Gesetze auch in dieser Hinsicht nur dazu beigetragen haben, die Erbitterung zu steigern;

5. daß sowohl aus diesen wie aus vielen andern Gründen die Koalitionsverbote aufzuheben seien und an deren Stelle ein Gesetz lediglich gegen Gewalttätigkeiten sowohl der Arbeiter wie der Arbeitgeber erlassen, der Arbeit jedoch wie dem Kapital volle Freiheit hinsichtlich ihrer Verwendung gelassen werden müsse.“

Aber die Anerkennung der Koalitionsfreiheit nur durch das Gesetz konnte den Arbeitern nicht genügen. Das Unternehmertum sah alle seine Macht ein, wandte die infamsten terroristischen Praktiken an, um ihnen die Ausübung dieses Rechtes, die Gründung und Ausgestal-

tung gewerkschaftlicher Organisationen, Streiks und die Anwendung sonstiger Kampfmittel unmöglich zu machen, sie zur Verzichtleistung auf Koalition und Organisation zu zwingen. Sie mußten nun ihre Kraft darauf richten, den Untrieben des Unternehmertums wider das Bestehen des Koalitionsrechtes zu begegnen, den Terrorismus der Unternehmer zu brechen und diese zur Anerkennung der Arbeiterorganisation als gleichberechtigten wirtschaftlichen Machtfaktor zu zwingen. Das ist den englischen Arbeitern denn auch, wenn auch noch nicht durchaus, so doch in einem Maße gelungen, wie keiner andern Arbeiterschaft irgend eines andern Landes. Das englische Unternehmertum hat in der Schule harter Erfahrung gelernt, daß alle Versuche, die Arbeiterorganisation zu unterdrücken, schließlich doch nutzlos sind. Wenn es in seiner großen Masse diesen Organisationen auch nicht sympathisch gegenübersteht, so hat es doch mehr und mehr wenigstens zu der Praxis sich bekannt, sich mit ihnen als Vertragsfaktor für die Vereinbarung kollektiver Arbeitsbedingungen abzufinden. Aber es haben sich im Laufe der letzten Jahrzehnte hervorragende englische Großindustrielle zu der

Meinung, indem diese Führer vielmehr sich als Regel durch Verantwortlichkeitsgefühl auszeichnen und demgemäß als der maßgebende Faktor in der Arbeiterbewegung erkannt werden.

4. Daß die Vertragsstreue beider Parteien mit der Zunahme der friedlichen Erleichterung der Kohnkämpfe angenommen hat und eine Abneigung bei den altorganisierten Gewerkschaften gar nicht, bei den neuen und schlecht organisierten nicht öfter als bei den beteiligten Arbeitgebern vorkommt.

5. Daß man allgemein den kollektiven Arbeitsvertrag als die praktischste Weise ansieht, um die Lohnverhältnisse in den Industrien zu regeln; daß es den Arbeitgebern in einer gegebenen Industrie mehr darauf ankommt, daß sie alle dieselben Löhne bezahlen, als ob diese ein wenig höher oder niedriger sind; daß, obgleich Arbeitskämpfe vorkommen, viel mehr vermieden werden und ihre Regelung auf mehr dauernder Basis abgeschlossen werden kann.

6. Daß man dementsprechend, wo aus irgendeinem Grunde ein kollektiver Arbeitsvertrag auf Grundlage der Freiwilligkeit nicht stattfinden kann, unter dem Vorwand der öffentlichen Meinung darauf ausgeht, Mindestlöhne und Mindestleistungen durch Gesetzgebung und eigens geschaffene Behörden festsetzen zu lassen.

7. Daß wieder das englische Mutterland noch die großen englischen Kolonien, in denen, sei es freiwillig, sei es gezwungen, der kollektive Arbeitsvertrag eingeführt oder seinen Festsetzungen Rechtsverbindlichkeit auferkannt ist, dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschädigt worden sind.

8. Daß die Anzahl von Syndikalisten in England ganz unbedeutend ist; daß die Bewegung mehr in der Presse, als unter den Arbeitern existiert; daß der ganze Gedankengang den englischen Arbeitern unsympathisch ist und gegen ihren praktischen Sinn verstößt.

Natürlich ist Sir Alfred Mond, unbedingter Anhänger der Koalitionsfreiheit, ihrer Aufrechterhaltung und Ausgestaltung. Mit dem Urteil, daß er die vorstehende Erklärung über die Arbeiterorganisationen als das der großen Mehrheit der englischen Großindustriellen abgegeben hat, vergleiche man nun das Verhalten der Masse des deutschen Unternehmertums zum Koalitionsrecht der Arbeiter und zur Arbeiterorganisation. Die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands muß heute noch den Kampf durchmachen, der früher die Kraft und die Opferfreudigkeit der englischen Arbeiter jahrzehntelang in Anspruch genommen hat. Unser seiner wirtschaftlichen Stellung nach maßgebendes Unternehmertum verweigert immer noch der auf gesetzlicher Basis beruhenden freien Arbeiterorganisation die Anerkennung; es ist immer noch unermüdlich am Werke, terroristisch das Koalitionsrecht und die organisierten Arbeiter zu vereweltigen und auf Regierung und Gesetzgebung zwecks Vernichtung des Koalitionsrechtes einzuwirken unter dem elenden Vorwande des Arbeitswillensschwundes — eine Frage, die für das englische Unternehmertum schon längst nicht mehr existiert. Unsere Leser sind unterrichtet über die Pläne des scharfmacherischen deutschen Unternehmertums, unter dem Vorwande des Schutzes der freien Arbeit den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht zu nehmen. Jetzt hat der Syndikus der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, der 103 solcher Verbände mit 1087 000 beschäftigten Arbeitern angeschlossen sind, Dr. Fänger, in seinem Jahresbericht durchaus entsprechend den Ansichten und Absichten seiner Auftraggeber dargelegt, daß es für die Unternehmer ein Gebot der Selbsthaltung sei, die Entwicklung der freien Arbeiterorganisationen aber, wie er sich ausdrückt, der „wirtschaftsfriedlichen Arbeiterbewegung“ gegenüber den freien gewerkschaftlichen Verbänden mit ihren „wirtschaftsfördernden Tendenzen“ zu fördern sowie die Entwicklung des Tarifvertragswesens zu verhindern. Es sei ein berechtigtes Verlangen der Unternehmer, daß die „arbeitsstreuen“ Arbeiter vor dem Terrorismus der Gewerkschaften durch ein Verbot des Streikpostens, Streiks usw. geschützt werden. Die in Berlin abgehaltene Generalversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände sah einer Beschluß über Koalitionsfreiheit und Freiheit des Arbeitsvertrages, der seinem Sinne und seiner Tendenz nach ein „gesetzlich gewährleistetes Koalitionsrecht der Arbeiter nicht anerkennt“. Mit wachsender monotoner Unverfrorenheit wird da wörtlich behauptet, daß der § 152 der Gewerbeordnung den Arbeitern ein Recht auf Koalition nicht gewähre, sondern nur Straflosigkeit der Vereinigung und Verabredung. Das ist jedenfalls die denkbar einfachste und bequemste Art, ein Recht der Arbeiter hinwegzuskamieren. Für die Arbeitgeber nimmt der Beschluß das Recht in Anspruch, Arbeiter wegen ihrer Zugehörigkeit zu freien Gewerkschaften zu vereweltigen, zu terrorisieren, geradezu auszuhungern. Aber die Gewerkschaften sollen nicht das Recht haben, auf die Beschäftigung ihrer Mitglieder zu bestehen. Das nennt der Beschluß De-

Jahreswende.

Jahreswende:
Das Schicksal hält
hoch beide Hände
über der Welt!

Was da ging, war ein Jahr voll Jammer:
Hunger pochte an jede Kammer,
Und zu des Daseins Kämpfen voll Not
Schickte der Krieg den flirrenden Tod.
Voll gegen Volk! Die Mächten der Erde
Füllten nichts von Wein und Bescherde:
Wo das Schwert haust, ihr Weizen blüht.
Aber die Armen darben und klagen,
Daß sie am dürftigsten Leben verzagen
Und die Kanonen sangen ihr Lied.

Jahreswende:
Es steigt aus der Nacht
Neues Leben. Nun hat ein Ende
Qual und Kummer. Erwacht! Erwacht!

Glocken singen dem neuen Jahr
Zubelnden Willkomm lauchend entgegen.
Kränze die Schläfen dir, Proletar,
Ziehe mutig auf neuen Wegen
In das Land deiner Zukunft hinein,
Wo ein lachender Sonnenschein
Gold vergoldet Felder und Auen,
Wo nicht Hunger und Kriegsnot zu schauen,
Wo beherzigen das Weltgetriebe
Freiheit, Gleichheit und Brudersliebe!

Jahreswende:
Auf, Proletar,
Rühr' Stirn und Hände
Im neuen Jahr!

Einfach bekannt, daß der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation die ausdrückliche Anerkennung und gebührende Würdigung nicht vorenthalten werden darf. Jetzt hat einer der größten englischen Industriellen, Sir Alfred Mond, an den Professor Brentano einen von diesem in der Münchener Volkswirtschaftlichen Gesellschaft verlesenen Brief gerichtet, welcher, einem Wunsch Brentanos entsprechend, sich äußert über die „Auf-fassung der großen Mehrheit der englischen Großindustriellen über den heutigen Stand der Arbeiterbewegung“. Unter durchaus begründeter Berufung darauf, daß er sowohl in seiner Eigenschaft als großindustrieller Unternehmer, als auch als Parlamentarier und Politiker seit Jahren alle Erscheinungen des öffentlichen Lebens mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgt hat, gibt Sir Alfred Mond folgende Erklärungen ab:

1. Daß in England kein Mensch daran denkt, die Gewerkschaft beseitigen zu wollen, daß vielmehr die Arbeitgeber sich daran gewöhnt haben, mit Arbeiterorganisationen zu arbeiten. Viele von den größten Industrien, so die Eisenbahnen, die Stahl- und Eisenindustrie, Baumwoll-, Textil-, Schiffbau, Binnplanken, Sagen- und Transportarbeit, Kohlen und andere Grubenarbeit usw., haben ihre Conciliations, Boards, Föderationen oder Unions und arbeiten unter kollektiven Arbeitsverträgen. In solchen Industrien befehlen sich die Arbeitgeber zu der Einsicht, daß es sehr schwer wäre für sie, ohne die Arbeiterorganisationen auszukommen.

2. Daß man fast allgemein gewillt ist, mit den organisierten Arbeitern gemeinsam die Arbeitsbedingungen festzustellen und bei solchen Verhandlungen die Führer der Gewerkschaften als die Vertreter der Arbeiter anzunehmen.

3. Daß man weit entfernt ist, in den Führern der Gewerkschaften bezahlte Agitatoren und Streikführer zu er-

fürhungen, die auf ein „Beschäftigungsmonopol der jeweiligen stärksten Gewerkschaften“ gerichtet seien! Tatsächlich aber will doch das Unternehmertum ein Beschäftigungsmonopol für diejenigen Arbeiter schaffen, die tüchtig und gewissenhaft genug sind, auf die Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu verzichten, sich als wirtschaftliche Prätorianergarde in den Dienst des Kapitalismus zu stellen.

Aber nur Geduld! Die Zeit kommt und sie ist nah, wo auch in Deutschland das Unternehmertum seinen frivolen und unberechnigten Widerstand gegen die Anerkennung der freien gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation und seine Fege gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter aufgeben muß.

Industrie und Proletariat in Rußland.

Von W. Maistly. (Nachdruck verboten.)

5. Schluß. Nach der Revolution.

Die Schlacht wurde geschlagen, das Proletariat wurde besiegt. Ueber das ganze Rußland wurde nun der Kriegszustand verhängt, die Kriegsgesetze wurden ihre blutige Arbeit an Tausende von mutigen Kämpfern um die Befreiung des Volkes wurden erschossen oder gekniet, Zehntausende ins Gefängnis geworfen oder nach Sibirien verbannt. Die Gegenrevolution feierte ihren zeitweiligen Sieg mit allen Grausamkeiten und Niederträchtigkeiten, die der Natur der Junkerherrschaft eigen sind (der Sieg der Gegenrevolution war in erster Linie der Sieg der Junkerherrschaft) und füllte die ganze Atmosphäre des Landes mit Blutschreien und Verfolgungssturm an. Und da das Proletariat die wichtigste Triebkraft der Revolution bildete, so stürzte sich jetzt die Reaktion gerade darauf mit aller Wucht ihrer Repressalien. Dazu kam noch die Wirkung der schweren ökonomischen Krise, die Ende 1907 einsetzte, die massenhafte Arbeitslosigkeit, die allgemeine demprimierende Massenstimmung. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen in den Reihen des Proletariats Apathie und Ermüdung immer mehr zutage traten, daß selbst die besten und aufgeschärtesten Arbeiter sich von jeder öffentlichen Tätigkeit immer mehr fernhielten. Demgegenüber begannen die Vergnügungen, nicht selten auch die nackte Streberei, eine immer größere Rolle in den Arbeiterkreisen zu spielen. Noch nie hatte die Trunksucht unter den Arbeitern eine so enorme Verbreitung, wie in den Jahren 1908/09, und noch nie erlangten so viele früher tätige Parteigenossen die Posten als Werkstättenmeister, Aufseher und andere Vertretungen der Fabrikadministration, wie in den trübsten Tagen der Gegenrevolution. Bekanntlich kommt in jeder besiegten Armee eine allgemeine Demoralisation zum Ausdruck. Die erste, die die Folgen der Niederlage der Situation an ihrem Leibe spürte, war selbstverständlich die Sozialdemokratie. Anfangs 1907 zählte sie 150 000 Mitglieder, aber in den folgenden 2½ Jahren ging ihre Mitgliederzahl sehr rasch zurück, so daß zum Januar 1910 kaum ein Zehntel ihres früheren Bestandes der Parteifähigkeit noch treu war. Zugleich verschwand der überwiegende Teil der Parteioptionen, die ganz offen erscheinende sozialdemokratische Presse wurde unterdrückt, die meisten Parteiführer und tätigen Parteigenossen entweder ins Ausland getrieben oder hinter Schloß und Riegel gebracht und nach Sibirien deportiert. Von der großen und mächtigen sozialdemokratischen Bewegung von 1905/06 haben sich nur die kleine Dumafraktion und einige wenige Arbeiterbildungsvereine in Petersburg, Moskau und andern größeren Städten zu erhalten gewagt. Hier und da verblieben noch traurige Trümmer der alten Geheimorganisationen und eine Anzahl Gruppen sozialdemokratischer Flüchtlinge im Ausland, die sich um vier dort erscheinende Organe scharten. Die sozialdemokratische Partei als einheitliches Ganzes hatte zeitweilig zu existieren aufgehört.

Damit aber nicht genug. Wie es in allen geschlagenen Armeen in der Regel geht, brachen auch in der russischen Sozialdemokratie in der Gegenrevolutionsperiode die heftigsten inneren Zwistigkeiten und Kämpfe aus. Die inneren Streitigkeiten sind für die russische Partei ja keine Neuheit. Noch nach dem zweiten Parteitag (1903) machte sich in ihren Reihen eine Scheidelinie immer mehr bemerkbar. Zunächst bezogen sich die Meinungsverschiedenheiten auf einige Organisationsfragen, später kamen dazu noch große Unterschiede taktischer Natur. Die eine Richtung — die sogenannten „Bolschewiki“ („Mehrheit“) —, die sich um den Genossen L. Lenin gruppierte, verteidigte 1905/06 den Boykott der ersten Duma, bekämpfte außerordentlich alle liberalen Parteien, schwärmte für einen bewaffneten Volksaufstand und betrachtete die russische Revolution als eine Art „nicht bürgerlicher“ Revolution, die zur Diktatur der Arbeiterkraft und des Bauernums führen solle. Die andere Richtung — die „Menschewiki“ („Minderheit“), an deren Spitze die Genossen Plechanoff, Martow, Axelrod und noch einige andere — vertrat dagegen den Standpunkt der Beteiligung

an den Dumaabwahlen, war bereit, mit den linksliberalen Gruppen eine Verständigung zu erzielen, betonte immer die Notwendigkeit vor allem der Organisierung der Arbeitermassen und sah in der russischen Revolution bloß eine bürgerliche Revolution, die naturgemäß die Bourgeoisie zur Herrschaft bringen werde.

In der Gegenrevolutionsperiode drehte sich der ganze Streit der beiden großen Parteirichtungen um die Formen und den Charakter der sozialdemokratischen Tätigkeit unter den veränderten Verhältnissen im Lande. Die „Bolschewiki“ warteten zunächst auf eine baldige Wiederbelebung der Revolution und dementsprechend schwärmten sie für einen bewaffneten Aufstand, Kampforganisationen usw. Später, als es sich herausstellte, daß die Revolution schon zu Ende war, gelangten sie zu der Ueberzeugung, daß es jetzt die erste und vornehmste Aufgabe der Sozialdemokratie sei, den alten geheimen Parteiapparat wiederherzustellen, da das russische Leben im allgemeinen zu den Formen, die vor der Revolution bestanden haben, zurückkehrte. Demgegenüber waren die „Menschewiki“ der Meinung, daß die inneren Verhältnisse in Rußland in der Gegenrevolutionsperiode sich von denen, die im Lande vor 1905 herrschten, sehr wesentlich unterscheiden und daß diese Tatsache eine andere Taktik und andere Organisationsformen dem Proletariat vorschreibe. Dieses müsse sich alle Gegenstände des bestehenden Regimes geschildert zunutze machen und durch ständiges unermüdliches Vordringen allen Zweigen der Arbeiterbewegung die Anerkennung des Rechtes auf Ellenbogenfreiheit zu verschaffen suchen. Es müsse immer bestrebt sein, alle sich bietenden gesetzlichen Mittel auszunützen, sie durch ungeheuliche, soweit notwendig, zu ergänzen und, wenn erforderlich, auch die Methoden der Geheimorganisationen in Anwendung zu bringen. Die Lösung, die im gegenwärtigen Moment für das russische Proletariat gälte, laute: Erringung der Möglichkeit zur offenen Organisation der Arbeiterschaft, zur offenen Existenz der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, der Arbeiterbildungs- und Konsumvereine. Mit einem Wort, die „Menschewiki“ wollten unter der Herrschaft des Stolypinschen Regiments die Taktik durchführen, die in den sechziger bis achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von der österreichischen und zum Teil während des Sozialistengesetzes von der deutschen Sozialdemokratie angewendet wurde.

Dieser behauerliche Bruderkrieg, der beiderseits mit großer Festigkeit, hauptsächlich unter den Flüchtlingen im Ausland, geführt wurde, dauerte etwa zwei Jahre und ist heute noch nicht ganz zu Ende.

Nicht viel günstiger war die Situation für das Proletariat auch auf dem Gebiete des ökonomischen Kampfes. Wie schon erwähnt, zählten die Gewerkschaften Anfangs 1907 rund 250 000 Mitglieder. Aber unter dem doppelten Druck der wütendsten Regierungsverfolgungen und der wirtschaftlichen Krise trat in der Gewerkschaftsbewegung in den folgenden drei Jahren ein großer Rückgang ein. Es wurde festgestellt, daß innerhalb der Jahre 1908 bis 1911 nicht weniger als 500 Gewerkschaftsorganisationen polizeilich aufgelöst und die Gründung von 400 neuen Organisationen durch die Behörden verhindert wurde. Zugleich wurden etwa 900 Gewerkschaftsfunktionäre verhaftet oder nach Sibirien verbannt. Kein Wunder, daß die junge, noch nicht erstarkte russische Gewerkschaftsbewegung diese furchtbaren Schläge nicht aushalten konnte, sie verlor in der Gegenrevolutionsperiode fast neun Zehntel ihrer Mitgliedschaft. Ueber den gegenwärtigen Stand der russischen Gewerkschaftsorganisationen können folgende Angaben, die sich auf Ende 1910 beziehen, einen Aufschluß geben.

In Petersburg bestanden am 1. Januar 1911 17 Gewerkschaften mit zusammen rund 10 000 Mitgliedern. Der Mitgliederbestand und die Massenverhältnisse der neun wichtigsten dieser Organisationen waren 1910 folgende:

Brande	Mitgliederzahl am Jahresanfang	Einnahmen	Ausgaben	Reisensbestand
Metallarbeiter	4000	29867	26117	38679
Buchdrucker	2000	12425	11432	2637
Textilarbeiter	650	4275	3780	1188
Steinarbeiter	500	1490	1507	728
Kartonnagenarbeiter	250	3564	2160	9785
Holzarbeiter	300	1690	1950	120
Bäder	285	2160	2900	1080
Geld- und Silberarbeiter	280	3560	8685	8740
Bedeckarbeiter	150	1238	900	330
Zusammen...	8495	59679	53781	52287

In Moskau waren zu gleicher Zeit circa 5000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden (in erster Linie Textilarbeiter, Galvanisiergeschichten usw.), in Riga etwa

* Noch schlimmer als die Lage der Sozialdemokratie war während der Gegenrevolutionsperiode die der Sozialrevolutionäre. Eine Reihe wichtiger Umwandlungen, die in dem sozialpolitischen Leben Rußlands (in erster Linie auf dem Gebiet der Agrarfrage) nach dem Jahre 1905 zutage traten, stellten selbst die Grundlagen ihres Programms in Frage, und die bekannte Agrarfrage verlor für einen furchtbaren Schlag.

2500, in Jekissawetgrad 2000, in Wolinsk 900 usw. Außerdem bestanden Gewerkschaftsorganisationen in Kiew, Baku, Charkow, Kijis, Wilna, Lomsk, Samara, Saratow, Rostow a. Don und andern Provinzialstädten. Was die Verteilung der organisierten Arbeiter nach den Berufsgruppen anbelangt, so standen 1910 an der Spitze die Metallarbeiter, die zehn Organisationen mit rund 8000 Mitgliedern hatten, ihnen folgten die Buchdrucker, die auch über zehn Organisationen mit etwa 4000 Mitgliedern verfügten, dann kamen die Organisationen der Textilarbeiter, der Handlungsgelassen, der Bureauangestellten usw. Alles in allem zählte man 1910 in Rußland rund 25 000 bis 30 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und 20 Gewerkschaftsorgane (darunter 7 in Petersburg und 4 in Moskau).

Gleichzeitig mit der Zerstörung der Gewerkschaftsorganisationen machte sich die Kampfstimmung in den Arbeiterkreisen immer mehr bemerkbar. Jetzt, wo der verhasste Feind von der Gegenrevolution geschlagen worden war, suchten sie auch ihre Scharte von 1905/06 auszuweihen, indem sie den Arbeitern Arbeitszeitverlängerung, starke Reduzierung der Löhne usw. aufzwangen. Nicht selten kamen dadurch die Arbeitsbedingungen auf den alten Stand, der noch vor der Revolution herrschte. Der Triumph von 1905/06 war also für das Proletariat von sehr kurzer Dauer und jetzt mußten die Arbeiter ihn sehr teuer bezahlen.

In diesen trüben Tagen zeigten vielleicht nur die Konsumvereine eine etwas günstigere Entwicklung. Aber auch viele von ihnen brauen für die Unerschöpflichkeit ihrer Reiter, durch die Mängel der Organisation, durch Ungültigkeit der Arbeiterschaft in sich zusammen. Nur in den beiden Hauptstädten und noch einigen größeren Provinzialstädten verblieb eine Anzahl kleinerer Arbeiterkonsumvereine, die sich als lebensfähig erwiesen. Es ist noch zu erwähnen, daß in Petersburg, Moskau, Kiew, Baku, Smolensk usw. eine Reihe von Arbeiterbildungsvereinen sich aufrecht zu erhalten gewußt hat, die während der Gegenrevolutionsjahre eine verhältnismäßig rege Tätigkeit entfalteten.

Wie traurig die Lage des Proletariats nach der Revolution auch war, sie konnte jedoch auf die Dauer nicht unüberändert bleiben. Das Proletariat ist seiner ganzen Natur nach eine neue revolutionär emporkommende Klasse und seine große historische Bewegung nach vorwärts ist unaufhaltsam, trotz Bajonette und Kanonen. Drei Jahre lag die russische Arbeiterschaft daneben, dann aber begann das Blut in ihren Adern wieder zu pulsen. Das Jahr 1910 bildet in dieser Hinsicht einen Wendepunkt, wo der ununterbrochene Rückgang der proletarischen Bewegung endlich aufhörte und ein langsamer, aber beständiger Aufstieg einsetzte. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur, die sich seit Anfang 1910 immer mehr geltend machte, ermöglichte die Wiederbelebung der ökonomischen Streikbewegung und förderte eine, wenn vorläufig auch keine Erstarkung der Gewerkschaftsorganisationen. Auch blieb die allgemeine Stimmungsänderung im Lande, die in den Demonstrationen nach dem Tode von A. Kolltoi und in dem Ausbruch der Studentenunruhen im Winter 1910/11 zum Ausdruck kam, nicht ohne Wirkung auf die breiten Massen der Arbeiterschaft. Diese Stimmungsänderung erweckte in den Reihen des Proletariats von neuem das zeitweilig gelöschte Interesse an der Politik und brachte naturgemäß in die sozialdemokratischen Kreise ein etwas regeres Leben. Gerade in den letzten zwei Jahren wurden in Rußland einige sozialdemokratische Zeitschriften gegründet, mehrere Versuche zur Sammlung der sozialdemokratischen Kräfte unternommen, hier und da die zertrümmerten Parteioptionen wieder hergestellt und endlich der Kampf um das Koalitionsrecht in die Wege geleitet. Die sozialdemokratische Dumafraktion vertrat mit großer Entschiedenheit die Interessen des Proletariats in der Volksvertretung und entfaltete von der Parlamentstribüne aus eifriger als je eine unermüdliche politische Agitation im Sinne der Parteiprinzipien. Zugleich gelang es trotz aller großen Schwierigkeiten den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeiterbildungsvereine, an einigen Tagungen — so zum Beispiel der Handwerksmeister, zur Bekämpfung der Prostitution usw. — teilzunehmen und daselbst die Forderungen der modernen Arbeiterbewegung energisch zu verteidigen.

Alle diese Anzeichen deuten darauf hin, daß das russische Proletariat sich wieder auf aufsteigender Linie befindet und neuen großen Kämpfen entgegengeht. Es ist zu hoffen, daß die kommenden Kämpfe ihm festere und dauerhaftere Erfolge bringen werden als in den Jahren 1905/06. Diese Hoffnungen sind um so berechtigter, weil die Lehren der Revolutions- und Gegenrevolutionsjahre an der russischen Arbeiterschaft nicht ganz spurlos vorübergingen, da sie in dieser Zeit eine schwere Schule politischer und ökonomischer Erfahrung durchgemacht hat und jetzt schon manches versteht, was sie früher nicht verstehen konnte. Eine wichtige und bedeutungsvolle Anbahnung tritt auch in den Kreisen der Arbeiterschaft des Proletariats ein. Vor der Revolution lag die Leitung der Arbeiterbewegung

fast ausschließlich in den Händen der sozialistischen Intellektuellen. In der letzten Zeit aber wächst allmählich heran und tritt an Stelle der alten intellektuellen Führer eine neue Generation der Führerschaft, die aus dem Arbeiterstand selbst hervorgegangen ist. Diese Veränderung ist nicht zu unterschätzen. Sie legt Zeugnis ab davon, daß das russische Proletariat schon einen verhältnismäßig hohen Reifegrad erreicht hat, und verspricht außerdem, der russischen Arbeiterbewegung einen etwas gesünderen, praktischen und realistischen Charakter zu verleihen, als es bisher der Fall war. Und das ist bitter notwendig.

Alles in allem steht gegenwärtig das Proletariat des nordischen Meeresreiches an der Schwelle einer neuen Periode seiner Entwicklung, die schon in den nächsten Jahrzehnten zu einem mächtigen Aufblühen der Arbeiterbewegung führen wird.

Politische Umschau.

Kritischer Rückblick auf das Jahr 1912.

Mit vorliegender Nummer beschließt der „Grundstein“ seinen fünfundzwanzigsten Jahrgang; er hat dann also ein Jubiläumsjahr hinter sich. Als er im Jahre 1887, noch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes, als Nachfolger des diesem Schandgesetze zum Opfer gefallenen „Neuen Bauhandwerkers“ ins Leben trat, gab sich die Redaktion in Uebereinstimmung mit den leitenden Faktoren der Maurerorganisation der Hoffnung hin, daß dem Blatt gleich wie der Organisation selbst, eine große Entwicklung beschieden sei. Diese Hoffnung hat sich in reichem Maße erfüllt. Der „Grundstein“ hat heute die Ehre, das Organ einer gewerkschaftlichen Organisation zu sein, die, besonders nachdem sie ihre Umgestaltung durch den Anschluß der Verbände der Bauhelfer und der Stukkatoren erfahren hatte, eine Macht ersten Ranges auf dem Gebiet des wirtschaftlichen Kampfes darstellt. In der ersten Nummer des zu Ende gehenden Jahrganges konnten wir die Stukkatoren in der Einheitsorganisation als wackere Mitstreiter in dem immer schwerer werdenden Kampf zwischen Arbeit und Kapital willkommen heißen. Im Gefühle der Freude und Genugtuung können wir heute sagen: Sie hat sich in jeder Hinsicht bewährt, diese Organisation. Zum Jahreswechsel bringen wir ihr, jedem einzelnen der Verbandsgenossen und allen unsern werthen Mitarbeitern die herzlichsten Glückwünsche dar. Wir wenden uns damit an fast 350 000 Männer, und wir richten an alle diese Männer zugleich die eindringliche Mahnung, unter allen Umständen dem Verband die gelobte Treue zu wahren, seine Interessen, sein Wachstum und seine innere Kraft so kraftvoll und opferfreudig wie nur möglich zu fördern. Neue schwere Kämpfe auf wirtschaftlichem und auf politischem Gebiet wird uns das neue Jahr bringen, wie der organisierten Arbeiterklasse überhaupt, ja, der ganzen Arbeiterklasse. Im Geiste der Solidarität müssen sich alle Berufsgruppen in der Sachorganisation und die Arbeiter aller Branchen in der politischen Organisation vereinen, um von Sieg zu Sieg über die Mächte der Ungerechtigkeit und des Unheils schreiten zu können. Das Wirken jeder freien Arbeiterorganisation muß sich notwendig über den Rahmen der reinen Berufswirtschaftlichen Interessen hinaus mehr und mehr richten auf die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, in denen sich die Bedingungen wahren Kulturfortschrittes für die ganze Menschheit begründen. Es ist die große gesellschaftliche Aufgabe des zur Erkenntnis seiner Würde, seines Wertes, seiner Bedeutung, seiner unüberwindlichen Rechte und seiner unüberwindlichen Kraft erwachten Proletariats, eine gewaltige Wendung im Geschick der Völker zu vollbringen, die gründliche Umwandlung der bestehenden Zustände und Einrichtungen in eine neue, gerechtere und bessere Wirtschafts-, Staats- und Sozialordnung. Dieser Aufgabe sollte jeder Arbeiter stets eingegeben sein. Aber leider liegen ja noch so viele in den Händen der Gleichgültigkeit, der Unwissenheit und des Vorurteils; auch sie zu erwecken und den proletarischen Kämpferscharen einzureihen, darin müssen wir eine der hauptsächlichsten all der schweren Pflichten sehen, die wir ohne Unterlaß freudig zu erfüllen haben.

Möge auch das neue Jahr wieder unsern Verband und die Sache der Arbeit ein gut Stück vorwärts bringen. Gedenken wir am Jahreschlusse in Liebe und Treue all der wackeren Männer, die im Laufe des Jahres der Tod unsern Reihen entzogen hat, so insbesondere auch unseres Heinrich Böhm, der uns vor wenigen Wochen begraben haben. Das „Ehre ihrem Andenken“ möge für sie alle von hier aus noch einmal erklingen.

Am Anfang des Jahres war unser innerpolitisches Leben von einem Reichstagswahlkampf, der eine außerordentliche Bedeutung hatte und dessen Ausgang die ganze politische Welt mit größter Spannung erwartete, befaßt. Das deutsche Volk war berufen, nachdem der von der unheimlichen Politik des blau-schwarzen Blokes sein Ende gefunden, einen neuen Reichstag zu wählen und damit selbstbestimmend in seine Geschichte einzugreifen. Das Fest der letzten Jahreswende war für die klassenbewußte Arbeiterklasse in ganz besonderem Maße ein Fest guter Hoffnungen; sie war befaßt von dem Gedanken des Niederrückens der Reaktion, der Zerprennung des schwarz-blauen Blokes. Keinen in die politischen Zustände und Stimmungen Eingeweihten konnte es überraschen, daß die Sozialdemokratie aus dem von den reaktionären Parteien mit den bösesten und verwerflichsten Mitteln geführten Wahlkampf,

auch die liberalen Parteien weit überholend, mit einem wahrhaft glänzenden Siege hervorging, indem sie es auf 4 1/2 Millionen Stimmen und auf 110 Mandate brachte, erwies sie sich nicht nur, wie früher schon, als die stärkste politische Partei in Deutschland, sie stellte damit auch die stärkste Fraktion des Reichstages. Leider ist die von der erdrückenden Mehrheit der Wähler gehegte Hoffnung, daß es mit neuen Reichstagen zu einem festen Zusammenschluß der liberalen Parteien und der Sozialdemokraten gegen die Regierung und den schwarz-blauen Block kommen werde, nicht in Erfüllung gegangen. Es möge unversehens bleiben, daß daran die Nationalliberalen die Schuld tragen. Besonders die Männer vom rechten Flügel dieser Partei sind von vornherein ihrer unausweichlichen Neigung gefolgt, zu ihren früheren Bundesgenossen, den Blauen und den Schwarzen, wieder in ein gutes Verhältnis zu kommen. Und sie waren es; die schon bei der Präsidentenwahl durch Hinterlist und Verrat die Ausschaltung der Sozialdemokraten vom Präsidium herbeiführten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erlitt einen Verlust durch den Tod des Abgeordneten für Meckl. a. N. Hermann Förster. Aber in der am 10. Dezember stattgefundenen Gesamtwahl behauptete die Sozialdemokratie im ersten Wahlgange mit ihrem Kandidaten Cohen gegen den Nationalliberalen und den Antisemiten das Mandat. Auch das ist ein Stück guten Abchlusses des Jahres 1912.

Etwas gutes hat der neue Reichstag bis jetzt dem Volke nicht gebracht, wohl aber mit den Wehrvorlagen erhebliche Neubelastungen für Meer und Marine. Wie die Regierung, und zwar ganz offen, im Bunde mit den Agrariern und ihren blauen und schwarzen Helfershelfern sich in der höchsten und drückenden Steuerungsfrage verhalten hat — inkonsequent, unflug, kläglich in jeder Hinsicht, allen berechtigten Forderungen widerstrebend, das dürfte wohl noch im frischen Gedächtnis unserer Leser sein. Und ebenso, daß die Regierung in der noch weit ernstlicher und wichtigeren Frage der Sicherung des Friedens anlässlich der Balkanwirren der Stimme des Volkes und den Mahnungen der Sozialdemokratie so gut wie gar nicht Rechnung getragen hat.

Für die freiorganisierte Arbeiterschaft erscheint es geboten, auch die Erinnerung daran festzuhalten, daß bei der großen Streik- und Koalitionsrechtsdebatte, die anlässlich des großen Bergarbeiterstreiks im März dieses Jahres den Reichstag in mehreren Sitzungen beschäftigte, die sogenannten christlichen Arbeiterführer, durch deren Verrat der Streik zum Scheitern gebracht wurde, sich in wüsten und frivolen Verschimpfungen und Verleumdungen gegen die freie Arbeiterorganisation ergingen. Jetzt sind dieselben Herren in der Zwangslage, einen von den „christlichen“ Bergarbeitern des Saarreviers in Szene gesetzten Streik rückföhrtigen und verteidigen zu müssen. Und dieser Streik richtet sich nicht, wie jener, gegen privatkapitalistische Ausbeutung, sondern gegen den preußischen Vergiftstich, dem die Herzen früher öfter jowil „Wohlwollenden“ für seine Arbeiter nachgerührt hatten.

Die Regierung und die reaktionären Parteien haben im Laufe des Jahres nichts getan, die innere politische Lage zu verbessern, nichts, was darauf schließen lassen könnte, daß es ihnen darum zu tun sei, sich der berechtigten Interessen der arbeitenden Massen anzunehmen. Unausgeseht hat das Schamfackertum die Arbeiter mit neuen Ausnahmemaßnahmen zur Vernichtung ihres Koalitionsrechts und ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisation bedroht. Dem Verlangen dieses unheimlichen Elements nach dem sogenannten „Arbeitswilligensschutz“ hat die Regierung allerdings ein „Nein“ entgegengestellt. Aber hinter diesem „Nein“ steht die Absicht der Regierung, ausnahmsrechtliche Bestimmungen gegen die Arbeiter in das neue Strafgesetzbuch hineinzubringen, das jetzt von Juristen vorbereitet wird. Die Schamfackere werden auch im neuen Jahre nicht ruhen und lasten, und es erscheint gar nicht ausgeschlossen, daß die Regierung doch noch ihrem Drängen nachgibt und sich zur Vorlage eines Spezialgesetzes zum „Schutz der Arbeitswilligen“ bezieht. Sie hat ja schon so oft bewiesen, daß sie in „gottgewollter Abhängigkeit“ vom Großkapitalismus und Großagrarisismus sich befindet.

Also, Freunde und Genossen, die Waffen geschärft und fest in Reiz und Gieß gestanden! Gegen die Mächte der Reaktion, gegen Kapitalismus und ordnungspolitischen Terrorismus müssen wir auch im neuen Jahre den Kampf bestehen. Unsere Kräfte werden auch noch insbesondere demnach durch die Frage des Abchlusses neuer Tarifverträge, die zu schweren allgemeinen und Einzelkämpfen führen können, in Anspruch genommen werden.

Darüber, wie außerordentlich kritisch sich die Lage der äußeren Politik gestaltet hat, brauchen wir wohl auch keine langen Auseinandersetzungen zu machen. Der Verdrängung des Krieges zwischen Italien und der Türkei folgte unmittelbar der Ausbruch des Balkankrieges, der an Schrecklichkeit, an Barbarei, an blutdürstigem Fanatismus wohl das Ärgste mit geboten hat, was im kriegerischen Massenmord jemals vorgekommen. Die christliche Diplomatie hat sich auch in diesem Falle ein jämmerliches Verursachungszeugnis ausgestellt, das Zeugnis, daß sie weder fähig noch guten Willens ist, den Massenmord zu verhindern. Ob die Vertreter der Großmächte nunmehr in London auf der sogenannten Friedenskonferenz die Bedingungen des Balkankrieges und die Sicherung des

europäischen Friedens erreichen werden, das ist eine Frage, auf die sich gegenwärtig keine Antwort finden läßt und die deshalb um so mehr wie ein Alp auf den Völkern Europas lastet. Der quälende, das ganze Wirtschaftsleben schwer bedrückende und schädigende Zustand der Ungewißheit wird mit Hinübergenommen in das neue Jahr. Da spielen ganz ohne Zweifel noch sehr böse Erwägungen und Projekte der hohen Diplomatie. Und wir gehen gewiß nicht irre, wenn wir sagen, daß es hauptsächlich der russische Zarisismus ist, der die Lage verdirrt und verschlimmert und noch gewissenloser Berechnung dem Friedenswerk entgegenwirkt.

Daß für dieses Werk tatsächlich nur ein politisches und soziales Element, die internationale Sozialdemokratie, im Jahre 1912, so noch in außerordentlich demonstrativer Weise vor einigen Wochen auf dem internationalen Kongress in Basel mit äußerster Entschiedenheit und Energie eingetreten ist, sei auch in unserm Rückblick nicht vergessen. Die Sozialdemokratie wird auch im kommenden Jahre ihre großen Kulturaufgaben, in deren Rahmen in erster Linie mit der Sicherung des Völkerfriedens und die Ausgestaltung der Völkersolidarität liegt, erfüllen. Die Wünsche, die wir ihr und dem Proletariat zum Jahreswechsel bringen, lassen wir ausfließen in den Ruf:

Vorwärts im unerschütterlichen Vertrauen auf die liegende Kraft der gerechten Prinzipien des demokratischen Sozialismus! Es ist das eiserne Maß der Geschichte, das in diesem Ruf zum Ausdruck kommt. Möchten alle diejenigen, die sich in unermüdetster Annahme berufen glauben, willfährig und entgegen den Prinzipien der Humanität und des Fortschritts die Geschichte der Völker zu beherrschen, das Wort zu Herzen nehmen: **Gerecht leert sein, ihr seid gemahnt!**

Bauarbeiterbewegung. Deutscher Bauarbeiterverband.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Die Delegierten zum Verbandstage, die hinsichtlich ihres Unterkommens in Jena besondere Wünsche haben, mögen sich an den Vorstand unseres dortigen Zweigvereins wenden. Es ist erwünscht, daß die Delegierten mitteilen, ob sie im Hotel oder in Privatwohnung wohnen wollen. Die Adresse ist Anton Klupisch, Jena, Leichgraben 4, Hinterhaus.

Krankenunterstützung. In den letzten Wochen ist beim Vorstand wiederholt Krankenunterstützung für Kollegen beantragt worden, die wohl 80 anrechnungsfähige Beiträge gezahlt haben, aber erst im Januar, Februar oder gar März 1911 in den Verband eingetreten sind. Alle diese Kollegen haben aber nach dem Statut (§ 37 Abs. 1) noch kein Anrecht auf Unterstützung. Klar und deutlich besagt dieser Paragraph, daß nur die Kollegen unterstützungsberechtigt sind, die ununterbrochen mindestens zwei Jahre Mitglied sind und 80 Beiträge bezahlt haben. Demnach müssen beide Pflichten, Beitragszahlung und Mitgliedsdauer, erfüllt sein. Es können deshalb die Kollegen, welche Januar, Februar oder März 1911 eingetreten sind, erst von dieser Zeit 1913 an Unterstützung beanspruchen.

Verlorene Mitgliedsbücher. In der Zeit vom 14. bis 21. Dezember sind nachfolgende Mitglieds- bzw. Interimsbücher als verloren oder als abhanden gekommen gemeldet worden und Ersatzbücher dafür ausgestellt:

Nach-Nr.	Name des Mitgliedes	Geburtsort	Geburtsdatum	Eintrittsdatum
231426	Batt, Adolf	Wischheim	14. 4. 64	5. 9. 06
0165716	Böhm, Hans	Bollmühl	3. 1. 92	19. 2. 12
048/81	Buchwiler, E.	Nußdorf	15. 1. 92	25. 4. 11
0209279	Dagob, L.	Nußdorf	24. 11. 89	9. 3. 12
122950	Dreier, Franz	Büßdorf	5. 12. 90	6. 3. 10
0211230	Dietrich, Karl	Betheln	29. 4. 88	26. 4. 12
152366	Dries, Angelo	Wellau	29. 3. 83	1. 10. 07
0174340	Gluchowski, A.	Ustlaß	10. 1. 87	19. 10. 12
0278813	Geller, Anton	Buchen	12. 11. 79	2. 11. 12
226195	Heiler, Paul	Schweinheim	12. 11. 64	19. 6. 10
85570	v. Hünim, Fr.	Amsterdam	30. 9. 93	11. 11. 10
248536	Horn III, Jaf.	Altendorf	3. 3. 70	1. 11. 10
07412	Kobraw, Wilh.	Thulendorf	8. 3. 47	14. 1. 11
183858	Kramm, Gottlieb	Böhm	7. 3. 87	19. 11. 06
0130898	Kraus, Gustav	Königsberg	21. 7. 87	16. 10. 11
216284	Kruse, H.	Bunzlau	31. 12. 88	11. 5. 06
181806	Köwin, Frh.	Kernsdorf	15. 9. 78	23. 11. 99
147840	Maltrich, Otto	Gehofen	24. 9. 91	11. 9. 10
097015	Mos, Albert	Mühlstedt	24. 9. 85	21. 5. 11
0242116	Müller, Herm.	Gimmingerode	17. 8. 87	26. 4. 12
0134631	Puls, August	Höbe	26. 10. 93	1. 8. 11
233623	Reich, Albert	Coburg	29. 7. 87	16. 7. 10
116342	Reich, Theod.	Kasmit	8. 11. 90	1. 4. 10
029738	Rückel, Heinrich	Schöps	12. 1. 91	3. 5. 11
267190	Schmidt, Walter	Gröbberg	7. 2. 87	1. 1. 06
067299	Schuster, Friedrich	Schöps	27. 10. 80	24. 5. 11
0112963	Seifert, Johann	Bensbach	11. 9. 86	5. 7. 11
198820	Ullrich, Arno	Niesbach	3. 1. 88	22. 3. 08
31887	Wielke, Arthur	Städten	20. 10. 87	29. 6. 07
214056	Wunderlich, H.	Crimmichau	18. 9. 78	18. 9. 09

Vom 17. bis 21. Dezember haben folgende Zweigvereine Geld an die Hauptkasse gefandt: Annaberg i. S. M. 1000, Ahrensbad 800, Apolda 840, Biele 100, Bürgel 100, Bromberg 1000, Coblenz 1000, Cassel 2800, Crefeld 1800, Cölbe

nach 350, Freiberg i. S. 600, Fallersleben 200, Fribbichow 52,17, Frankenberg i. S. 100, Gronau 300, Gollnow 48,85, Gollnow von hingenander Streifenunterstützung jurist. 48,20, Gravenstein 40, Großenhain 1000, Gadebusch 350, Greifswald 400, Gießen 474,60, Göttingen 600, Hamm 1500, Helffenhausen 100, Hilbesheim 700, Hamburg 3000, Hörde 420, Hagen 1050, Halberstadt 360, Harnischfeld 100, Karlsruhe 1420, Rattowitz 1820, Landschüt i. S. 250, Loosen 4,43, Lobenstein 40, Landau 72, Löhne 200, Melle 100, Meissen 1, Melbort 262,40, Northheim 300, Neßthausen 300, Obornitz 250, Osterholz-Scharmbeck 300, Oldesloe 550, Peine 500, Radebeul 129,02, Reinsfeld 122,40, Reddinghausen 400, Schwerin i. Mecklenburg 1000, Seehausen i. d. Altmark 100, Salzgungen 100, St. Ludwig 100, Schönebeck 400, Schmiedeberg 300, Tinnendorf 80, Würzburg 1000, Weida 300, Würzen 700, Walsitz 550, Waldheim 400.

Kalender.

Biere M. 6, Hamburg 600, Hörde 70, Hagen 150, Schwarmstedt 12,50, Wandsbürg 8,50.

Futterale.

Coblenz M. 20, Hamburg 100, Hilbesheim 10, Hörde 10, Halden 4, Waldheim 2.

Arbeit und Kultur.

Hamburg M. 1,50.

„Grundstein“-Einband.

Strasbourg i. Gf. M. 3.

Sterbegeb darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgegibt werden. Zu den diesbezüglichen Unterlagen sind die gedruckten Formulare E, welche vom Verbandsvorstand zu beziehen sind, zu verwenden. Das Verbandsbuch des betreffenden Mitgliedes ist jeweils mit den Unterlagen einzufügen.

Unterstützungs-Anweisungen sind in der Zeit vom 14. bis 21. Dezember erteilt für:

Zweigverein	Name des Mitgliedes	Beruf	Buch-Nr.	Mann oder Frau
Barmen	G. Cherny	Hilfsarb.	57885	Frau
Bautzen	August Spant	Maurer	217254	Mann
Belg.	Wilhelm Franke	"	243745	Frau
Berlin	Wilhelm Kisch	"	4290	"
"	Albert Gareis	"	241962	"
"	W. Godeb	"	2553	Mann
"	Carl Biese	Bauer	241783	Frau
"	Karl Urban	Maurer	3272	"
Bergedorf	Herm. Meinke	Hilfsarb.	223352	Mann
Bonn	Peter Schlich	Maurer	151316	Frau
Braunschweig	Reiz Jahn	"	95583	"
Breslau	Paul Neumann	"	49758	Mann
Bunzlau	Herm. Wallach	"	134805	Frau
Breslau	Ernst Seidel	Hilfsarb.	211756	Mann
Breslau	E. Morgenstern	Hilfsarb.	71408	"
Breslau	Emil Giford	Hilfsarb.	26612	Frau
Breslau	Paul Uhlig	Maurer	241404	Mann
"	Reinhardt Kisch	"	20740	"
"	Ernst Großmann	"	23303	"
Frankfurt a. M.	Adam Joff	"	46606	"
Gera	Herm. Wernhardt	"	120982	"
Gnoien	Johann Möller	"	160358	Frau
Greif	Albin Prager	"	196075	"
Grimma	Wilh. Froberg	"	198856	Mann
"	Herm. Thiemer	"	198964	Frau
Hamburg	Franz Mönius	Hilfsarb.	19983	"
"	Wilh. Bernhöft	"	10118	Mann
Hannover	Chr. Jentzel	"	65284	"
"	Karl Kühner	"	227463	"
Kiel	Friedrich Kühl	"	08103	Frau
Köln	Karl Kunze	Maurer	146824	"
Königsberg i. Pr.	Carl Lubenitz	"	75947	Mann
Leipzig	Hermann Stache	"	30391	"
Löbau	Ernst Maude	"	216712	"
Mainz	Adam Gifchel	"	241316	"
Meissen	Wolff Sommer	"	167458	Frau
Mühlhausen i. G.	G. Giacoma	Hilfsarb.	04224	"
München	Jos. Braunhofer	"	221092	Frau
Neustettin	Georg Fröhlich	Maurer	170030	Mann
Novosibirsk	Reiz Buchmann	Hilfsarb.	240887	"
Nürnberg	Kaver Schuster	"	232676	"
"	Thomas Seidel	"	233043	Frau
"	Konr. Hasmann	"	65855	Mann
"	Josef Weber	Stukateur	257419	Frau
"	Joh. Kamler	Hilfsarb.	60395	Mann
Witten i. B.	Alfred Weller	"	102124	Frau
Saarbrücken	Joh. Oberfelder	Maurer	118369	Mann
Schönebeck	Wilhelm Härig	"	143417	Frau
Schwerin i. M.	Reiz Dunler	"	168161	Mann
Landau	Otto Krenzsch	Hilfsarb.	197939	Frau
Werder a. d. S.	Herm. Altdorf	Maurer	136958	Mann
Wismar	Herm. Gratoop	"	162416	Frau
Wriezen	August Hoyer	"	241172	Mann
Witten	Paul Kaufste	"	124937	"

Der Verbandsvorstand.

Lohnbewegungen und Differenzen.

Deutschland:

Aue. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Lein. Bebra. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Witzel.
 Berlin. (Putzer.) Sperre über den Kirchenbau in Nienkolln, Firma Berger.
 Bremen. Sperre über die Firma Curt Würdemann in Syke und über die Rabitzarbeiten der Firma Römermann.
 Breslau. Sperre über den Bau des Unternehmers Junitz.
 Cöln. Sperre über die Firma Brandt. (Neubau Nippes, Auerstraße.)

Dömitz. Sperre über die Unternehmer Holzgreve, Groth und Torney.

Dresden. Sperre über Burmeister & Weiss. (Firma für Kühlenanlagen.)

Gardelegen. Streik.

Glessen. Sperre über die Firma Kröck & Nosseldreher in Heuchelheim.

Gollnow. Sperre über das Geschäft von Wilh. Käster.

Greifswald. Sperre über das Baugeschäft H. Medenwald.

Differenzen bei der Firma Reineke & Co. aus Stettin.

Güsten. Sperre über die Firma Bürau.

Gutzkow. Sperre über die Firma Peters.

Herzberg a. H. Sperre über Kunstin.

Horst i. H. Sperre über die Firma W. Schmidt.

Jarmen. Sperre über die Firma Brandt.

Köllinghusen. Sperren über die Arbeiten des Unternehmers Evers in Quarnstedt, über die Arbeiten des Subunternehmers Lorenzen im Lokstedter Lager.

Königsberg i. Pr. Sperre über die Geschäfte Stabbert und Szanietel.

Lanterberg a. Harz. Streik.

Leipzig. Sperren über die Bauten der Eisengießerei Becker & Co. in Leipzig-Lentzsch, Höhe Straße, über die Maschinenfabrik Karl Krause, Leipzig-Anger, Zweinaundorferstraße, Hietschold & Rudert in Engelsdorf, Hühlich & Albrecht in Leipzig, Windscheidstraße (die Firma zahlte keinen Lohn), Schubert, Quasitz, Staatsstraße.

Mühlheim-Oberhausen. Sperre über die Firma Kurth & Hoffmann.

Nordenham. Streik.

Pillkallen. Sperre über Kalcher wegen Vertragsbruchs.

Pöschel. Sperren über die Firma Köhnenmann.

Pöhlitz. Sperre über den Unternehmer Paape.

Reinbek. Sperre über den Neubau auf dem Glückstadtischen Grundstück in Wentorf wegen rückständigen Lohnes.

Reichenburg a. T. Sperre über den Unternehmer Hepp.

Rügenwalde. Sperre über die Firma Papenau.

Schönfliess. Sperre über den Unternehmer Puhlmann.

Schweinfurt. Sperre über die Arbeiten der Eisenbetongesellschaft.

Sieck. Sperre über die Arbeiten des Unternehmers Kröger-Eichede in Fürstenberg-Horst.

Stettin. (Maurer.) Sperre über das Eisenwerk „Kraft“ in Stolzenhagen-Kratzwick.

Strassburg i. Els. Sperre über die Putzarbeiten der Firma A. Bärmann.

Taucha b. Leipzig. Sperre über den Bau der Kläranlagen der Firma Jelen aus Düsseldorf.

Wahlitz. Sperre über den Unternehmer Burghardt aus Steingrimma.

Zippowitz. Sperren über die Arbeiten der Unternehmer Johann Hoppach, Carl Sadewasser, Otto Jahnke, Hermann Schumann, Rudolf Enke und Carl Mäke in Zippowitz und Wilhelm Schmidt, Johann Labahn und Rudolf Parlow in Koserow.

Fliesenleger und Terrazzoarbeiter:

Bielefeld und Minden. Alle Arbeiten des Zwischenmeisters Hünte sind gesperrt.

Bremen. (Fliesenleger.) Streik.

Dortmund. Sperre über die Zwischenmeister Lilienthal und Sommerstein in Barop bei Dortmund.

Gelsenkirchen. Sperre über die Firma Hüntebeck & Co. sowie den Zwischenmeister Jacob Weber.

Hagen i. Westf. Sperre über die Firma Georg Raffer.

Hamburg. Sperre über die Firma Aug. Hoehne Söhne.

Mannheim-Ludwigshafen. Sperre über den Zwischenmeister Gustav Kost.

Gipser und Stukkateure:

Breslau. Sperre über Kunze & Brinke.

Cuxhaven. Sperre über das Geschäft von Brüggemann.

Karlsruhe i. B. Sperre über die Firma Holab.

Karlsruhe. Sperre über das Gipsergeschäft Fr. Fritz aus Darmersheim wegen Tarifspruchs.

Kattowitz. Gesperrt wegen Lohn-differenzen sind die Firmen Reinlich-Gleiwitz und Baron-Königshütte.

Nürnberg. Sperre über die Arbeiten der Schwitzunternehmer Joh. Nübler und L. Schwab wegen andauernder Zahlungsunfähigkeit.

Schlettstadt. Sperre über die Firma Bertele.

Luzern (Schweiz). Zuzug fernhalten.

Isolierer und Steinholzleger:

Cöln. (Isolierer.) Sperre über die Firma Jul. Kathe wegen verweigerter Anerkennung des Tarifvertrages. — (Steinholzleger.) Sperren über die Engelst-Werke (Vertreter: D. Deppe in Cöln), Korkelst-Werke von D. Deppe und Heinrichs.

Duisburg-Oberhausen. (Isolierer.) Streik bei den Firmen Deutsche Asbestgesellschaft und Oertgen & Schulte in Duisburg.

Leipzig. Die Firma Brömmke ist für Isolierer und Steinholzleger gesperrt.

Arbeitsmarkt.

Neben die Arbeitsnachweise der Unternehmer in Bremen, Cuxhaven, Dortmund, Cuxen, Flensburg, Nürnberg, Oldenburg i. Großh., Schleswig, Stade, Wesel und Wilhelmshafen, haben unsere dortigen Kollegen den Boykott verhängt.

In Paderborn herrscht große Arbeitslosigkeit.

Gau Bremen.

In Nordenham hatten die Unternehmer die Schlichtungskommission angerufen, nachdem wir die größte Firma, deren Angäher der Vorbesitzer des Arbeitgeberverbandes ist (Bauunternehmer Herberjürgen), gesperrt haben. Wir haben dem Arbeitgeberverbande mitgeteilt, daß für uns kein Vertrag besteht und daß wir daher die Teilnahme an

der Sitzung der Schlichtungskommission ablehnen. Sollte über die bestehenden Differenzen verhandelt werden, so könne es nur von Organisation zu Organisation geschehen. Es fand dann am 17. d. M. eine Verhandlung statt. In dieser Verhandlung war es nicht möglich, die bestehenden Differenzen zu beheben, da der Angestellte des gemischten Arbeitgeberverbandes — ein ehemaliger Maurermeister aus Linden bei Hannover — Windeck, den klaren Sachverhalt bestritt. Ein Beispiel mag darun, wie dieser Mensch den Tatsachen Gewalt antut. In der „Arbeitsgeberzeitung für das Baugewerbe“, Nr. 49, schreibt Windeck: „... mit Ausnahme des ersten Vorstehenden Ahrendt, welcher seit dem vorigen Sommer von der Gewerkschaft ein festes Gehalt bezieht.“ In der Verhandlung stellten wir nun Windeck, zunächst bestritt er, der Schreiber dieses Artikels zu sein. Als ihm dann kein Ausweg blieb, gab er an, ihn geschrieben zu haben. Als wir uns dann bereit erklärten, sofort den Beweis zu erbringen, daß unser Vorstehender Ahrendt wie jeder andere Kollege Streifenunterstützung und keinen festen Gehalt von der Gewerkschaft — Deutscher Bauarbeiterverband — erhalten hätte, erklärte Windeck ganz harmlos: „Das ist doch ganz einerlei, ob man alle acht Tage oder alle Monate sein Geld bekommt, ob dieses Streifenunterstützung oder Gehalt genannt wird.“ Ahrendt hat doch vom Verband Geld bekommen.“ Nach dieser Auffassung erhielt jeder Streikende und Ausgesperrte „sein Gehalt“ von seiner Gewerkschaft. Das mag zur Kennzeichnung dieses Verrats genügen.

Alle Differenzpunkte wurden in dieser Weise behandelt. Solange sich dort der Arbeitsnachweis des gemischten Arbeitgeberverbandes als Fremdkörper zwischen Arbeiter und Unternehmer drängt, ist an Ruhe und Frieden im Baugewerbe nicht zu denken. Recht bezeichnend ist, daß dies der Arbeitgeberverband Nordenham nicht sofort in einer allgemeinen Aussperrung beantwortet hat. Hätte er die Macht, er hätte es natürlich getan. Aber in Nordenham hat er etwa 40 Mitglieder. Auch von diesen haben einige erklärt, daß sie die zehn Monate lange Aussperrung ein kleines Vermögen gelöst hätte und daß sie nicht wieder mitmachen. Etwa 100 Mitglieder hat der Unternehmerverband auf dem Lande, und diese haben es längst satt, für die Schmaragdallüren der Unternehmer in Nordenham zu bluten. Jetzt wo er sich von seinem Gefolge verlassen sieht, kammerst sich der Vorstand des Arbeitgeberverbandes an den Instanzenweg des Tarifvertrages. Als er in der ersten Instanz Schiffbruch erlitten hatte, wandte er sich in einem Brief an die zweite Instanz (Bezirksarbeitsgericht Bremen). Auch dieser Instanz erwiderte wir, daß für Nordenham ein Tarifvertrag nicht mehr bestünde und wir es darum ablehnten, an einer Sitzung in dieser Sache teilzunehmen. Trotz dieser Erklärung erklärten der Herr Windeck doch mit seiner dicken Altkneipe auf dem Moridor, als das Bezirksarbeitsgericht in Sachen Bescheid tagte. Er hat geduldet vom Anfang bis Ende vor der Tür des Sitzungszimmers gestanden, hinein ist er aber nicht gekommen. Nordenham hat seinen Anspruch auf einen Tarifvertrag verworfen. Jetzt wollen sie für Heim beim Zentralarbeitsgericht suchen. Ob sie dessen Schiedsspruch vom 11. Juni 1912 ganz vergessen haben? Dieser sagte, daß das alte Arbeitsverhältnis wieder hergestellt sei. Trotzdem haben sie bis zum 4. November weiter ausgesperrt. Da der Schiedsspruch nicht innerhalb dreier Wochen befolgt worden ist, so trat damit für uns Handlungsfreiheit ein. Von dieser Handlungsfreiheit haben wir Gebrauch gemacht. Für Nordenham besteht kein Vertrag und kein Instanzenweg mehr.

Gau Stettin.

Von Greifswald teilt man uns mit, daß bei dem Baugeschäft Reineke & Co. aus Stettin, das dort einen größeren Betonbau ausführt, Differenzen entstanden sind. Es ist nachschonlich, daß die Firma beschuldigt wird, außerhalb Arbeitskräfte angeworben zu haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß die Firma an die Liste genug erhalten kann und daß außerhalb Angeordnete dazu benutzt werden sollen, die Arbeitsbedingungen in vertragsgemäßer Weise zu verschlechtern.

Zum Verbandstage.

Die Gaukonferenz in Dresden ließ eine sachliche Würdigung der Statutenorgane des Verbandsvorstandes leider nur zu sehr vermessen. Alle Redner waren sich von dem Gedanken besetzt, das Beste für die Organisation leisten zu wollen. Prüfte man aber die einzelnen Reden, so klang aus ihnen nur der Widerstand heraus, den alle in einer Organisation geplanten Neuerungen genösiglich finden. Niemand wird von den Mitgliedern verlangen, daß sie zu allem gleich ja und Amen sagen. Auch sind neue Gedanken nicht so leicht verwerflich wie ausgesprochen. Die Mitglieder haben sich in die bisherigen Einrichtungen der Organisation und ihre Bestimmungen eingelebt. Eine Änderung begegnet deshalb Mißtrauen. Die alten Kammern vom bedrohten Kampfscharakter der Organisation sollten von Kollegen, die sich zur Leitung und Führung in unsern Reihen berufen glauben, nicht mehr vorgebracht werden, wenn sie für sich das Zeugnis beanspruchen, aus der Vergangenheit der Organisation ihre Bedürfnisse kennen gelernt zu haben. Wird die Vorlage aus dem Verbandstage angenommen, so können die Mitglieder in den Versammlungen nach dem Verbandstage von diesen führenden Kollegen sagen, daß sie nicht mehr verstehen als die anderen Mitglieder auch. Sie haben den Mitgliedern die Vorlage nicht empfohlen und genügend klar gemacht; weil sie aber beschloßen ist, müssen sie sich fügen. Führer und Leiter im richtigen Sinne sollten etwas weiter gehen als die Mitglieder. Leider mußte die Debatte zu schnell abgebrochen werden, da über das Lokal weiter verfügt war, so daß Befürworter nicht mehr zum Wort kamen. Auch im Baugewerbe kommt die Zeit, wo wir die Arbeitslosenunterstützung einführen müssen. Die Ausführungen vom Kampfscharakter sind leeres Stroh; denn gerade das Gegenteil lehrt die Erfahrung. Ich bekenne, daß ich selbst bei der Einführung der Krankenunterstützung in einer Maurer-

Verammlung in Leipzig den Gedanken ausspricht, wir sind Kampforganisation und dabei bleibe ich. Der Kollege Richard Beyer rief mir zu, das denken andere auch. Das habe ich heute so im Gedächtnis, als wäre es gestern passiert. Auch in unsern drei Verammlungen, in denen die Vorlage besprochen wurde, nahm die Gegnerschaft allmählich ab, je mehr es gelang, Rufführung in den Inhalt der Vorlage zu schaffen. Bei vorurteilsfreier Prüfung muß man sagen, daß den Arbeitslosen bei längerer Arbeitslosigkeit eine wirkliche Hilfe geboten wird. Die Beitragssteigerung ist für uns nicht sehr hoch. Wo wir jetzt Stundenlohn der Klasse II des Entwurfs erhalten, ist bei Steigerung des Stundenlohnes um einen Pfennig der Beitrag nach Klasse III zu berechnen. In der Tat gehört ein Teil unserer Kollegen Verbänden an, die Arbeitslosenunterstützung gewähren. Bei den Kassebauarbeitern habe ich sogar festgestellt, daß an einer Arbeitsstelle dreizehn Kollegen in den Transportarbeiterverband in ganz kurzer Zeit aufgenommen sind, die nur wegen der Arbeitslosenunterstützung dort bleiben. Das sollte für uns eine ausreichende Warnung sein, nicht länger mit der Arbeitslosenunterstützung zurückzufallen. Wenn ich auch noch nicht so schnell dafür stimmen kann, so bedürfte ich doch bei den vielen Kollegen noch vorhandenen Widerstand, gegen die Einführung nicht zutun. Im Prinzip bin ich dafür. Das sollte meines Erachtens jeder einsichtige Kollege sein und deshalb mit dafür sorgen, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung immer mehr Freunde unter unsern Kollegen findet.

August Persing, Großenhain.

Von dem, was zu der Arbeitslosenversicherung bisher alles geschrieben worden ist, gefällt mir der Vorschlag des Kollegen aus Nürnberg am besten, wonach familiäre Verbände zu einem Bund vereinigt und eine gemeinsame Kriegskasse geführt werden soll. So weit sind wir heute leider noch nicht und müssen uns deshalb mit der heute bevorstehenden Verammlung begnügen. Der Vorschlag des Vorstands ist mir aber zu kompliziert; es gibt da einen Haufen Paragraphen, gerade wie bei der Reichsversicherungsordnung. Meine Ansicht ist: wer krank ist, sollte als arbeitslos gelten, wer auf der Reise ist, sollte als arbeitslos gelten, wer auf der Reise ist, sollte als arbeitslos gelten. Die Krankenunterstützung und die Reiseunterstützung abzuschaffen und dafür in allen Fällen, wo die Kollegen, außer bei Streiks und Vergleichen, nicht arbeiten können, Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Natürlich müßte dies auf das ganze Jahr ausgedehnt werden. Der Vorschlag des Vorstands ist nichts Gutes und nichts Halbes. Der arbeitslos ist, ob durch Krankheit oder Mangel an Arbeit, ob auf der Reise oder am Ort, sollte Arbeitslosenunterstützung erhalten.

Karl Hoffmann, Schildberg.

Als die Kollegen den letzten „Grundstein“-erhielten und den Entwurf zur Errichtung einer Unterstufungsstelle lasen, wird wohl mancher gedacht haben, nun Verbandsvorstand, aber bald auf mit seinen Unterstufungs-einrichtungen. Es muß jeden Kollegen unangenehm berühren, daß der Verbandsvorstand die geplanten Vereinrichtungen den Kollegen nicht gleichzeitig unterbreitet, sondern einen Teil nach dem anderen. Den letzten Teil sogar zu einer Zeit, wo Änderungsanträge nicht mehr gestellt werden können. Der Vorwurf, hier ein Doppelspiel mit nicht ganz undurchsichtiger Hand zu treiben, dürfte ihm nicht erspart bleiben. Nun, wir werden ja bald zu hören bekommen, wie die Kollegen darüber denken. Uns bot man die Arbeitslosenunterstützung, um auch für sich etwas zu schaffen. Kein Mensch wird ihnen das ausreden können, und rebete er mit Entgegnungen. Die im Beruf tätigen Kollegen wissen, welchen Kampf sie oftmals gegen die eigenen Kollegen zu führen haben, wissen, welche Abgeneigtheit gegen die Leitung oftmals bedauerlicherweise zum Ausdruck kommt. Der Verbandsvorstand, dem diese Verhältnisse nicht unbekannt sein können, hätte alle Veranlassung, den im Beruf tätigen und im Organisationsinteresse wirkenden Kollegen ihren ohnehin schweren Stand nicht noch mehr zu verschlimmern. Zu dem Entwurf selbst waren die Kollegen allgemein der Auffassung, daß nur im Beruf tätige Kollegen gemeint seien. Auch auf der Konferenz in Gießen kam das zum Ausdruck. Nun sehen wir aber, daß unsere Auffassung falsch war. Auch für Angestellte soll diese Unterstufungsstelle gelten. Ist denn für die Angestellten noch keine Unterstufungseinrichtung vorhanden? Mindestens wäre eine nähere Begleitung angedacht gewesen. Damit, daß der eine Teil Beiträge bezahlen soll, der andere nicht, erweckt man von vornherein den Anschein, als sei in erster Linie das Interesse der Angestellten maßgebend gewesen, was auch aus den §§ 3 und 4 hervorgeht. Die Angestellten sollen 2½ pSt. ihres Gehalts als Beiträge leisten, dafür sollen die vollen Beiträge zur Unterstufungsvereinigung aus der Kasse bezahlt werden, so daß die Angestellten gegen früher nicht mehr belastet werden dürften. Daß dann ein im Beruf tätiger Kollege im Falle der Erwerbsunfähigkeit die Hälfte des tariflichen Lohnes erhalten sollte, der Angestellte aber 20 bis 65 pSt. seines Gehalts, kann ich nicht gutheißen und lehne diese Klasseneinteilung ab. Weiter soll den Angestellten ein Ruhegehalt gewährt werden. Ich bestreite, daß es angebracht ist, dies alles einzuführen. Vor allen Dingen haben wir dafür zu sorgen, daß die Lebenshaltung unserer Kollegen finanziell wie geistig gehoben wird, dann kommen diese Angelegenheiten. Der brave Mann denkt an sich selbst zuerst. In der Arbeiterbewegung gilt der Grundsatz, daß die Führer, wenn sie ihren Posten ausfüllen sollen, nicht mit Nahrungsfragen belastet sein dürfen. Das gilt aber auch für die übrigen Kollegen, insbesondere für die, die die Kleinarbeit oder Hauptarbeit zu leisten haben. Wo ist es Pflicht, daß für die Kollegen, die durch ihre Wirksamkeit für die Organisation zu Schaden kommen, gesorgt wird, und kein Kollege wird dem entgegengetreten, aber die vorgeschlagene Form und die damit verknüpften Nebenbedingungen halte ich nicht für angänglich. Weiter soll sich der Verbandstag mit den Gehaltsfragen beschäftigen; ob etwas Usus werden soll, daß der eine Verbandstag diese Fragen regelt, der andere sie über den Haufen wirft? Derartige Um-

wälzungen haben sich seit dem letzten Verbandstag nicht vollzogen, die eine Veränderung nötig erscheinen liegen. Gegen die Forderung haben wir ja noch andere Mittel, und daß kein Verlangen nach einer anderen Regelung vorliegt, beweisen die minimalen Beiträge. Es sind Erhebungen teilweise bis 900 vorgelegt. Wie man dies wohl begrundet will? Etwas mehr Mäßigkeit im Forderungen seitens der leitenden Kollegen wäre sehr erwünscht. Schon aus rein laitschen Gründen in Anbetracht der Arbeitslosenunterstützung, die ich für notwendig halte, und der damit verknüpften Beitragssteigerung. Hätte der Verbandsvorstand alles vermeiden sollen, wodurch der Anschein erweckt wird, als wolle er auch etwas für sich heraus schlagen. Gegen den Willen der Mehrheit der Kollegen Einrichtungen und Veränderungen schaffen, die nicht absolut notwendig sind, ist sehr zu überlegen, und die finanzielle Leistungsfähigkeit hat auch eine Grenze. Also überlasse man den Vorgesetzten nicht und lehne der Verbandstag diese Anträge ab. Friedrich Schlapp, Rangen.

Der Vorschlag des Verbandsvorstandes, zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung, mag in den bestehenden wirtschaftlichen Verhältnissen begründet sein. Aber zur Beratung auf dem nächsten Verbandstag ist die Frage nicht reif. Der Verbandsvorstand hätte diesen Antrag viel früher bekanntgeben müssen, so daß die Zweigvereine vollständig Zeit gehabt hätten, darüber in ihren Verammlungen zu beraten, und die Delegierten schon auf den Gantagen die Urteile der Vereine vertreten konnten. Dies war aber nicht der Fall. Der Verbandsvorstand machte den Antrag am 5. Oktober bekannt, und am 27. Oktober fanden schon Gantagen statt. Daß nun diese Gantagen ein Spiegelbild von der Meinung der Mitglieder ergeben konnten, bestreite ich. Folgebesseren kann auch den Delegierten zum Verbandstag nicht zugemutet werden, die Ansichten und Beschlüsse der Gantagen auf dem Verbandstag zu vertreten. Dazu kommt, daß wir kurz vor einer allgemeinen Tarifbewegung stehen, deren Ausgang uns ja noch nicht bekannt sein kann. Es müßte vor allen Dingen erst nach Abschluß des neuen Tariffs dieser Unterstufungseinrichtung näher getreten werden.

Die Arbeitslosenunterstützung soll die Kollegen im Falle der Arbeitslosigkeit vor der schlimmsten Not schützen. Der Antrag des Vorstands befragt, daß diese Unterstützung vom März bis Dezember bezahlt werden soll. Dies läßt in den allermeisten Fällen nur den Großstädten zugute. Denn die ländlichen Bezirke weisen ja einen viel geringeren Prozentsatz an Arbeitslosigkeit in den Sommermonaten auf, als eben die größeren Städte. Die Großstädte werden deshalb auch den „Kümmertopf“ der Unterstufung erhalten, was ja auch aus den Ausführungen des Kollegen Max Dahlbürgs, Berlin, in Nr. 48 des „Grundsteins“ hervorgeht. Anders liegen aber die Dinge in den ländlichen Bezirken; da haben wir gerade im Winter an Arbeitslosigkeit zu leiden, ganz besonders in den Gebirgs-orten, wo man mit vier bis fünf Monaten Winter zu rechnen hat, und die Schneemassen und die Kälte jedes Arbeiten unmöglich machen. Gerade in dieser Zeit soll es nun keine Unterstützung geben. Im Sommer ist es den arbeitslosen Kollegen leichter möglich in einem andern Beruf Arbeit zu erhalten, oder auf andere Art und Weise sich den notwendigen Verdienst zu verschaffen, auch die Lebenshaltung ist im Sommer noch billiger als im Winter. Der höhere Lohn hält dann doch die Kollegen etwas widerstandsfähiger. Ganz anders liegen aber die Verhältnisse im Winter. Durch die siebenstündige Arbeitszeit, welche für zwei Monate bei uns besteht, und die minimalen Lohnverhältnisse, wie wir sie noch vielfach haben, reicht der Verdienst kaum für das Notwendige. Dann kommt gewöhnlich nach Weihnachten die Arbeitslosigkeit, und die Not steigt ins Unausprechliche. Und da, wo die Not am größten ist, soll es keine Unterstützung geben. Einem solchen Antrag können die Delegierten der ländlichen Bezirke nicht zustimmen. Entwerfer Ausdehnung auf das ganze Jahr, oder in den Papierform, das muß das Schicksal dieses Antrags sein. Auch der Antrag des Vorstands, daß auf 2000 Mitglieder nur ein Verbandsdelegierter entfallen soll, ist nicht annehmbar. Es müßten teilweise 30 bis 40 kleinere Zweigvereine zusammengefaßt werden, um nur einen Delegierten wählen zu können. Da dieser Delegierte dann nicht alle Interessen dieser Zweigvereine vertreten kann, ist wohl jedem verständlich; hier müßte die Zahl der gleich großen Zweigvereine beschränkt werden. Die Forderung des § 4 Ziffer 7 des Statuts, die der Vorstand vorzuschlagen, ist nur mit Freuden zu begrüßen. Werden doch dadurch Zustände beseitigt, die manchem Zweigverein in seiner Existenz und Organisation hinderlich waren. Aber auch hier müssen die Ausnahmen festgelegt werden, die der Gauvorstand und der Verbandsvorstand genehmigen dürfen. Ich würde vorschlagen, dem Absatz folgende Fassung zu geben: „Eine Ausnahme ist nur zulässig für solche Mitglieder, die in ihrem Heimatort an der Leitung der Organisation beteiligt sind. Solche Ausnahmen bedürfen auf Antrag der Gau- und Verbandsvorstände.“ Dadurch würden viele Streitigkeiten innerhalb unserer Organisation vermieden werden können.

Albert v. d. Seydt, Ruhl a. Rh.

Daß die Vorlage zur Arbeitslosenunterstützung so überraschend schnell kam, ist wohl zum größten Teile auf die Verschmelzung des Stufteurenbundes mit unserm Verband zurückzuführen. In der Begründung der Vorlage hieß es, daß bei den Stufteuren eine starke Strömung für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorhanden war, die lieber auf die Angliederung verzichtet hätte als auf obige Unterstützung. Mitin ist die vorerwähnte Annahme berechtigt. Dem Bauarbeiterverband ist mit dieser Vorlage nicht gedient, zumal in der jetzigen Zeit, wo wir vor der großen Bewegung stehen, über deren Ausgang sich heute noch nichts sagen läßt. In den Verammlungen, die sich mit der Vorlage beschäftigten, wird die Frage der Lohnbewegung in den Hintergrund gedrängt. Der Verbandstag vom Jahre 1910 hatte beschlossen, Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Verbande anzustellen. Man hat denn auch zwei Arten von Erhebungen angestellt, die Stichproben-Zählung und die Karten-Zählung. Von

dieser letzteren ist meines Erachtens das beste Material zu erhalten, um eine solche Vorlage ausarbeiten. Aber kaum war das Material eines Vierteljahres zusammen, da arbeitete man schon diese Vorlage aus. Man hätte warten müssen, bis das vollständige Material von der Zählung 1912 zusammengelesen wäre, dann hätte man zweifellos eine bessere Unterlage für eine derartige Vorlage gehabt. Daß die Arbeitslosenunterstützung in unserm Verbande durchgeführt ist, muß ich verneinen. Angesichts dessen, daß für die Monate Januar und Februar bei der ziemlich hohen Beitragssteigerung keine Unterstützung ausgezahlt werden kann, müßte, wenn die Unterstützung für das ganze Jahr erfolgen sollte, nochmals eine Beitragssteigerung eintreten. Wenn also für die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung so enorme Beitragssteigerungen notwendig sind, so wird in absehbarer Zeit die Erhöhung der Beiträge, um den Kampffonds zu stärken, nicht durchzuführen sein. Das ist aber notwendig, da der Kampffonds in unserm Verbande nach meiner Ansicht noch zu niedrig ist, um dem sich immer fester zusammenschließenden Unternehmertum mit Erfolg entgegenzutreten zu können. Es muß damit gerechnet werden, daß wir nicht immer so günstig stehen, wie im Jahre 1910. Die ungelerten Arbeiter des Bau-gewerbes, die heute in andern Organisationen organisiert sind, weil sie dort Arbeitslosenunterstützung beziehen, kommen mit der Einführung der Unterstützung doch nicht zu uns herüber. Sie werden erst recht in den andern Verbänden bleiben, wo sie mit niedrigeren Beiträgen das selbe haben können, wie bei uns mit höheren Beiträgen. Das Durchkäuferium wird man damit auch nicht halten können, da man ja doch nicht der Unterstufungseinrichtungen wegen agitiert, sondern wegen der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Kollegen, die unserer Organisation wegen der Unterstufungseinrichtungen angehören, kann man als Kampffonds nicht bezeichnen. In der Nummer 48 des „Grundstein“ wird Kollege Paul die Frage auf: „Geben der Polgarbeiterverband und der Metallarbeiterverband durch ihre Unterstufungseinrichtungen den Charakter einer Kampffondsorganisation einbüßt.“ Ich habe mit älteren Verbandskollegen dieser Organisationen schon darüber gesprochen. Die urteilen anders darüber. In unserer Zweigvereins-Generalversammlung wies Kollege Ahrens aus Göttingen auf die Entwidlung der Verbände hin, die eine Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben. Hat unser Verband sich nicht gut entwickelt, haben wir nicht gerade in den letzten Jahren einen kolossalen Fortschritt zu verzeichnen ohne Arbeitslosenunterstützung? Ich sage: gerade durch den Kampf sind wir groß geworden, darum sollte man auch bestrebt sein, mehr Mittel für den Kampf aufzubringen als noch weitere Unterstufungen ein-zuführen. Ich bin für eine mäßige Beitragssteigerung unter Ablehnung der Vorlage. Damit brädte man eine Steigerung des Kampffonds zum Besten unserer Organi-sation. Wilh. Götting, Maurer, Duisburg-Mühlort.

Der Kollege Wilhelm Baumann-Sannover stimmt in einer Zuschrift den Ausführungen Albert Pauls zu und weist weiter auf die zahlreichen Fälle hin, wo die Kollegen freiwillig aus dem Leben scheiden, die in der Sterbestatistik mancher Nummer unseres Blattes gemeldet werden. Er führt das mit Recht auf das Ende vieler Arbeiter zurück, das oft durch Arbeitslosigkeit ver-schuldet ist, und folgert daraus die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung.

Nach der Vorlage des Verbandsvorstandes zur Arbeitslosenunterstützung soll in den beiden Monaten Januar und Februar eine Unterstützung gezahlt werden. Dadurch wird ein großer Teil der Kollegen kaum einmal Unterstufung beziehen. Ich zum Beispiel gehöre nun seit dem 28. April 1900 dem Hilfsarbeiterverband und seit der Verschmelzung dem Deutschen Bauarbeiterverband an. In dieser Zeit war ich am Jahreschluss noch nie sechs Tage hintereinander arbeitslos. Es war mir möglich, immer rasch wieder Arbeit in irgendeinem Zweig des Bau-gewerbes zu finden. So wird es den meisten Kollegen ergangen sein, die befristet sind und für ihre Familie sorgen müssen. In den Monaten Januar und Februar bin ich in jedem Jahre mehr oder weniger arbeitslos gewesen. Wäre eine Erwerbslosenunterstützung schon im Jahre 1900 eingeführt, so hätte ich für zwölf Jahre Opfer gebracht und nie etwas dafür erhalten. Für eine Unterstützung während der drei Wintermonate wäre mir kein einigermaßen er-schwinglicher Beitrag zu groß. Hier in Götting bestand bis 1912 eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit im Winter. Ein sehr großer Teil der Göttinger Kollegen war dort versichert, trotz der ziemlich hohen Beiträge, die für gelernte Arbeiter 46 S., für ungelernete 35 S. für 34 Wochen im Jahre betrugen. Dafür hatte man die Gewissheit, bei ein-tretender Arbeitslosigkeit für 20 Tage je 2 und 28 Tage je 1 zu erhalten. Wenn der Deutsche Bauarbeiter-verband ähnliches auch nicht schaffen kann, so glaube ich doch, daß es sich ermöglichen ließe, die Unterstützung für die Monate Dezember, Januar und Februar einzuführen. Für eine solche Unterstützung brädten viele unserer Kollegen gewiß gern noch einen höheren Beitrag auf, als die Vorlage des Verbandsvorstandes fordert. Von den Kol-legen in den gelehrten Berufen sind zum Beispiel die Stufteure im Sommer mehr arbeitslos als die Hilfs-arbeiter und die Maurer. Dafür haben sie aber auch höhere Stundenlöhne als Maurer und Hilfsarbeiter. Die Vorlage trägt dazu bei, gewissen Mitglieder des Baus zu sichern, die andere nicht davon haben. Auf Schönheitsfehler der Vorlage, um mit dem Kollegen Krei-dorn zu reden, will ich nicht eingehen. Es sind ihrer zu viele. So die mehrmalige Ausrufzeit, die Herabsetzung der bereits bestehenden Unterstufungen. Die ganze An-gelegenheit sollte bis zum nächsten Verbandstag vorgetragen werden. Während der Zeit wird sich wohl eine Form für die Unterstützung finden lassen, die den Kollegen etwas wirklich Gutes bietet. Daß die Einführung der Erwerbs-losenunterstützung zur Verminderung der Fluktuation bei-tragen wird, ist eine falsche Meinung. Die Einführung der Krankenunterstützung begründet man auch damit, aber besser ist es nicht geworden. Der ziemlich hohe Beitrag treibt, manchen nicht überzeugten Kollegen aus der Or-ganisation; zumal, wenn solche Kollegen auf Baustellen ar-

Beiten, wo das Baulegiertentwesen etwas lag gehandhabt wird. Mit der Vorlage wird die Aufmerksamkeit der Kollegen von andern Dingen abgelenkt. In der in Nr. 49 veröffentlichten Vorlage steht mehr, als man auf den ersten Blick sieht. Es wird beantragt, wie die Lage der Angelegenheiten verbessert werden soll; ob aber auch für die Kollegen selbst etwas Ersprießliches erreicht wird, liegt noch im Schoße der Zukunft. **Gubert Reul, Köln a. Rh.**

Gautkonferenzen.

Gau Berlin.

Die erste Gautkonferenz für den Gau V (Brandenburg) tagte am 8. Dezember in Berlin in Voeters Festsaal. Vertreten waren 118 Zweigvereine durch 148 Delegierte, 19 Zweigvereine hatten keinen Delegierten entsandt. Außerdem waren anwesend 7 Mitglieder des Gauvorstandes, 3 Redigenten und 11 als Referenten tätige Kollegen. Der Hauptvorstand war durch Kollegen Behrend, der Ausschuss durch Kollegen Dähne vertreten. Vom Gau Stettin war der Kollege Schauer anwesend. Die General-Kommission für Bauarbeiterbeschäftigung hatte den Genossen Heintze und den Zimmererverband den Genossen Knipfer entsandt. Vor Eintritt in die Verhandlungen erließ die Konferenz das Andenken Theodor Wölmelburgs sowie der übrigen Mitglieder des Gaus, die in der Berichtszeit starben. Zu Vorfällen wurden Silberfisch und Köster, zu Schriftführern Ernst Klemm, Buchhändler und Gustav Strehlow-Landsberg a. d. B. gewählt, in die Mandatsprüfungskommission Gaele-Berlin, Knäuper-Wittenberge, Kitzke-Neudamm, Mattfies-Kottbus und Gerauer-Hermesdorf. Aus dem von Silberfisch erstatteten Bericht des Vorstandes ist folgendes hervorzuheben: Bei der am 1. Januar 1911 erfolgten Verschmelzung der Verbände der Maurer, der Bauhilfsarbeiter und der Isolierer sind von 23 430 Mitgliedern 19 731 Mitglieder oder 84,21 pSt. in den Deutschen Bauarbeiterverband übergetreten. Der Uebertritt der Stuckateure erfolgte einmütig am 1. Januar 1912, und zwar sind in Berlin 867 Mitglieder und in der Provinz 30 Mitglieder übergetreten. Das Zusammenarbeiten in der gemeinsamen Organisation hat bisher zu keinerlei Beschwerden Anlaß gegeben. Der Zusammenschluß ergibt die Weite durch die Tarifbewegung der Isolierer und den Streik der Stuckateure, der Wochen andauerte. Beide Bewegungen endeten mit glänzenden Erfolgen. Die Bautätigkeit ist im Gau durchweg ungünstig, obwohl zurzeit im übrigen Geschäftsleben eine gute Konjunktur besteht. Namentlich in Groß-Berlin, wo etwa 80 000 Wohnungen leer stehen, sei eine Besserung vorerst nicht zu erwarten. Trotzdem hat die Organisation gute Fortschritte gemacht. Einschließlich der 887 Stuckateure sind in den Deutschen Bauarbeiterverband 20 618 Mitglieder übergetreten worden. Am Schlusse des Berichtesjahres 1912 waren 29 887 Mitglieder vorhanden; die Zunahme beträgt somit 9269 Mitglieder. Unter den für den Verband Neugewonnenen stellen die Hilfsarbeiter die größte Zahl. An der Mitgliederzunahme sind Berlin und die Provinz fast gleichmäßig beteiligt. Das Verhältnis zwischen Arbeitsort und Wohnort unserer Mitglieder ist folgendes:

	Zum Bezirk gehören Orte	Im Bezirk wohnen		Im Bezirk arbeiten		Im 3. Quartal organisiert	
		Maurer	Hilfsarbeiter	Maurer	Hilfsarbeiter	Maurer	Hilfsarbeiter
A. Industrielle Bezirke	1860	12204	3863	8744	3846	7379	2379
B. Landwirtschaftl. Bezirke	2077	11512	1857	7326	1998	4293	696
Summa	3937	23716	5720	16070	5844	11672	3075

In der Provinz wohnen somit 7446 Maurer mehr als dort in der Regel beschäftigt sind. 32,2 pSt. dieser Mitglieder mußten außerhalb ihres Wohnortes ihr Brot suchen.

Von den beschäftigten Maurern waren 72,63 pSt. und von den Hilfsarbeitern 52,62 pSt. organisiert. Außer dem Lohngebiet Groß-Berlin umfaßt der Gau 3937 Orte, mit Groß-Berlin rund 4000. Die Lohnbewegungen der Jahre 1911 und 1912 brachten Erfolge. Forderungen wurden in 68 Vereinen bei 592 Unternehmern für 6723 gelebte Arbeiter und 2647 Hilfsarbeiter gestellt. Die Hauptforderungen betrafen in 66 Fällen Lohnhöherung, in 2 Fällen Arbeitszeitverkürzung, in 10 Fällen Lohnhöherung und Arbeitszeitverkürzung, in 2 Fällen nur Tarifabschluß ohne Lohnhöherung. Erledigt wurden: 41 Fälle gleich 58,57 pSt. durch Verhandlungen, 29 Fälle gleich 41,43 pSt. durch Streiks. Die Lohnhöherung betrug: für 8349 Belegschaften durchschnittlich 4,38 s pro Stunde oder 2,44 pro Woche. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit erhielten 1204 Personen durchschnittlich um drei Stunden, 48 Personen durchschnittlich um sechs Stunden. Sonstige Erfolge erzielten 704 Personen für Leberhundenarbeit, 1007 Personen für Nacht- und Sonntagsarbeiten, 1817 Personen für sonstige Lebensbedingungen. In 51 Lohnbezirken wurden mit 431 Betrieben, die 6673 Arbeiter beschäftigten, Tarifverträge abgeschlossen. An 43 Abwehrbewegungen waren 56-Betriebe mit 3619 Arbeitern beteiligt. In 20 Fällen lagen Mahnungen, in 19 Fällen Lohnreduzierungen, in 9 Fällen andere Ursachen zugrunde. 89 Bewegungen endeten mit vollem Erfolg, 2 mit teilweisem und 7 ohne Erfolg. Für den Bauarbeiterbeschäftigungsgeschehe bedauerlicherweise lange nicht genug. Das Eingekommen sei nicht leicht. Infolge der für die Verschmelzung und der Agitation erforderlichen Tätigkeit konnte der Förderung des Bauarbeiterschlusses nur zwischen durch gemacht werden. In der nächsten Geschäftszeit solle diese Aufgabe ganz energig in die Hand genommen werden. Die Gerichte gingen vielfach dazu über, bei Bauunfällen nicht nur die Bauunternehmer, sondern auch die Arbeiter verantwortlich zu machen, wenn Fußsicherer geleistet oder minderwertiges Material verwendet worden sei. Gegen Bauarbeiter seien schon beträchtliche Gefängnis-

strafen ausgesprochen. Wegen die neueste Auslegung des Reichsvereinsgesetzes durch die Polizei, wonach besonders im Osten, man auch Zweigvereine unseres Verbandes für politische Vereine erklärte, werden wir uns bis zum äußersten wehren; denn wir sind eine wirtschaftliche Organisation. Die Diskussion über den Bericht war nur kurz. Wesentliche Einwände wurden nicht geäußert. Die Kasse hatte 1911 eine Einnahme von 24 32,4, eine Ausgabe von 21 848,57. Bis zum Abschluß des dritten Berichtesjahres 1912 betrug die Einnahme 20 106,28, die Ausgabe 17 157,51, der Kassenbestand 2948,51.

Ueber die Lohnbewegung im Jahre 1912 referierte Behrend. Silberfisch erwähnte die Maurer, eifrig unter den Hilfsarbeitern zu agitieren und sich eingehend um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu kümmern. Die Konferenz stimmte den Ausführungen des Referenten einmütig zu. Otto Behmann referierte über die Anträge des Vorstandes zu der Statutenänderung. Bei § 6: Gau und Gewerkschaft, empfahl er, es bei dem bisherigen Zustande zu lassen. Die Einrichtung des Beirats bestche der Form nach schon in der der Gewerkschaften, die mit dem Verbandesvorstand und dem Ausschussvorsitzenden nach Bedarf zusammenkommen. Falls die Einführung eines Beirats beschloß werden, genüge es, wenn der Ausschussvorsitzende und aus jedem Gau ein Vertreter dieser Körperschaft angehört. Ueber die Beteiligung der Vereine konnte man sich leicht verständigen. Die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung werde auch für unsern Verband notwendig werden. Die in der Vorlage des Verbandesvorstandes vorgeschlagene Beitragserhöhung könne als übermäßige Belastung nicht angesehen werden. Wir waren deshalb erst, als 25 Vereine mit 2108 Mitgliedern grundsätzlich eine Arbeitslosenunterstützung ablehnten. Als man aber die Gründe näher kennen lernte, stellte sich heraus, daß keine grundsätzliche Gegnerschaft bestand, sondern man war einer Beitragserhöhung abgeneigt. In Rücksicht auf die Bewegung des Jahres 1913 kann uns aber eine Verbitterung der Mitglieder schaden, deshalb wünschen gerade die größeren Vereine, der Verbandslage möge noch keine endgültigen Beschlüsse fassen. In der Diskussion sprachen alle Redner gegen die sofortige Einführung der Arbeitslosenunterstützung, erst nach Beendigung der Lohnbewegung wäre es an der Zeit, hierzu Stellung zu nehmen. Silberfisch betonte, die Arbeitslosenunterstützung solle nicht unter allen Umständen durchgeführt werden. Der Vorstand wolle seinen Janapfel schaffen. Wenn die über große Mehrheit aber dafür sei, dann müsse sich die Minderheit fügen, wie es in einer demokratischen Organisation üblich sei. Die Konferenz nahm folgende von dem Referenten eingebrachten Anträge an. Die Konferenz ersucht den Verbandstag, die §§ 6 und 12 der Vorlage (Bezirksräte, Bezirkssekretäre und Ausschuss) abzulehnen, weil die alten Einrichtungen der Gewerkschaften und Ausschuss in der bisherigen Form sich gut bewährt haben. Die Delegierten der Gautkonferenz erklärten, daß sie grundsätzlich für die Arbeitslosenunterstützung sind. Sie halten den Verbandstag im Januar 1913 aber noch für zu früh, um die Beschlussfassung über die Einführung in den Verband schon vornehmen zu können.

Die Konferenz ersucht deshalb den Verbandstag, die Vorlage des Vorstandes sowie die Anträge der Vereine eingehend zu prüfen. Zur endgültigen Beschlussfassung über die Beitragserhöhung und die Einführung der Unterstützung möge erst ein Verbandstag nach der Beendigung der Beitragsbewegung Stellung nehmen.

Die alte Gaulteitung wurde einstimmig wiedergewählt, und zwar als Vorsitzende Hermann Silberfisch und Otto Behmann, als Kassierer Otto Benthaller, als Schriftführer Max Anton und als Beisitzer Otto Hauke, Emil Höns und Paul Höfer. Als Redigenten Wilhelm Klemm, Wilhelm Kersten und Max Kleinmann.

In herlichen Worten betonte Silberfisch am Schluß der Verhandlungen, daß man ohne jede Bitterkeit sich über die Statutenänderung entscheiden möge. Ausdrücklich hervorzuheben sei aber, daß in der Frage des Lohnkampfes keine Differenzen aufgetaucht seien, sondern die Mitglieder einstimmig hinter dem Vorstand steheten. Mit einem Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband schloß die Konferenz.

Gau Dresden.

Am 8. Dezember tagte die erste Konferenz des Gaus Dresden. Es waren 10 Zweigvereine durch 119 Delegierte vertreten, und zwar 73 Maurer, 1 Stuckateur, 1 Fliesenleger, 1 Isolierer und 38 Hilfsarbeiter. Weiter waren vertreten der Hauptvorstand durch den Kollegen Paeplow. Als Gast war anwesend Kollege Hausmann vom Bezirksvorstand der Maurer Ostereichs. Mit der Leitung der Konferenz wurde der bisherige Gauvorstand beauftragt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Delegierten das Andenken des Kollegen Wölmelburg in der üblichen Weise. Zur Prüfung der Mandate wurden gewählt die Kollegen Seidel, Herr, Donath und Kleinmann.

Kollege Friedrich erstattete den Vorstandsbericht; da in unserm Gau durchweg Verträge bestehen, waren in der verflochtenen Berichtszeit außer kleineren Vertragsverhältnissen keine größeren Ereignisse zu verzeichnen. Nur die Arbeitszeit führte zu Differenzen. In fast allen Zweigvereinen hält es schwer, die Kollegen auch im Winter zur Einhaltung der tariflich geregelten Arbeitszeit anzubahnen. Lohnbewegungen waren hauptsächlich bei den Spezialfirmen der Isolierer zu führen. Sie brachten als Ergebnissen Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnhöherungen. Von den Werbetern um Teilnahme an den Unterrichtskursen konnten nur zwei Kollegen, und zwar Schöne-Bittau und Kroschitz-Dresden, beredigt werden. In der Frage des Bauarbeiterbeschäftigung sei die beherrschende Baubeaufichtigung völlig unzureichend. Für 1910 seien zwar die Unfälle um etwas zurückgegangen, das sei aber durch die damalige Ausperrung zu erklären. Jeder Kollege müsse nach Kräften mitarbeiten, um die Unfallgefahr zu beseitigen. Das Bestreben des Gauvorstandes, gutes statistisches Material zu erlangen, was für die kommende Lohnbewegung sehr notwendig ist, findet leider noch nicht in allen Zweigvereinen, besonders in den kleineren, das erforderliche Entgegenkommen. Auch hierin ist durch Aufklärung zu bessern.

Der Erfolg der Agitation, besonders auf den Hochbänken, sei im allgemeinen befriedigend. Die Mitgliederzahl des Gaus stieg von 17 000 Mitgliedern im Jahre 1911 auf 25 000 Mitglieder im Jahre 1912. In dem Bezirk Liebenwerda war trotz wiederholter Versuche keine Besserung zu erreichen. Ebenso in dem ländlichen Gebiete des Zweigvereins Baugen. Hier muß die innere Organisation besser ausgebaut werden. Der Agitation unter den Tiefbauarbeitern müßten die Zweigvereine mehr Beachtung schenken. Die geringe Entlohnung der Tiefbauarbeiter erfordere das Dringende. Daß die Tiefbauarbeiter, auch die fremdländischen, für die Organisation zu gewinnen sind, habe der Zweigverein Miesha bewiesen. Dort sei es möglich gewesen, sie bis auf den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Der Versuch zur besseren Abgrenzung oder Zusammenlegung einiger Zweigvereine habe den Vorstand in einigen Sitzungen beschäftigt. Ein Ergebnis ist aber nicht erzielt worden. Sade der beteiligten Zweigvereine sei es, diese Angelegenheiten selbst zu klären. Könnte man auch mit dem, was erreicht ist, zufrieden sein, so sei doch noch manche Arbeit zu leisten. Besonders erfordern die Bezirke Seyda, Ramenz, Elstra und Großhain, daß wir unsere Kraft einsetzen, um die Organisation dort vorwärts zu bringen.

Der Kassenbericht, von Katz erstattet, erstreckte sich auf die Zeit vom 1. Januar 1911 bis 30. September 1912. Die Einnahme betrug 14 342,20, die Ausgabe 11 193,33, der Kassenbestand 3148,87.

Die dem Bericht folgende Diskussion ergab die volle Uebereinstimmung der Konferenzteilnehmer mit der Tätigkeit des Vorstandes. Alle Redner betonten, es sei notwendig, alle Kräfte anzuspannen, um die im Tiefbau beschäftigten Arbeiter der Organisation zuzuführen.

Ueber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die sonstigen Statutenänderungen referierte Friedrich. Da alle Zweigvereine sich eingehend damit befaßt hätten, beschränkte er sich auf die Erläuterung einiger Bestimmungen der Vorlage. Er empfahl, der Arbeitslosenunterstützung grundsätzlich zuzustimmen, als ein Mittel, unsere Organisation weiter zu festigen. Die Mehrzahl der Redner brachte einen ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck. Großen Eindruck machten die Ausführungen des Kollegen Paeplow, er legte den Anwesenden die Maßnahmen des Vorstandes in jeder Richtung klar. Trotzdem stimmten am Ende der Aussprache zwei Drittel der Delegierten für eine Resolution, die den Verbandstag ersucht, wegen der unsicheren Lage des Baugewerbes die Arbeitslosenunterstützung abzulehnen.

Ueber die bevorstehende Lohnbewegung referierte Kollege Paeplow. Die Konferenz war mit seinen Ausführungen vollkommen einverstanden. Die Schlussmotive Paeplons, geschlossen, einig und mit Vertrauen zu den leitenden Kollegen: der Lohnbewegung entgegenzugehen, fanden lebhaften Beifall. Auf Antrag wurde der bisherige Gauvorstand wiedergewählt, jedoch bei Annahme des dem Verbandstag vorliegenden Status als weitere Beisitzer für den Gauvorstand die Kollegen Herr-Birna und Noth-Miesha bestimmt.

Am Schlusse ermählte Richter die Delegierten, die bei den Verhandlungen gewonnenen Anregungen und Eindrücke bei der Agitation zu verwerten. Mit einem Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband schloß die Konferenz.

Gau Leipzig.

Am Sonntag, 8. Dezember, versammelten sich die Vertreter der Bauarbeiter aus dem Gau Leipzig in Jmidau, zu der ersten Gautkonferenz seit der Verschmelzung der Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Schon am Vorabend hatten sich eine Anzahl der Vertreter eingefunden, um gemeinsam mit dem Zweigverein Jmidau das Andenken unseres verstorbenen Wölmelburg zu feiern. Auch Gäste nahmen an den Verhandlungen der Konferenz teil, der Kollege Schuster, Bezirksleiter des österrödischen Maurerverbandes und Genosse Raue, Gauleiter des Zimmererverbandes aus Leipzig. Zu Vorsitzenden wählte die Konferenz Jakob und Garimann, zu Schriftführern Krüger-Leipzig und Raube-Ghemm. Die Mandatsprüfungskommission berichtete, daß 209 Delegierte anwesend waren. Das Mandat des Kollegen Schmidt-Weitz wird für ungültig erklärt, weil Weitz nicht zwei, sondern nur einen Delegierten stellt. Dagegen wird ein von der Kommission beanstandetes Mandat des Delegierten Nibel-Gartha, dem dem Fabrikarbeiterverband angehört, nach einer Aufklärung durch den Gauvorstand, anerkannt. Der Bericht des Gauvorstandes Jakob zeigte einen erfreulichen Aufschwung der Organisation. Die Mitgliederzahl ist von 25 398 am Anfang des Jahres 1911 auf 39 607 am Schluß des dritten Berichtesjahres 1912 gestiegen. Der Gau Leipzig hat somit, trotz der Verkürzung seines Gebietes, die größte Mitgliederzahl in der Organisation. Die Mitglieder sind ihren Berufen nach 25 700 Maurer, 13 882 Hilfsarbeiter, 303 Stuckateure, 335 Mitglieder sind Reichsausländer, in der Hauptsache Böhmern. Wenn diese Kollegen auch früher Schmerzensfinder der Organisation waren, wie der Berichtsfasser betonte, so stehen die Ausländer den Reichsdeutschen heute in keiner Beziehung nach. Sie sind heute gleichwertige Mitkämpfer. Von den 86 Zweigvereinen des Gaus haben 75 für 38 989 Mitglieder, geregelte Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Trotzdem darf auch in diesen Vereinen nicht müßig zugehört werden. Sind doch 53 Orte vorhanden, wo 6421 Maurer immer noch für Stundenlöhne von 60 s und darunter arbeiten müssen. 4325 Hilfsarbeiter erhalten Stundenlöhne von unter 45 s. Im Zementgewerbe konnten nur für die vier Orte: Ghemm, Glaucha, Leipzig und Plauen, Verträge abgeschlossen werden. Von 2138 Betonarbeitern waren 424 Ausländer. Im Tiefbau sind die Verhältnisse bedeutend schlechter, hier ist überhaupt noch nichts geregelt. Nur in Ghemm besteht ein Vertrag mit den Unternehmern, durch den die Erdarbeiter den Hilfsarbeitern im Hochbau gleichgestellt sind. Die Sommerarbeitszeit im Gau ist für 9900 Mitglieder weniger als jeher, für 29 460 Mitglieder zehn Stunden. 2 Orte mit 157 Mitgliedern waren noch nicht in der Lage, ihre Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden zu verringern. Der Arbeiterverband hat aber auch im Gau nicht geruht und hat seinen Einfluß von 41 auf 68 Orte ausgedehnt.

Für etwa zwei Drittel der Kollegen wurden die Arbeitsbedingungen 1910 geregelt. 1911 erhielten 4037 eine Erhöhung des Stundenlohnes von 5 %. 1912 stellten 23 verschiedene Forderungen, wovon 20 durchgeführt wurden, 13 endeten mit Erfolg durch Vergleich und in 7 Fällen kam es zum Streik. In diesen Streiks waren 474 Maurer, 100 Hilfs-, 30 Biege- und 4 Zementarbeiter beteiligt. Erreicht wurden Lohnerhöhungen, die für gelehrte Arbeiter im Durchschnitt 6 % und für ungelernte 5 1/2 % für die Stunde betrug. Insgesamt erhielten 1283 Mitglieder eine Deckung der Arbeitszeit. Der Gewerkschaftsstand nahm an 488 Versammlungen, 133 Kassenrevisionen, 376 Sitzungen und Besprechungen teil. Außerdem waren 1855 Reisen erforderlich. Die Kasse hatte eine Einnahme von M. 29 864,88. Der Kassenbestand betrug am Schluss des dritten Vierteljahres M. 4150. Der Kassierer erhielt Entlastung erteilt. In der Diskussion wurde das Verhalten des Gewerkschaftsstandes bei Lohnbewegungen und Tarifabschlüssen beanstandet. Namentlich Leipzig beschwerte sich über die Stellung der Gewerkschaft zum Kampf im Fabrikarbeitergewerbe und zu der Frage des Wochenlohnkurses. Plauen betrauerte es als ungerade, daß es einen Betonarbeiterstreik aus lokalen Mitteln führen mußte. Delegierte aus Zeitz, Weimar, Meichenbach und Regau hatten ähnliche Beschwerden. Siedert-Gemmitz findet, daß der Bericht die Frauenarbeit zu wenig berücksichtigt, obwohl diese in einem großen Teil des Hauses, im Ergänzungs- und im Bogelbau, noch anzutreffen ist. Tapan-Gemmitz und Krüger-Leipzig hätten gewünscht, daß der Bericht die Verhältnisse des Tiefbaus und Betongewerbes eingehender behandelt hätte.

Ueber die kommende Lohnbewegung erstattete Winnig ein ausgezeichnetes, beifällig aufgenommenes Referat. In der Diskussion sprach Hagen-Leipzig gegen die zentrale Festlegung der Arbeitsbedingungen. Eine von ihm befürwortete Resolution der Bauarbeiter Leipzigs, die verlangt, daß über Annahme oder Ablehnung eines neuen Vertrages eine Urabstimmung entscheiden soll, wurde abgelehnt. Ein von Koch gestellter Antrag, auf die Tagesordnung des nächsten Verbandstages den Punkt, die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, zu setzen und dafür einen Referenten und einen Korreferenten zu bestellen, wurde angenommen.

Ueber die Einführung der Erwerbslosenunterstützung sprach Hartmann in einem wohlgeordneten Referat. Winnig-Hamburg schlug vor, der fortgeschrittenen Zeit wegen und da ohnehin diese Frage schon genügend ventiliert sei, ohne Debatte über diesen Teil der Vorlage abzustimmen. Dem schloß sich die Konferenz an. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Zum Statutenentwurf nahm die Konferenz einstimmig Stellung. In den Gewerkschaften wurden gewählt: Gust. Jakob als erster Vorsitzender, Karl Hartmann als zweiter Vorsitzender, Wilh. Verthold als Kassierer, Anton Hagen als Schriftführer, Friedr. Heinrich, Arthur Denschardt, Hermann Niehl als Beisitzer, Bernh. Reinde, Herm. Jähmig und Herm. Busch als Revisoren. Mit der Erklärung des Vorsitzenden, die Gewerkschaft werde alles tun, die Fortentwicklung der Organisation zu fördern und mit dem Wunsch, daß sie bei dieser Aufgabe von den Mitgliedern, insbesondere von den Zweigvereinsvorständen, kräftig unterstützt werden möge, schloß die Konferenz.

Gau Magdeburg.

Am 8. Dezember tagte in Dessau in dem schönen Lokal der dortigen Arbeiterschaft, dem „Liboli“, die erste Konferenz des Gaues Magdeburg. Vertreten waren 83 Zweigvereine durch 126 Delegierte, und zwar 107 Maurer, 17 Hilfsarbeiter, 1 Stuktureur und 1 Holzer. Ferner waren anwesend von dem Gewerkschaftsstand die Kollegen Koch, Richter, Hahn, Wlbe und Fischer sowie die Revisoren Othier, Richter und Stein. Der Verbandsstand war durch den Kollegen Albert Töpfer vertreten. Vom Zimmererverband war als Gast der Gewerkschaften Bergmann anwesend. Nicht vertreten waren die Zweigvereine Altsleben, Belgern, Breitenburg, Elbe, Gochstedt, Elster, Genthin, Garmersleben, Gassefeld, Heiligenhof, Herzberg, Hötensleben, Jessen, Osterwieck, Sandau, Schalenleben, Schönbäumen, Schweinitz und Seehausen. Die Leitung der Konferenz wurde Koch-Magdeburg und Ringner-Dessau als Vorsitzende, Wlbe-Magdeburg und Meßner-Galle a. d. S. als Schriftführer sowie Wiegels-Naumburg zur Führung der Nebensache übertragen. Die Prüfung der Mandate nahmen Richter-Galle, A. Schulze-Gallertsdorf, Wilh. Friewerth-Reudensleben, A. Stadelmann-Weigelsleben und Schöner-Berngerode vor. Nach einem warmempfundenen Ausdruck für den vereinten Kollegen Bismarck, eröffnete Koch die Verhandlungen. Aus dem von Koch erstatteten Geschäftsbericht ist folgendes hervorzuheben: Von den Mitgliedern der früheren Verbände der Maurer und der Bauhilfsarbeiter sind insgesamt in den Bauarbeiterverband 13 246 Mitglieder übergetreten. Am Schlusse des dritten Quartals 1912 waren 18 792 Mitglieder zu verzeichnen. Die Zunahme beträgt mithin 5546 Mitglieder gleich 29,6 pSt. Im Gesamtverband beträgt die durchschnittliche Zunahme 47,6 pSt. Wir blieben somit 18 pSt. unter diesem Durchschnitt. In der Berichtszeit sind 8474 Mitglieder neu aufgenommen, davon sind 2923 Mitglieder oder 34,5 pSt. wieder verloren gegangen. Es besteht immer noch eine starke Fluktuation; denn der natürliche Abgang an Mitgliedern ist nicht so hoch. In der Berichtszeit sind die Zweigvereine Annaburg, Dornitzsch, Garzgerode, Madagat, Umerdorf und Werslingen neu gegründet. Nach Verlesen geordnet besteht unsere Mitgliedschaft aus 14 215 Maurern, 4490 Hilfsarbeitern, 50 Stuktureuren und 28 Holzern. In 965 Fällen nahm der Gewerkschaftsstand an Versammlungen der Zweigvereine teil, und zwar an 514 Versammlungen und 403 Sitzungen, bei denen es sich um Revisionen, Maßregelungen, Lohnbewegungsfragen, Grenzstreitigkeiten, Agitation usw. handelte. In 38 Fällen war die Teilnahme an Sitzungen von Schlichtungskommissionen, Schiedsgerichten und Besprechungen mit Unparteiischen erforderlich. Die Agitation wurde durch die Verbreitung von 8000 Flugblättern unterstützt. Auch die fremdsprachigen Arbeiter sind dabei berücksichtigt worden. In den Lohnbewegungen waren im Jahre 1911 in 33 Fällen 2309 Kollegen und 551 Hilfsarbeiter beteiligt. Erreicht wurde für die Kollegen eine Erhöhung der Stundenlöhne um 4,71 % und für die Hilfsarbeiter um

4,85 %. Im Jahre 1912 waren in zwölf Lohnbezirken Lohnbewegungen zu führen für 664 Kollegen und 169 Hilfsarbeiter. Erreicht wurde für die Kollegen eine durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne um 8,75 %, für Hilfsarbeiter um 2,69 %. Der Kampf in Garzgerode ist in diesen Zahlen nicht berücksichtigt. In drei Lohnbezirken ist außerdem für 79 Stuktureure eine durchschnittliche Erhöhung der Stundenlöhne um 11,44 % erreicht. Die Holzer standen in Halle a. d. S. und in Magdeburg mit 24 Kollegen in einer Bewegung. Sie erlangten einen Stundenlohn von 70 %. Die Erhöhung beträgt 15 %. In 56 Lohnbezirken bestanden Tarifverträge, davon laufen am 31. März 1913 47 ab. 35 dieser Verträge sind nach dem Vertragsmuster, 12 auf Grund freier Vereinbarung abgeschlossen. An dem Vertragsablauf sind beteiligt 10 509 Maurer und 3280 Hilfsarbeiter. Neun Verträge für 721 Maurer und 174 Hilfsarbeiter laufen über den 31. März hinaus. Für Stuktureure bestehen in Halle a. d. S., Galtersdorf und Magdeburg Verträge, die bis 1914 beziehungsweise 1915 gelten. Der Vertrag der Holzer gilt ebenfalls noch für 1913. Die Bautätigkeit war im Jahre 1911 in den beiden Großstädten des Gaues, Halle a. d. S. und Magdeburg, durchweg gut, ließ dagegen im Jahre 1912 schon sehr viel zu wünschen übrig. Von den mittleren und kleineren Orten kann nur in Alfersleben, Bitterfeld, Jechitz, Werberg, Naumburg, Odersleben, Querfurt, Schönebeck und Staßfurt von einer guten Konjunktur berichtet werden. In Götzen, Eilenburg, Sangerhausen und Etzdorf war die Bautätigkeit schon weniger gut, in allen übrigen Orten fast durchweg schlecht. Dabei ist ein Ueberfluß an Wohnungen so gering, daß es an kleinen Wohnungen mangelt. So waren am 1. Oktober in Bernburg 80 Familien obdachlos. In Magdeburg standen nach der Zimmerzahl leer:

	2 Zimmer	3 Zimmer	4 Zimmer	5 Zimmer	6 und mehr Zimmer
	%	%	%	%	%
1911..	1,0	2,3	3,4	5,5	4,4
1912..	1,5	2,6	3,6	2,9	2,7

In der Wohnungsklasse von zwei Zimmern und Küche, zu der nach der Wohnungszählung vom 1. Dezember des Jahres 1910 über 26 000 Wohnungen gehörten, fand nur noch 1 pSt. der vorhandenen Wohnungen leer. Auch bei den Wohnungen mit drei Zimmern und Küche, denen bei der Wohnungszählung mehr als 14 000 Wohnungen gezählt wurden, war ein Rückgang an leerstehenden Wohnungen zu verzeichnen.

Der Bauarbeiterlohn liegt im Gau noch sehr viel zu wünschen übrig, so manches könnte besser sein und mancher Unfall vermieden werden, wenn die Kollegen selbst noch besser auf dem Posten wären. In vielen Orten ist überhaupt noch keine Bauarbeiterkommission gebildet, oder besteht nur dem Namen nach.

Die Zweigvereine, die bisher noch keine Lokalzuschläge erhoben, müssen sich nach dem Verbandstage ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen, um die beschriebenen wichtigen Aufgaben der örtlichen Organisationen zu fördern.

Die Abrechnung der Kasse erstreckt sich auf sieben Vierteljahre, vom 1. Januar 1911 bis 30. September 1912. Die Einnahme beträgt M. 24 751,70, die Ausgabe M. 21 074,65, der Kassenbestand M. 3677,05. Gegen die Tätigkeit des Gesamtverbandes wurden Einwendungen nicht erhoben. Er erhielt einstimmig Entlastung erteilt. Ueber die bevorstehende Lohnbewegung referierte Töpfer. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der sich anschließenden kurzen Diskussion waren alle Redner mit den Maßnahmen des Verbandsvorstandes einverstanden. Ueber „Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Zusammenhang mit der Beitragsfrage“ referierte Richter. Er betonte, daß die Einführung dieser Unterstützungsmaßnahme wirtschaftlich notwendig für unsere Kollegen geworden sei. Die Meinung unter den Kollegen in dieser Frage sei geteilt. Vor allem widerlegte er die Annahme, daß der Kampfcharakter des Verbandes leiden könnte. Auf den Staat sich verlassen, sei nicht angängig, dann wäre in absehbarer Zeit eine Hilfe der Arbeitslosen nicht zu erwarten. Wenn wir sachlich prüfen, müssen wir zugeben, daß die Arbeitslosenunterstützung unsern arbeitslosen Kollegen von Nutzen sein wird; die damit verbundene geringe Erhöhung der Beiträge dürfe kein Grund zu einer ablehnenden Haltung sein. Die Konferenz möge der Vorlage ihre prinzipielle Zustimmung geben. In einen bestimmten Zeitpunkt, wann die Unterstützung in Kraft treten soll, sind wir in Rücksicht auf die kommende Lohnbewegung nicht gebunden. Nachdem fünf Redner für und zehn gegen die Arbeitslosenunterstützung gesprochen, nahm die Konferenz folgenden Antrag: Eilber-Magdeburg mit übergroßer Mehrheit an: Die Konferenz des Gaues wünscht, daß über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung eine Urabstimmung herbeigeführt wird. Kollege Koch-Magdeburg erläuterte nochmals die Bestimmungen der neuen Wahlordnung zum Verbandsstand. Die Wahl der Delegierten habe nur streng nach diesen Bestimmungen zu geschehen.

In den Gewerkschaften wurden gewählt: J. Koch als erster Vorsitzender; D. Richter als zweiter Vorsitzender; Friedr. Hahn als Kassierer; Wlbe als Schriftführer; Ritz Lange, Paul Winterfeld, Aug. Fischer als Beisitzer; Otto Richter, Rud. Othier, Aug. Stein als Revisoren. Mit einem Wahnvort zu punktierten und gewissenhaften Pflichterfüllung schloß der Vorsitzende Koch mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Bauarbeiterverband und die allgemeine Arbeiterbewegung die Konferenz.

Berichte.

Heilsberg i. Ostpr. Am 15. Dezember beschloß hier eine Versammlung der Maurer und Bauhilfsarbeiter die Gründung eines Zweigvereins des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Damit traten die Kollegen von Heilsberg als 24. Zweigverein dem über in Ostpreußen mächtig aufstrebenden Bauarbeiterverband bei. Das ist ein so erfreuliches, da in dieser fast rein katholischen Gegend der sog.

genannte „christliche Verband“ Alleinherrscher war. Kollege Lübbing sprach in der Versammlung über das Thema: „Warum ist der Deutsche Bauarbeiterverband die einzige wirkliche Interessenvertretung unserer Berufsangehörigen?“ Der Vortrag wurde mit größter Aufmerksamkeit angehört und beifällig aufgenommen. Nach der Wahl des Zweigvereinsvorstandes trennten sich die anwesenden Kollegen mit dem Versprechen, nachdrücklich für den nunmehr ins Leben getretenen Zweigverein zu agitieren. Die „Christen“ haben die Gründung unseres Vereins wohl voraus; denn obwohl sie sonst nicht laut genug über den angeblich von unsern Mitgliedern verübten Terrorismus jammern können, wüßten sie geradezu gegen unsere Mitglieder in Heilsberg. Das mag folgender Vorgang zeigen: Bei dem Unternehmer Bruno Schwarz arbeiten neben den Mitgliedern dieses christlichen Verbandes auch einige Mitglieder unserer Organisation, die den immer unzulässigen Christen ein Dorn im Auge waren. In einem Schreiben wurde der Unternehmer aufgefordert, die „Moten“ zu entlassen, dafür wollte der christliche Verband andere, christlich gesinnte Leute stellen. Der Unternehmer hatte aber kein Verständnis für diese Art „christlicher“ Nächstenliebe und beschäftigte unsere Mitglieder weiter. Über so geht es: solange die Unternehmer die schützende Hand über diese Christen halten, so lange können sie eben weiter, zieht das Unternehmertum aber seine schützende Hand zurück, so ist es mit der christlichen Herrlichkeit ganz alle. Langsam, aber sicher gewinnt unser Verband auch unter den katholischen Berufsangehörigen Anhänger. Der agitatorische Erfolg in Heilsberg ist ein Beweis dafür. Um so fleißiger müssen wir weiter agitieren.

Leipzig. Aus welchen Gründen Arbeiter entlassen werden, zeigt ein Vorfall, der uns von einem daran beteiligten Kollegen mitgeteilt wird. Die Betonbaufirma Osorio in Leipzig beschickte zwei Maurer, B. und K., nach Mühlrose, die dort eine Bahnbrücke putzen sollten. Vorher hatten sie drei Tage in Leipzig am Schlachthof gearbeitet. Als nun Lohnzeit war, sandte der Unternehmer aber den Lohn für diese drei Tage nicht mit, und als die Kollegen danach fragten, erhielten sie zur Antwort, daß sie für Arbeiten am Schlachthof keinen Lohn mehr zu bekommen hätten. Da die Kollegen weder reich genug sind noch sonst Neigung verspürten, der Firma den schwer verdienten Lohn zu schenken, schrieben sie noch einmal darum und fügten hinzu, daß sie ihre Entlassung nehmen würden, wenn sie ihr Geld nicht bekämen. Nun zahlte die Firma endlich, nachdem die Kollegen schon drei Wochen auf ihren Lohn gewartet hatten, aber sie ließ ihnen durch den Posten mitteilen, daß sie sich einen höflichen Ton angewöhnen sollten, und dann wurden die beiden entlassen! Aber etwas nicht wegen Arbeitsmangels, denn in der gleichen Zeit wurden noch Leute eingestellt, sondern nur, weil sie ihr Recht gefordert hatten, was ihnen die Firma vorzuziehen. Ein solches Verfahren beurteilt sich selbst.

Unser Verband in Oberschlesien.

Der Weg der gewerkschaftlichen Organisation in Oberschlesien ist ein Weg des Leidens. Hindernisse mannigfacher Art, wie man sie in andern Gegenden nicht mehr kennt, stellen sich uns hier entgegen. Der Terrorismus der kapitalistischen Kreise ist hier so schroff wie kaum noch anderswo. Die staatliche Verwaltungspraxis und die Justiz stehen hier noch mehr unter dem Druck des Klassenhasses der Besitzenden, als in andern deutschen Gauen. Der Einfluß der Geistlichkeit ist kaum in einem zweiten Lande so groß wie in Oberschlesien. Aber damit ist die Reihe der Schwierigkeiten nicht erschöpft. Es kommt hinzu ein erschreckender Tiefstand der Arbeiterbevölkerung in allen Fragen der Kultur. Wirtschaftlich lebt die Masse der ober-schlesischen Arbeiter noch in den Niederungen des grauesten Elends. Die schlechtesten Wohnverhältnisse und die mindwertigsten Nahrungsmittel treffen wir hier an. Eine Folge all dieser Dinge ist die Unbildung und Unwissenheit der Masse, die große Verbreitung der Branntweinpest. In all diesen Erscheinungen treten uns die Folgen eines Regiments entgegen, bei dem sich eine unmittelbare aus dem Landuntertum hervorgeragene Kapitalistenklasse mit einem fatten Klerus in der Beherrschung des armen Volkes teil. Es ist nicht nur ein Junterparadies, sondern auch ein Paradies für jenes Priestertum, das vor allem in einem bescheidenen Leben und in der Herrschaft über die Geister sein Ideal erblickt.

In solchen Elendsgebieten ist der Gedanke der solidarischen Selbsthilfe vor sehr schwer zu verbreiten. Man denke sich dazu noch die nationale und sprachliche Zersplitterung und die Zersplitterung der Arbeiter durch „christliche“ beider Sorten, so kann man die Schwierigkeiten ungeschätzt, nicht vollständig, erkennen, mit denen hier zu kämpfen ist.

Trotz alledem hat der Maurerverband seit Anfang dieses Jahrhunderts viele Mühe aufgewendet, um in Oberschlesien seinen Fuß zu fassen. Früher als jede andere Gewerkschaft ging er zur Anstellung von Organisationsbeamten über, damit eine dauernde und stetige Arbeit möglich war. Nach langem Harren zeigten sich ungefähr von 1905 an einige Erfolge. Die Zahl der Organisierten reichte fast an 8000 heran und man glaubte, nun endlich zu können, was man so lange geläst. Aber diese Hoffnung trug. Die Krisis von 1908 tat der Organisation außerordentlich viel Weh. Oberschlesien blieb das Sorgen- und Schmerzenskind der Maurerorganisation. Auch die weitere Hoffnung, daß der nächste Aufschwung der Wirtschaft den Rückgang wieder ausgleichen würde, blieb unerfüllt. Die Abrechnung vom Jahre 1911 hat unsern Kollegen gezeigt, daß Oberschlesien an dem glänzenden Ergebnisse unserer Organisation nicht beteiligt war. Man mag einen guten Teil der Schuld an diesem enttäuschenden Ergebnis den oben beschriebenen Verhältnissen zuschreiben, allein tragen sie nicht die Schuld!

Es ist etwas, sogar sehr viel faul in unserer Organisation in Oberschlesien. Der persönliche Haß und Streit hat in die Eingänge gefunden und frisst nun in ihr und löst die Luft zum Arbeiten auch bei den wenigen, die sie bisher befaßen. So ist es leider! Die Verhältnisse! Ja, wir wüßten sie, sehr, wohl!

Aber sollen wir die Augen verschließen vor der Tatsache, daß unsere Organisation zurückging, während die Christlichen, die früher doch sehr bescheidenen Umfangs war und außerdem mit den Bagatelieren zu tun hatte, jetzt wuchs? Man bleibe darum gefälligst mit dieser Entscheidung zurück. Nicht die Verhältnisse, sondern die letzten Kollegen in Oberhessen tragen die Schuld an diesem bescheidenen Ergebnis! Der Verbandsvorsitzende, dem die Organisation in Oberhessen sehr am Herzen liegt, hat das Liebel der persönlichen Schwierigkeiten seit längerer Zeit erkannt; zu einem entscheidenden Eingriff aber konnte er sich nicht entschließen, weil er hoffte, man würde von selbst bald wieder in ein ordentliches Geleise kommen und weil er, wenn irgend möglich, alles vermeiden wollte, was als Behinderung hätte ausgelegt werden können. Die Veranlassung, wenn auch nicht die Ursache der persönlichen Schwierigkeiten war die Verschmelzung aller christlichen Gebiete zu einem Ganzen, in deren Folge der Kollege Baude seine Stellung als Gauvorsitzender einbüßte und Beamter des Zweigvereins Statowitz wurde. Es geht nicht an, hier alle die Störungen aufzuzählen, die im weiteren Verlauf der Dinge eintreten. Es genügt zu sagen, daß Kollege Baude als Leiter des Zweigvereins Statowitz geradezu passivem Dilettantismus gegen den Verbandsvorsitzenden trieb. Berichte, die häufig und überfällig waren, blieben aus und kamen selbst auf wiederholte Mahnungen nicht. Andere Kollegen, denen eine solche Obstruktion nicht gefiel und die dagegen eintraten, wurden von Baude angefeindet und so entwickelte sich bald eine wenig erfreuliche Geheer und Willkür der Kollegen gegeneinander. Mit der Organisation kam man dabei selbstverständlich nicht vorwärts; die werdende Tätigkeit bestand in wechselseitigem Schimpfen.

Soweit waren die Dinge, als die Konferenz des Gauces Schießen tagte und beschloß, beim Verbandsvorsitzenden die Anstellung eines weiteren Beamten für Oberhessen zu beantragen, den die Hauptstelle begehren sollte. Der Verbandsvorsitzende gab dem Antrag statt und beauftragte den Gauvorsitzenden, die Vorbereitungen dazu zu treffen. Das tat der Gauvorsitzende. Die Kollegen Möller und Volfmann gingen nach Oberhessen und hielten Versammlungen in den Hauptorten ab. Sie stellten den Mitgliedern vor, wie schädlich und gerüttelt doch der gegenwärtige Zustand sei. Der Verbandsvorsitzende biete die Hand zu zweckmäßigen Maßnahmen; man solle die Gesundheit nicht länger verheeren und in die Einstellung eines weiteren Kollegen einwilligen. Diese Einwilligung sei notwendig; denn ein Beamter, der den Mitgliedern aufgegeben sei, werde seiner Arbeit doch nicht froh und seiner Aufgabe nicht gerecht werden können. Aber was geschah nun? Jetzt verfolgten die Kollegen Baude, Möller, Benedikt und andere die beiden Gauvertreter von Ort zu Ort und machten die Versammlungen zum Schauplatz unerhörter Schimpereien. Sie erreichten, was sie wollten: die Anstellung eines Kollegen mußte unterbleiben. Soweit sind die Dinge bis heute gediehen. Der Verbandsvorsitzende hat sich zu weiteren Schritten noch nicht entschließen können. Das ist bei dieser Sachlage erklärlich. Denn es ist doch nun einmal nicht leicht, zwischen zwei Maßnahmen zu wählen, die beide von einschneidender Bedeutung sind. Soll der Verbandsvorsitzende tatenlos zusehen, wie da ein Teil der Organisation verkommt? Der Gedanke ist nicht zu ertragen. Oder soll er mit den Schlägerhänden reinen Tisch machen und mit ihnen so verfahren, wie es Schädlinge der Organisation verdienen? Auch ein solcher Entschluß wäre sehr schwer. Es bleibt die leise Hoffnung, daß die Kollegen, die die Schuld an diesen Zerwürfissen tragen, doch noch zur Besserung kommen; sonst muß es Aufgabe des Verbandes sein, Beschüsse zu fassen, die die Bahn für einen gesunden Fortschritt in Oberhessen freimachen.

Was die Bur nicht kennt, . . .

Die „Baugewerkschaft“ ist wieder einmal aus dem Gauschen. Sie glaubt die Quelle des Streites zwischen unsfern und den „christlichen“ Kollegen auf den Arbeitsstellen entdeckt zu haben und zwar in den „Geheeren“ der Beamten des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Sie beruft sich auf einen Bericht über die Konferenz des Gauces Bremen. Dort habe unser Gauvorsitzender Hübner nach der „Bremer Bürgerzeitung“ gesagt:

„Auch unserer tätigen Erhebung sind 300 christliche Bauarbeiter bei uns im Gau organisiert. Einige Zweigvereine geben sich als erste Anzeichen, um sie für uns zu gewinnen, andere verlassen sich wieder auf den Gauvorsitzenden. Das ist nicht richtig; denn es müssen alle Kollegen an der Agitation teilnehmen.“

Wegen dieser harmlosen und doch wohl selbstverständlichen Mahnung nennt die „Baugewerkschaft“ unsern so überaus verträglichen Karl Hübner einen „Schürer des Terrorismus“; nach solchen Äußerungen werde „der scheußliche rote Terror nicht lange auf sich warten lassen“. Das ist denn doch ein bißchen stark. Noch größer ist die Aufregung über ein Wort des Kollegen Borgmann: „Wenn wir auch nicht viel christliche Bauarbeiter haben, so müssen sie doch noch mehr bejagert werden.“ Hier wendet die „Baugewerkschaft“ sogar Bettend an, um ihre Entrüstung auszudrücken. Es scheint, als ob sie sich nicht recht klar über das Wort „bejagieren“ sei. Das ist vielleicht begreiflich. Man ist auf christlicher Seite so „national“ geworden (falls nicht inzwischen wegen der Haltung der Regierung in der Jesuitenfrage etwas anderes bestimmt worden ist), daß man die „sozialdemokratische Agitationsprache“ mit der Sprache der christlichen Volkanschlächter verwechselt, in der allerdings begreifen soviel wie alles abmurren bedeutet. Aber unter gebildeten Menschen heißt begreifen nicht weiten, als am den zehnten Teil verringern. Darum müssen auch wir mit der Mahnung des Kollegen Borgmann unzufrieden sein; denn wir wollen nicht nur den zehnten Teil der Christlichen, sondern möglichst viel, am liebsten alle für unsern Verband gewinnen. Wir geben also noch viel weiter als die „Schürer des Terrorismus“ in Bremen. Mit welchen Titeln werden wir nun erst belegt werden!

Es wäre gut, wenn die „Baugewerkschaft“ bei solchen Gelegenheiten ein Fremdwörterbuch zu Rate ginge.

Internationale Bauarbeiterbewegung.

Die Gewerkschaftsbewegung Grossbritanniens im Jahre 1911.

Im allgemeinen machte die britische Gewerkschaftsbewegung während des letzten Jahres einen bedeutenden Fortschritt. Zu Ende 1911 waren dem Arbeitsamt in London 1168 selbständige Gewerkschaften mit 3010846 Mitgliedern bekannt. Die Zahl der Organisationen war fast die gleiche wie Ende 1910, die Mitgliederzahl aber war um 669623 oder 23,3 pZt. höher. Ein so ausgiebiges Wachstum der Gewerkschaften ist in Großbritannien noch nie dagewesen. Veranlaßt wurde die starke Mitgliederzunahme in erster Linie durch die rege Agitation und die Streikbewegung der Transportarbeiter und einiger anderer Gruppen ungelerner Arbeiter. Die Organisationen der Seelen- und Hafenarbeiter zum Beispiel vermehrten ihren Mitgliederstand von 80406 im Jahre 1910 auf 245359 im Jahre 1911, bei den Organisationen der Fabriks- und allgemeinen Hilfsarbeiter ergab sich eine Mitgliederzunahme von 118745 auf 227306, bei den Eisenbahnern und andern Transportarbeitern zu Lande stieg die Mitgliederzahl von 163717 auf 269468 usw.

In den Baugewerben bestanden Ende 1911 67 selbständige Gewerkschaften mit insgesamt 173036 Mitgliedern oder um 16127 (10,3 pZt.) mehr als Ende 1910. Innerhalb dieser Gewerkschaften war das Wachstum sehr verschieden. Die Gewerkschaften der Bauhilfsarbeiter gewannen im Verhältnis sehr viele Mitglieder, aber von den Gewerkschaften der gelernten Bauarbeiter nahmen nur die Zimmerer nennenswert zu, was die folgenden Zahlen veranschaulichen:

Organisationen der	Zahl der Organisationen Ende 1911	Zahl der Mitglieder Ende 1911	Mitgliederzunahme im Jahre 1911
Bauhilfsarbeiter	18	18 945	55,1 pZt.
Zimmerer	4	79 602	11,0 „
Maurer, Stukkatoren, Maler usw.	45	81 489	2,8 „

Von den Mitgliedern der Zimmerergewerkschaften befanden sich jedoch 14946 außerhalb Großbritanniens und Irlands; so daß also die Zahl der im „vereinigten Königreich“ organisierten Bauarbeiter Ende 1911 nur 158 090 betrug.

In bezug auf zahlenmäßige Stärke den Bauarbeitern bei weitem überlegen sind die Gewerkschaften der Bergarbeiter, die am Schlusse des letzten Jahres 747819 Mitglieder hatten. Dann kommen die Organisationen der Transportarbeiter mit 514 827 Mitgliedern, die Textilarbeiter mit 435 389 Mitgliedern und die Metallarbeiter, Maschinen- und Schiffbauer mit 401 608 Mitgliedern — wobei 12475 außerhalb Großbritanniens und Irlands ansässige Mitglieder des großen Maschinenbauerverbandes nicht gerechnet sind.

Von den Organisationen der Maurer ist die Operative Bricklayers' Society die bedeutendste, doch hielt bei ihr auch im Jahre 1911 — trotz der nennenswerten Besserung der Konjunktur im Baugewerbe — der Mitgliederrückgang noch an. Ende 1910 hatten die Operative Bricklayers noch 23 284 Mitglieder, Ende 1911 hingegen nur mehr 22 468 oder um 816 weniger. Bemerkenswert ist, daß von 1869 bis 1900 nur in sechs Jahren Mitgliederverluste vorkamen, und zwar 1870, 1878 bis 1880, 1886, sowie 1893; seit dem Beginn des neuen Jahrhunderts nahm jedoch die Mitgliederzahl des Verbandes ununterbrochen ab. Daran war nicht nur die Wirtschaftskrise schuld, sondern noch viel mehr die Laune, mit der die gewerkschaftliche Werbetätigkeit betrieben wird. Nun erhofft die Verbandsleitung einen starken Mitgliederzustrom von der Beteiligung an der Durchführung der staatlichen Erwerbsunfähigen- und Arbeitslosenversicherung; denn nach dem Versicherungs-gesetz können Vereine aller Art an der Erwerbsunfähigenversicherung mitwirken und die Gewerkschaften können die Auszahlung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung besorgen, vorausgesetzt, daß sie sich der Regierungsschutz unterstellen.

Die Einnahmen der Operative Bricklayers' Society betrugen 1911 £ 45 569 (zirka M. 911 880), die Ausgaben £ 47 764 (zirka M. 955 280), und der Kassenbestand ging von £ 56 410 auf £ 54 215 (zirka M. 1084 300) zurück. Dazu kommen noch das Verbandshaus sowie die Einrichtung und Bureauaterial im Betrage von £ 6705. Für Unterstützungen wurden 1911 und 1910 folgende Beträge ausgezahlt:

Unterstützungszweige	1911	1910
Streikunterstützung	86 210	27 774
Reisegeld	8 189	11 937
Krankengeld	415 862	494 480
Altersunterstützung	198 348	250 027
Sterbegeld	75 132	75 974
Zusammen	733 241	860 192

Ab Januar 1911 erhalten jene Altersinvaliden, die bei der Uebernahme auf den Unterstützungsstand nicht mindestens 25 Jahre lang Beiträge geleistet hatten, statt 7 sh. wöchentlich 5 sh.; die, welche früher 5 sh. bezogen, bekommen jetzt nur noch 3 sh.* Die Reduktion war notwendig, weil der Verband die hohen Kosten der Altersunterstützung nicht mehr zu tragen vermochte. Durch den Rückgang der Mitgliederzahl wurde bewirkt, daß die alten Kollegen nun relativ viel stärker unter der Gesamtheit der Mitglieder vertreten sind als ehemals. Die wirtschaftlichen Erfolge, die der Verband 1911 erzielte, waren geringfügig. Im Bezirk Birmingham wurde die Arbeitszeit um eine halbe Stunde in der Woche verkürzt und der Stundenlohn um 1 d

(4 d) erhöht. In Glasgow, Kilmarnock, Nottingham, Newmarket, Southampton, Southorpe und Yeovil wurden Lohnerhöhungen durchgesetzt. In Flint wurde Bagna und Ende der Arbeitszeit an Sonnabenden geändert.

Der englische Steinmaurerverband (Operative Stone Masons' Society) hatte im Jahre 1911 eine Mitgliederzunahme von 7055 auf 7643 zu verzeichnen. Beigetragen sind 2294 Mitglieder, gestorben 145 und ausgestiegen 1561. Die Jahreseinnahmen dieses Verbandes beliefen sich auf £ 16 192 (zirka M. 323 840), die Ausgaben auf £ 16 649 (M. 372 980) und der Kassenbestand ging von £ 5220 auf £ 2763 (M. 55 260) zurück. Für gewerbliche Bewegungen — ohne Arbeitseinstellung — wurden im letzten Jahre M. 3380 verausgabt, für Reiseunterstützung M. 6980, für Unfallunterstützung M. 17 000, für Altersunterstützung M. 117 220 (M. 15,33 pro Mitglied), für Sterbegeld M. 28 080 und für fakultative Krankenunterstützung M. 8860.

Der Verband der Stukkateure vermehrte 1911 seinen Mitgliederstand von 6522 auf 6750, also um 228. Die Einnahmen betrugen £ 12 630 oder zirka M. 250 600, die Ausgaben £ 11 952 oder zirka M. 239 040 und der Kassenbestand stieg von £ 22 258 auf £ 22 836 oder zirka M. 456 720. — Für Unterstützungen wurden 1910 und 1911 folgende Beträge aufgewendet:

Unterstützungszweige	1910		1911	
	überhaupt	pro Mitglied	überhaupt	pro Mitglied
Streikunterstützung	1 564	0,23	1 063	0,17
Krankenunterstützung	50 687	9,00	46 196	7,52
Unfallunterstützung	16 801	2,77	15 626	2,55
Reiseunterstützung	5 927	0,98	4 992	0,81
Altersunterstützung	63 171	10,44	63 207	10,30
Ablebensunterstützung	16 487	2,71	17 390	2,84
Zusammen	154 637	26,12	148 474	24,19

Bei Berechnung der auf das Mitglied treffenden Ausgaben ist nur die Mitgliederzahl der zum Unterstützungsbezugs berechtigten Klassen zugrunde gelegt.

Über Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen enthält der Bericht des Stukkateurverbandes keine Auskunft.

Es ist zu befürchten, daß durch die Uebernahme staatlicher Versicherungsgeschäfte die britischen Gewerkschaften noch mehr als bisher von den Bestrebungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen abgelenkt werden. Die Abstimmung über die Verschmelzung aller Bauarbeitergewerkschaften zu einem Einheitsverband (vergleiche „Grundstein“, 1912, Seite 277 und 553 bis 554) hatte ein negatives Ergebnis. Dafür stimmten zwar elf Organisationen, aber auch sie brachten nicht die gesetzlich erforderliche Zweidrittelmehrheit auf. Insgesamt wurden 31 541 Stimmen für die Verschmelzung abgegeben. Nun will man von der Verschmelzung absehen und nur einen zentralisierten Streikfond der Bauarbeitergewerkschaften gründen.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen usw.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Anfällen, Vaneinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauteilen schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Berlin. Am 10. Dezember fiel ein auf dem Neubau der Verlagsabteilung in der Lindenallee Straße für die Firma Siemens-Schuckert-Werke dort beschäftigter Elektromonteur von einer circa 3 m hohen Leiter herab. Eine Knochenerspaltung des rechten Beines war die Folge. Die Ursachen des Unfalles waren wegen der in dem Räume herrschenden Dunkelheit nicht festzustellen. Nur durch das Geräusch des aufstehenden Störpers auf den asphaltierten Fußboden wurden einige andere in dem Räume beschäftigte Arbeiter auf den Unfall aufmerksam. Sie fanden den Verunglückten wie leblos am Boden liegen. Nachdem er einen Notruf erhalten, wurde für seine Ueberführung in ein Krankenhaus gesorgt.

Bremberg. Am 10. Dezember verunglückte auf einem Abruchbau der Firma Hofe in der Bahnhofstraße zwei Hilfsarbeiter. Ein Hilfsarbeiter verlor mit einer starken Schütt das Gleichgewicht und stürzte mit der Kette auf einen unten im Keller beschäftigten Hilfsarbeiter. Dabei wurden dem unten Beschäftigten beide Beine gebrochen. Der Abgestürzte erlitt innere und äußere Verletzungen.

Essen. Am 14. Dezember ereignete sich innerhalb der Krupp'schen Fabrik ein schwerer Unglücksfall. Bei den Abrucharbeiten der Kanonenwerkstatt 2 stürzte ein Teil des Giebels ein, wobei ein Sandlager sofort zerstört, ein Maurer schwer, ein zweiter Maurer leicht verletzt wurde. Der Handlanger, ein junger Mann von etwa 18 Jahren, war erst vor ungefähr vier Wochen aus Ostpreußen nach hier gekommen. Die beiden Maurer sind verheiratet. Wie die an diesen Arbeiter beschäftigten Leute übereinstimmend bekunden, ist dieser Unfall nur allein auf das Konto der Untereizung zu legen.

Hamburg-Altona. Auf dem Bau Ede Alantienstraße und Langestraße in Altona stürzte am 13. Dezember eine Sellaufstange ein, wobei der Arbeiter Zimmermann verunglückte wurde. Die Feuerwehre befreite den Verunglückten nach kurzer Zeit aus seiner gefährlichen Lage. Verletzungen habe 2. nicht erhalten, da ihn querliegende Bretter vor den Erbsen schützten. Wie gleichgültig man bei der Arbeit verfahren ist, geht daraus hervor, daß man bis an das Fundament des Neubaus in Tiefe und Breite der Ausgrabung ohne jede Sicherung für den Neubau und das Gerüst gearbeitet hatte. Bei dem Freigraben des Verunglückten mußte zunächst das Gerüst abgesteift werden,

um einem weiteren Unfall vorzubeugen. Der Unfall wirkt ein großes Licht auf die hauspolizeiliche Kontrolle der Stadt Altona. — Am 14. Dezember wurde der Mauerer Karlens in beim Mästen ab. S. erhielt Gesichtverletzungen und wurde ins Gipsverband transportiert. — Auf dem Abbruch der Eisenwerke an der Vinneberger Gasse fiel am 18. Dezember dem Abbrucharbeiter Kriebow ein Stück Holz auf den Körper. S. mußte ins Krankenhaus transportiert werden. (Der Kollege Kriebow war früher Angestellter im Zweigverein Berlin des Bauhilfsarbeiterverbandes.)

Leipzig. Zwei Schlosser waren am 19. Dezember in der Kronprinzenstraße damit beschäftigt, Löcher in das Eisengitter eines Glasbades zu schlagen, das dort für ein Lichtbildtheater angebracht werden sollte. Sie verdrängten diese Arbeit von einem schwächlichen Gerüst aus, das man aus Leitern und Balken zusammengebastelt hatte. Das Gerüst plötzlich zusammen und beide stürzten ab. Obwohl sie nur 8 m tief abstürzten, erlitten sie doch schwere Verletzungen.

Mendoburg. Am 12. Dezember stürzte ein Arbeiter an dem von der „Gute Hoffnungsstätte“ über den Kaiser-Wilhelm-Kanal ausgeführten Hochbrückenbau von dem oberen Spannbogen 34 m auf die Fahrbahn. Herab. Er wurde sofort tot. Gerade zwei Stunden hatte er dort gearbeitet. An dem Hochbrückenbau scheint es mit den Schutzvorrichtungen sehr mangelhaft bestellt zu sein; denn fast täglich kommen dort Unfälle vor. — Am 16. Dezember stürzte der Kollege G. mit Schweiß aus Stahlwerk von einem Pfeiler der Endwiderlager an dem Bau der Schleifbahn 14 m ab. Damit beschäftigt, den abgeputzten Pfeiler zu leeren, rutschte Schweiß infolge der nassen Witterung aus. In dem Krankenhaus, wohin man den Verunglückten brachte, stellte der Arzt innere Verletzungen fest. Die Arbeiten werden von der Firma Thad ausgeführt.

Leipzig. In einem Neubau in der Kornbergstraße war der Materialaufzug, ein Schwenkranz mit Krafttrieb, in der Mitte des Hauses, dicht neben dem Eingang, angebracht. Schutzvorrichtungen waren nicht vorhanden. Beim Arbeitslauf betrat am 16. Dezember zwei Arbeiter die Baustelle. Aus einem etwa 8 m hohen gegossenen Stahlfarm, der zweifelslos überfüllt war, fielen dem Kollegen Andreas M. mehrere Balken auf den Kopf. Der Betroffene brach benutzlos zusammen. Er wurde nach dem Krankenhaus gebracht und starb nach wenigen Stunden. Der Unfall dürfte hinterläßt eine Witwe mit fünf unvorhergesehenen Kindern. Wiedermum ist infolge fehlender Schutzvorrichtung ein Menschenleben zum Opfer geworden. Offenlich steht die Aufsichtsbehörde die richtige Lehre heraus und sorgt für Beseitigung der bestehenden Mängel, für Vornahme der vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen und Abdeckungen. — Gleichen Tages wurde ein Hilfsarbeiter am Bahnhofsverweiterungsbau zwischen einem Rollwagen und einem Pfosten eingeklemmt. Der Verunglückte trug schwere Verletzungen davon und mußte ins Spital gebracht werden.

Aus Unternehmerkreisen.

*** Orisariat der Leipziger Unternehmervereine.** Die in Leipzig bestehenden bausewerblichen Arbeitgeberverbände und Innungen haben sich „zur Förderung ihrer gemeinsamen Interessen“ zu einem „Augewerbeverband für Leipzig“ zusammengeschlossen. In einer am 17. Dezember im „Siebenmännerhaus“ abgehaltenen, von Vertretern der beteiligten Verufe stark besuchten Versammlung wurde die Gründung des Verbandes vorgenommen, dem nunmehr die Arbeitgebervereinigungen folgender Gewerbe angehören: Bauarbeiter, Bildhauer und Stukkateure, Dachbeder, Fuhrherren, Glaser, Holzgewerbe, Klempner und Installateure, Maler, Steinbildner, Steinmetzen, Steinseher, Tapezierer und Dekorateur, Töpfer und Ofenseher, Tischler. Die Geschäftsführung ist dem Verbande der Bauarbeitergeber (Hohe Straße 5a) übertragen.

Gewerkschaftliches.

*** Die Tarifernennung in der Holzindustrie** stößt auf große Schwierigkeiten. Der gegenwärtige Stand der Verhandlungen gibt Anlaß zu den ernstesten Bedenken. Der bisherige Verlauf der Sache sei hier kurz geschildert. Gleich nachdem der Arbeitgeberverband die Verträge gekündigt hatte, verständigten sich die beiderseitigen Zentralvorstände, die Verhandlungen möglichst zu beschleunigen. Am 29. und 30. November traten darum schon die Zentralvorstände zu einer Besprechung zusammen, die jedoch nur das Ergebnis hatte, daß man sich einig ward, zunächst in den Vertragsgebieten über die Lohnfrage zu verhandeln. In diesen Verhandlungen sollten die Unternehmerorganisationen einladen. Am 13. und 14. Dezember sollten dann die Zentralvorstände wieder zusammentreten. Die örtlichen Verhandlungen haben aber eine große Enttäuschung gebracht. Nur in ganz wenigen Orten hat man den eigentlichen Gegenstand der Zusammenkunft wirklich sachlich besprochen. In den meisten Orten haben die Unternehmer eine Haltung eingenommen, die alles Verhandeln zwecklos erscheinen ließ, und in mehreren anderen Städten haben die Unternehmer noch nicht einmal zu den verabschiedeten Verhandlungen eingeladen, wie es doch nach der Abmachung der Zentralvorstände ihre Pflicht gewesen wäre. Als die Arbeitgebervertreter den Vorstand des „Schutzbundes“ um Aufklärung dieses rechtsonderbaren Verhaltens ersuchten, versicherten die Herren, daß sie, schuldig daran seien; wenn man etwa denke, die örtlichen Organisationen der Unternehmer hätten auf seine Anweisung so gehandelt, so irre man sich. Damit stimmt nun allerdings nicht überein, was die „Holzarbeiter-Zeitung“ berichtet:

„Der Vorsteher der Arbeitgeberorganisation einer größeren Stadt in Mitteldeutschland war übrigens offenerherzig genug, unsern Kollegen schriftlich mitzuteilen, daß er

im Auftrage des Zentralvorstandes des Schutzbundes darum ersuche, die Forderungen schriftlich einzureichen. Als dann unsere Kollegen zu der anberaumten Zeit erschienen und das Verlangen der Arbeitgeber als sonderbar bezeichneten, wurde ihnen ausgemacht, daß nach der vom Zentralvorstand erteilten Instruktion die Sitzung nur den Zweck habe, die Forderungen entgegenzunehmen. Die Anweisung des Zentralvorstandes gehe ausdrücklich dahin, daß nicht verhandelt werden dürfe. — Der Zentralvorstand des Arbeitgeberverbandes bestreitet entschieden, solche Anweisungen herausgegeben zu haben.“

Dies Verfahren des Arbeitgeberverbandes erinnert lebhaft an die Komödien, die der Bund vor drei Jahren von seinen Ortsverbänden aufführen ließ.

Bemerkenswert ist auch die Haltung des Schutzbundes bei den letzten zentralen Verhandlungen am 13. und 14. Dezember. Hier war es plötzlich die Frage der Vertragsdauer auf. Die Verträge der Holzindustrie sind in vier Gruppen eingeteilt, von denen alle Jahr eine zu erneuern ist. Durch die Verteilung des gesamten Vertragsgebietes sind im Holzgewerbe Ausprägungen allgemeiner Art nicht möglich, da für drei dieser Gruppen immer gültige Verträge bestehen. Der Schutzbund möchte aber gern die Möglichkeit einer allgemeinen Ausprägung haben und verlangt nun, daß die neuen Verträge nicht wie bisher auf vier Jahre, sondern auf drei Jahre abgeschlossen werden. Dadurch würde er für die zwei größten Gruppen einen gleichen Ablauftermin bekommen und wäre also dem erstrebten Ziel etwas näher gerückt. Hier merkt man die Hand des „Reichsbundes der bausewerblichen Arbeitgeberverbände“. Das ist sein Wille. Es ist ja sein Zweck, eine einheitliche Tarifpolitik zu betreiben und die Kämpfe gemeinsam zu führen. Die Holzarbeiter werden sich dem auf nachdrücklichste widersetzen. Einer Verkürzung der Arbeitszeit für die Orte, wo sie heute bereits 54 Stunden die Woche beträgt, ist der „Schutzbund“ abgeneigt, während die Holzarbeiter eine solche fordern. Schließlich hat man die Verhandlungen abgebrochen, ohne zu einem Ergebnis gekommen zu sein; sie werden vermutlich noch einmal wieder aufgenommen werden, aber die Lage ist trotzdem sehr ernst.

Soziales.

*** Die Gründung der „Volksfürsorge“**, gewerkschaftlich-gewerkschaftliche Versicherungsanstalt, erfolgte am 16. Dezember in Hamburg vor einem Notar. Die Gesellschaft ist mit einem Aktienkapital von 1 Million Mark gegründet worden. Dieses Aktienkapital wurde voll eingezahlt.

Der Vorstand der „Volksfürsorge“ setzt sich zusammen aus sechs Personen, von denen zwei die eigentlichen Vorstandsgeschäfte führen, während vier weitere Vorstandsmitglieder nur im Nebenamt diese Aufgaben erfüllen. Zu gewerkschaftsführenden Vorstandsmitgliedern wurden die Herren A. v. Elm und Fr. Leide (Hamburg) bestellt. Als Vorstandsmitglieder im Nebenamt sind von den Gewerkschaften die Herren Paepow und Menier, von den Gewerkschaften die Herren Kaufmann und Lorenz, sämtlich in Hamburg, bestimmt worden. Der Aufsichtsrat der „Volksfürsorge“ setzt sich aus acht Personen zusammen, von denen vier die gewerkschaftliche und vier die gewerkschaftliche Seite repräsentieren. In den Aufsichtsrat wurden gewählt die Herren Bauer (Berlin), Siepert (Berlin), Schert (Berlin) und Schläder (Leipzig) als gewerkschaftliche Vertreter und die Herren Jünger (Berlin), Krähmer (Dresden), Hoffmann (Magdeburg) und Dr. Aug. Müller (Hamburg) als gewerkschaftliche Vertreter.

Mit der Vornahme des notariellen Gründungsaktes ist die Gesellschaft „Volksfürsorge“ ins Leben getreten. Ihre Eintragung ins Handelsregister kann allerdings erst erfolgen, wenn das Aufsichtsrat für Privatversicherung den Geschäftsplan, die Tarife und die Versicherungsbedingungen der Gesellschaft genehmigt und ihr die Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb erteilt hat. Der Antrag auf Eröffnung des Geschäftsbetriebes und Veröffentlichung der Tarife und Versicherungsbedingungen ist nach den bereits geführten Vorbereitungen nunmehr am 18. d. M. von der gegründeten Aktiengesellschaft auch formell gestellt worden. Selbst wenn die Eröffnung dieses Antrages keinerlei Verzögerung erfährt, werden aber noch einige Wochen vergehen, ehe der eigentliche Geschäftsbetrieb der „Volksfürsorge“ aufgenommen werden kann. All die zahlreichen Freunde des Unternehmens, die ihm ihre Versicherungsaufträge zuweisen wollen, müssen daher noch um einige Zeit zur Geduld ermahnt werden. Der bedeutendste Teil der sehr schwierigen und zeitraubenden Vorbereitungen, die Festlegung des Gesellschaftsvertrages, der Tarife und der Versicherungsbedingungen ist aber nun glücklich zu Ende gebracht, und die Hoffnung darf wohl gehegt werden, daß in nicht allzu ferner Zeit die „Volksfürsorge“ mit ihrer Tätigkeit beginnen wird.

Eine Sandhaltungserkennung. Das „flotte Leben“, das die Bauarbeiter, und besonders die Maurer, nach Angabe unserer Gegner führen können, wird trefflich gekennzeichnet durch eine Aufzählung, die wir von einem Kollegen, einem Maurer aus Groß-Pommern, erhielten. Die Gegenüberstellung eines Wohnbedarfs zum Unterhalt seiner Familie und seines Wochenverdienstes zeigen an einem praktischen Beispiel, wie das flotte Leben aussieht. Der Kollege arbeitet in Frankfurt a. M. und verdient somit den höchsten in dem Gebiete seines Wohnortes gezahlten Lohn. Seine Familie besteht aus neun Köpfen. Bei einem Stundenlohn von 83 ¢ verdient er bei einer täglichen Arbeitszeit von neunzehn Stunden nach Abzug der Beiträge für die Versicherung 84,22. Die Zusammenstellung der wichtigsten Ausgaben enthält folgende Posten: 1/2 Pfund Kaffee 75 ¢, 1/2 Pfund Malz 15 ¢, 1 1/2 Pfund Salz 15 ¢, 1 Pfund Mehl 20 ¢, 1 Pfund Zwiebeln 5 ¢, Brot 4,25, Bräusen 1,03, Fett 80 ¢, Zinsen 12 ¢, Gasen 10 ¢, Wachen 11 ¢, 3/4 Liter Petroleum 50 ¢, 1 Pfund Seife 34 ¢, 8 Liter Milch 2,40, 1 Pfund Fleisch 80 ¢, Butter 80 ¢, Eier 20 ¢, Eier

18 ¢, 1 Pfund Zucker 25 ¢, Rubeln 15 ¢, Essig 6 ¢, Del 25 ¢, Kartoffeln 1,50, Kosten und Holz 1,50, Gemüse 80 ¢, Getreide 15 ¢, Meile 1,75, Verbrauchsbeitrag 10 ¢, Arbeitsbeitrag 10 ¢, Arbeitsbeitrag 10 ¢, Zeitung 20 ¢, Aufschub 80 ¢. Diese Ausgaben betragen zusammen 20,70. Unser Kollege arbeitet aber, wie schon gesagt, in Frankfurt a. M. Er kann deshalb nicht jeden Abend zu seiner Familie zurückkehren, sondern bleibt von Montags bis Sonnabends in Frankfurt a. M. Das verursacht weitere Kosten für Logis, Kost und Fahrgehalt im Betrage von 18. Der nachte Lebensunterhalt für sich und die Seinen kostet dem Kollegen somit 38,70. Der Verdienst übersteigt die hier angeführten Ausgaben somit um 52 ¢. Man bedenke, Fleisch verzehret der Arbeiter nur ein Pfund, das ist für den Sonntag bestimmt, Wurst gleichfalls nur ein Pfund. Zugabe zum Brot fehlt gänzlich. Für Gewürzmittel, wie Kakao, Zigarren, geistige Getränke ist gar nichts angelegt. Zudem werden Kleidung, Schuhe gebraucht, Steuern, Schulgeld usw. sind zu entrichten. Daß der Verdienst hierzu nicht ausreicht, liegt auf der Hand. Die Frau ist denn auch genötigt, trotz der Last ihrer häuslichen Arbeit, soweit ihre Gesundheit es gestattet, mitzuarbeiten. Trotz allem wäre noch auszukommen, wenn während des ganzen Jahres aus Arbeit und Verdienst zu rechnen wäre. Vom Glück begünstigt ist schon der Bauarbeiter, der dies nur für die Sommermonate berichten kann. Im Winter bringt die kürzere Arbeitszeit geringeren Verdienst, wenn überhaupt Arbeitsgelegenheit geboten ist. Dann kommen Regentage, die den Wochenlohn schmälern. Auch das Aufsuchen neuer Arbeitsgelegenheit ist mit Ausgaben verbunden. Jedem, der seinen dummten Schadel über das angeblich glänzende Los der Bauarbeiter aufreißt, kann an Vorzeichen gezeigt werden, was ihnen noch fehlt. Wir Bauarbeiter müssen durch unermüdete Agitation zur Festigung unserer Organisation beitragen, damit uns die nächste Lohnbewegung eine Verbesserung unserer Lage bringt.

Soziale Rechtsprechung.

r. v. Unfall auf dem Wege zum Arzt ist kein Betriebsunfall! Ein Bauarbeiter hatte wie gewöhnlich um 1 Uhr seine Tätigkeit am Neubau aufgenommen. Bald darauf stellten sich jedoch bei ihm heftige Brustschmerzen ein. Er ging deshalb um zwei Uhr zum Arzt, nachdem er sich hierzu vorher vom Polier die Erlaubnis geholt hatte. Auf dem Rückwege vom Arzt nach der Arbeitsstelle erlitt er infolge des Glattseins einen Unfall. Die Ablehnung der Rentenansprüche begründet das Reichsversicherungsamt folgendermaßen:

„Durch den Weg zum Arzt hatte der Kläger seine Betriebsfähigkeit unterbrochen und war nun bis zur Rückkehr zum Neubau aus dem Betriebe ausgeschieden und in seinem rein eigenwirtschaftlichen Interesse an der Erhaltung seiner Gesundheit tätig. Daß dieses Interesse dem Interesse seines Arbeitgebers entsprach und daß der Gang zum Arzt mit Erlaubnis des Poliers erfolgte, machte die ganze Tätigkeit nicht zu einer versicherten Betriebsfähigkeit. Nur gegen die bei der letzten sich ereignenden Unfälle sind aber die Arbeiter versichert. Während des Rückwegs von diesem Arztbesuch zum Neubau befand sich der Kläger auf dem, nach der ständigen Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, unversicherten „Weg zur Arbeit“, er hat daher für einen ihm auf diesem Wege zugefügten Unfall keine Rente zu beanspruchen.“ (Entscheidung des Reichsversicherungsamts vom 7. Oktober 1912, I a 5827/12.) Die Arbeiter werden zu diesem Urteil wie zu so manchem, andern den Kopf schütteln.

Polizei und Gerichte.

*** Nürnberg.** (Achtunddreißig „rote Terroristen“.) Vor einigen Monaten beurteilte ein Nürnberger Schöffengericht 38 Bauhilfsarbeiter wegen Vergehens gegen den § 153 der Gewerbeordnung zu je einem Tag Gefängnis. Diese Sache wurde seinerzeit in der bürgerlichen Presse, insbesondere in der Christenpresse, und in den letzten Tagen auch im deutschen Reichstage unbedeutend gegen die „terroristische Sozialdemokratie“ ausgebeutet. Am 14. Dezember mußte jenes Schöffengericht Urteil vom Nürnberger Landgericht sehr wesentlich geändert werden. Es erkannte die Verurteilung wiederum den Weisheit, wie rasch die Schöffengerichte auch im „gemühtlichen Bayern“ bei der Hand sind, freigeordnete Arbeiter auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung ins Gefängnis zu schicken. Vor dem Landgericht zeigte sich, daß das Schöffengericht in geradezu leichtfertiger Weise über einige Duzend harmloser Leute den Stab brach und eine Gefängnisstrafe ausprügte. Es stellte sich heraus, daß man am Schöffengericht in Vandal und Bogen verfuhr, man nahm sich nicht die Mühe, alle Angeklagten zu verhören, sondern nur einen Teil. Die übrigen Angeklagten wurden lediglich flüchtig gefragt, ob „es so gewesen“ sei. In ihrer Ungewandtheit unterließen die Leute, darauf zu dringen, daß sie angehört wurden.

Nach der Anklageschrift „sahen“ die 38 „hinreichend verdächtig, in bewußtem und gezieltem Zusammenwirken, sohin gemeinschaftlich andere sowohl durch Drohung als auch durch Verurteilung zu bestimmen versucht, an einer Vereinigung bezw. Verabredung zum Zwecke der Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen“.

Im Schöffengerichtsurteil war als erwiesen angenommen, daß die 38 Gilder an drei christlichorganisierte Mitarbeiter des Amtes stellten, aus dem christlichen Bauarbeiterverband auszutreten und sich unserm Verband übergeben zu lassen. In einem Sonnabend soll den Christlichen Geist zum folgenden Montag gestellt worden sein. Am Montag früh sollen dann die 38 die Aufforderung an die Christlichen wiederholt haben, verläßt mit der Drohung, daß die Christlichen aussetzen müßten, wenn sie sich nicht in den Deutschen Bauarbeiterverband aufnehmen ließen. Da die Christlichen sich nicht fügten, hätten die 38 die Entlassung der drei

Christlichen durch Niederlegung der Arbeit erzwingen. Diese Darlegung des Schöffengerichts, die falsch ist, wurde von den Christlichen weidlich gegen die Sozialdemokratie ausgenutzt. In der Strafkammerverhandlung wurde festgestellt, daß es sich gar nicht um eine verabschiedete Arbeitseinstellung handelte. Der größte Teil der Leute, die das Schöffengericht verurteilte, waren über den Zweck der Arbeitsniederlegung, die ganz unvorhergesehen erfolgte, gar nicht unterrichtet. Einige der „roten Terroristen“, die mit verurteilt wurden, waren nicht einmal organisiert. Von den drei Christlichen war einer bis kurz vor jenem Vorgang in unserm Verbands und erst seit ein paar Wochen zu den Christlichen übergetreten. Dieser Christliche mußte vor Gericht ausgeben, daß ihm trotz dieses Verhaltens an der Arbeitsstelle keiner der Freiorganisierten irgendwie belästigt. Das Landgericht erachtete lediglich für festgestellt, daß der Baudelegierte die Christlichen fragte, ob sie überstreuen wollten. Es war dies morgens vor Arbeitsbeginn. Als die Christlichen bejahten, habe der Baudelegierte zum Bauführer gesagt: „Wir haben drei Christliche unter uns, das tut nicht gut, wir hören auf.“ Sechs weitere Freiorganisierte sollten dies gehört haben, und als der Baudelegierte sagte, es sei die Arbeitsstelle (es handelte sich um eine Anstaltsarbeit) zu verlassen, ging alles bis auf die Christlichen fort. Der Bauführer holte jedoch die Freiorganisierten zurück und entließ die drei Christlichen. Vor Gericht bekundete der Bauführer, daß danach der christliche Arbeitersekretär Lang bei ihm erschien und ihm riet, die Freiorganisierten zu entlassen, er würde ihm in diesem Falle 30 Christliche zur Verfügung stellen. Der christliche Sekretär aber wurde für diesen Terrorismus nicht zur Verantwortung gezogen. Wie schrecklich schwer die drei Christlichen, die entlassen wurden, den Vorgang auffaßten, ging recht drastisch aus einer Äußerung hervor, die einer bei der Entlassung machte. Er bemerkte: „Das ist mir ganz recht, jetzt kann ich daheim meine Kartoffeln ausmachen (sagen, stecken) und bekomme vom Verband noch Unterstützung dazu!“

Die Strafkammer bestätigte bei sieben der Angeklagten das schöffengerichtliche Urteil und sprach die übrigen frei. Es ist aber auch das Urteil des Landgerichts noch ganz unverständlich. Es könnte-für-gemäß der § 153 der Reichsgewerbeordnung doch nur Anwendung finden, wenn ein tatsächlicher Fall „zur Erlangung besserer Arbeits- und Lohnbedingungen“ vorläge. Darum handelte es sich aber hier nicht.

Den mageren Knochen, der von dem erst so großartig scheinenden Fressen übrig geblieben ist, überlassen wir den Christlichen gern zum weiteren Benagen.

Sensburg. Am 9. Dezember standen wiederum drei unserer Kollegen wegen Streikvergehens vor dem hiesigen Schöffengericht. Im ersten Falle waren die Kollegen Albert Lange und Rudolf Simanzid wegen einer ganz harmlosen Sache angezeigt. Wie vorauszu sehen war, ging man mit unsern Kollegen nicht sehr feinfühlig um, sondern verurteilte sie zu ganz erheblichen Geld- beziehungsweise Haftstrafen. Lange wurde zu M 60 oder 20 Tagen Gefängnis, Simanzid zu M 10 Geldstrafe verurteilt. Im zweiten Falle sollte unser Kassierer, Kollege Gustav Karasch, den Bauleitenden des Kreishauses in Sensburg, Herrn Meßelburg, durch die Worte beleidigt haben, er sei ihm viel zu jung, um ihm etwas zu sagen, und Menck, was wollen Sie von mir, Sie wissen ja gar nicht wie Sie heißen. Außerdem soll Karasch ihm mit einer Wasserwaage gedroht haben. Obwohl die ersten Worte keine Beleidigung enthalten, da der Bauleiter erst 25 Jahre alt ist, erhielt er die Klage aufrecht. Die Klage wegen des zweiten Ausspruches: Menck, Sie wissen ja nicht, wie Sie heißen, konnte er nicht mehr aufrechterhalten, weil er glaubte, etwas ähnliches gehört zu haben. Während der Zeuge M. anfangs bestimmt bejaugte, Karasch habe ihm mit der Wasserwaage gedroht, war er im Laufe der Verhandlungen genötigt, auch diese Verschuldung erheblich einzuschränken, indem er meinte, etwas ähnliches bei Karasch gesehen zu haben. Nach einer Berücksichtigung der ganzen Angelegenheit durch den Rechtsanwalt Abrahamson, sprach das Gericht den Angeklagten wegen der Drohung frei. Wegen der Beleidigung erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von M 5, obwohl M. unsern Kollegen durch die Beleidigung eines Einbruchdiebstahls schwer beleidigt hatte. Der Amts-anwalt hatte M 30 Geldstrafe beantragt und betont, die Beleidigung sei nicht sehr schwer gewesen, jedoch habe einen Mann getroffen, dessen Ansehen dadurch herabge-
einst werden konnte. Als die Sache Karasch vorgelesen wurde, waren Angeklagter, Rechtsbeistand und die übrigen Zeugen zur Stelle, nur der Herr Kläger und zugleich Zeuge fehlte. Sofort wurde eine andere Sache und zugleich Zeuge und die Sache Karasch bis zum Erscheinen des Klägers zurückgestellt. Der Vorsitzende schickte den Gerichtsdiener in die Wohnung des Klägers, um ihn holen zu lassen. Der erschien dann auch. Als der Richter ihn auf die Bedeutung des Eides aufmerksam machte, befiel er den Gerichtsdiener in der Hand und die eine Hand in der Tasche. Galtte sich ein Arbeiter so etwas Wechnisches gegenüber dem Richter erlaubt, so wäre man mit ihm wohl anders verfahren, aber es war in diesem Falle doch ein königlicher Bauführer.

Briefkasten.

(Anfragen in Sachen des bürgerlichen Rechts beantwortet wir nicht, ebenso erteilen wir keine briefliche Auskunft, auch nicht, wenn Antwort beigelegt ist.)

Gertr. Müller i. D. Die Sache mit dem Küchengelb stimmt, nur sind die Gerichte vom Freitag und Sonnabend verwechselt worden.

B. P. in S. Einzelheiten der Anstalt kennen wir nicht; aber was wir kennen, läßt uns die Zurückweisung der Notiz als unrichtig erscheinen und darum nahmen wir sie auf. So haben auch andere Gewerkschaftsblätter gehandelt.

Ferd. Sch. in R. Das war nicht so schlimm gemeint.

Eingegangene Schriften.

(Die hier angezeigten Schriften sind nicht von uns zu beziehen. Man wendet sich an die nächste Parteibuchhandlung.)

Jungvolk. Jugendalmanach, herausgegeben von der Zentralkasse für die arbeitende Jugend Deutschlands. Berlin, Vorwärtsverlag. Im Buchhandel 50 Pf., für Jungendliche 25 Pf.

Unsere Almanachs sind allgemein über ihren ursprünglichen Rahmen hinausgewachsen. Anfangs enthielten sie ein einfaches Kalendarium und daneben einige dürftige Angaben über den Postverkehr, über Münzen, Maße und Gewichte oder eine kleine Auswahl von Adressen der einzelnen Körperschaften innerhalb der Arbeiterbewegung. Heute ist dieser Inhalt nur noch das Weimert des Ganzen und in der Hauptsache bieten die Almanachs der einzelnen Gewerkschaften neben dem Inhalt über berufliche Fragen einen reichen und mannigfaltigen Lesestoff, der den Almanach zu einem kleinen Nachschlagebuch hat werden lassen. Bei allen Almanachs, die von den Gewerkschaften herausgegeben werden, läßt sich die erfreuliche Tatsache feststellen, daß bei der Auswahl des Lesestoffs besonders auf die bildende und erzieherische Wirkung Rücksicht genommen wird.

Und hierin bietet auch der Jugendalmanach dem arbeitenden Jungvolk vorzügliches. Neben einem kurzen geschichtlichen Überblick von Max Peters, über die Entstehung der proletarischen Jugendbewegung, ihre Entwicklung und ihren gegenwärtigen Stand und alles, was dazwischen liegt an polizeilichen und gesetzlichen Schikanen und Hindernissen und pfäfflicher Verleumdung, haben die besten und berufensten Männer ihr erzieherisches Talent in den Dienst des „Jungvolk“ gestellt. Würziger

Zentralkassentasse.

In der Woche vom 15. bis 20. Dezember sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Harburg M. 400, Neuruppin 350, Altona 200, Bries a. d. O. 200, Erbenheim 200, Königsberg i. Pr. 200, Reibsch 200, Richtenrade 200, Neuenhagen 200, Franckenstein 100, Ralberge 100, Seyda 100, Regel 100. Summa M. 2550.

Zusätze erhielten: Charlottenburg M. 1000, Posen 1000, Düsseldorf 400, Annaburg 300, Danzig 300, Geln a. Rh. 300, Kamenick 300, Frankfurt a. M. 200, Grünau i. M. 200, Leipzig 200, Sandbach 200, Zwenkau 200, Ottendorf 150, Pankow 100, Karlstraße 100, Langendiebach 100, Siedelsbrunn 100, Springe 100, Rüdeburg 50, Hohenstrug 50. Summa M. 5350.

Altona, den 20. Dezember 1912.

Fr. Klätsch, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Den örtlichen Verwaltungsbeamten sowie allen Mitgliedern wünschen wir zum Jahreswechsel ein frohliches, gesundes Neujahr! Der Vorstand.

Anzeigen

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zastellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile sollt zu A.)

Breslau. Am 16. Dezember starb unser Kollege **Paul Neumann** im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose.

Darmstadt. Am 16. Dezember starb unser Mitglied **Frank Fack** im Alter von 39 Jahren an Lungentuberkulose.

Dresden. Am 15. Dezember starb der Kollege **Reinhardt Rasch** im Alter von 61 Jahren an Magenkrebs. Am 15. Dezember starb unser langjähriges Mitglied **Paul Uhlig** im Alter von 49 Jahren an Rheumatismus.

Hirshberg i. Schl. Am 15. Dezember starb nach längerer Krankheit unser Kollege **Otto Schöps** aus Kaiserwald a. d. A. im Alter von 22 Jahren an Gehirntuberkulose.

Leipzig. Am 19. Dezember starb unser Kollege **August Gehhardt** im Alter von 71 Jahren infolge eines Herzschlages. Am 19. Dezember starb unser Kollege **Wilhelm Hesse** im Alter von 61 Jahren an Herzschlag.

Mercane i. S. Am 12. Dezember starb unser Kollege **Arno Rauschenbach** aus Merla im Alter von 22 Jahren an Magenkrebs.

München. (Bayerische Arbeitervereine.) Am 14. Dezember starb unser Kollege **Johann Trautwein** im Alter von 38 Jahren an Lungenentzündung. Am 19. Dezember starb unser Kollege **Josef Kreidmeier** im Alter von 30 Jahren an Darmkrebs.

Neustettin. Am 16. Dezember starb unser Kollege **Georg Fröhlich** im 22. Lebensjahre an Lungenbluten.

Nowawes. Am 18. Dezember starb unser Kollege **Friedr. Puhlmann** im Alter von 63 Jahren an Darmkrebs.

Nürnberg. (Zastelle Buch.) Am 13. Dezember starb unser Kollege **Joh. Th. Rammner** im Alter von 53 Jahren an Influenza.

Pirna i. S. Am 18. Dezember starb unser Kollege **Arthur Hartmann** aus Struppen im Alter von 20 Jahren an Rippenfellentzündung.

Schwerin. Am 16. Dezember starb unser treues Mitglied **Friedrich Dunker** im Alter von 29 Jahren an Zuckerkrankheit.

Sollingen. Am 16. Dezember starb unser Kollege **Alfred Schmidt** im Alter von 22 Jahren an Blinddarmentzündung. Am gleichen Tage starb unser Kollege **Heinrich Schukart** aus Wald im Alter von 45 Jahren an einer Krampfadernoperation. Am 18. Dezember starb unser Kollege **Parocelli Celeste** im Alter von 20 Jahren an Lungenentzündung.

Sutthart. Am 16. Dezember starb unser Kollege **Andreas Maier** im Alter von 47 Jahren durch einen Unfall.

Witten. Am 11. Dezember starb nach langem Leiden unser treues Mitglied **August Röper** im Alter von 74 Jahren.

Zeulenroda. Am 16. Dezember starb nach langer Krankheit unser Kollege **Otto Günther** im Alter von 27 Jahren an Tuberkulose.

Ehre ihrem Andenken!

K. Ch. L. Hansen, Maurer, geboren am 17. Juli 1883 in Kopenhagen, wird von seiner alten Mutter um eine Nachricht gebeten. Wer etwas von Hansen Aufenthalt weiß, möge es mitteilen an Madame Hansen, Kopenhagen, Prinzessengade 77 D. 4. Ent. [M. 1.50]

Karl Freihoff, Stufatour, geboren am 2. Juli 1873 in Offen, wird erlucht, schnellstens nach Hause zu kommen. Nachrichten über seinen Aufenthalt erbeten an Frau **Freihoff, Nibingen 37, bei Metz.**

Erhard Badum, unbekannten Aufenthalts, wird erlucht, sofort nach Hause zurückzukehren, da der Vater schwer erkrankt ist. Vielleicht ist er in Hamburg, oder kommt dieser Tage dorthin. Der Vater bittet darum, daß die mit dem Genannten zusammenkommen den Kollegen, besonders der Vorstand des Zweigvereins seines Aufenthaltsortes ihn hier von benachrichtigen. [M. 2.40]
Der Vorstand des Zweigvereins Hohenstadt a. d. Aisch.

Adressenveränderungen.

(V bedeutet Vorname, K Kassierer, L Betriebsrat, H Herberge, R Stellvertretung wird ausgesetzt sein.)

Raugensatz. Rz beim K. Louis Henning, Burggasse 28.

Prien. Rz bei Sebastian Kutter, Gries, vormittags von 11 bis 12 Uhr und nachmittags von 6 bis 6 Uhr.

Stahlfurt. V. And. Böhne, Wachtelstr. 49. Rz abends von 6 bis 8 Uhr in Leopoldshall, Schulstr. 3, Herberge.

Strigau. V. Paul Rudolph, Hohenrebeberger Straße 17. Rz Heinrich Seidel, Altmünster Straße 17. Rz Heinrich Seidel, Altmünster Straße 17. H. Gasthaus „Zum weißen Schwan“, Schweinitzer Straße 42.

Verfammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Verfammlungen zu besuchen.

Verfammlungen der Zweigvereine. Berlin.

Montag, den 6. Januar, abends 8 Uhr:

Verfammlungen der Stufatour.

Westen: Wilmstr. 69, bei Wiemers.

Wobbit: Stephanstr. 30.

Charlottenburg: Wilmstr. 3 (Wollschau).

Steglitz: Wilmstr. 4 bei Schöps.

Wilmersdorf: Brandenburger Straße 100, bei Seife.

Osten-Südosten: Wilmstr. 61, bei Sieg.

Dienstag, den 7. Januar, abends 8 Uhr.

Neutölln: Brigg-Jahrgang-Strasse 3.

Norden: Bernauer Straße 76, bei Siegner.

Jene Kollegen, die in Berlin wohnen, für die keine Verfammlungen angelegt ist, geben in die ihnen am nächsten gelegene Verfammlungen.

Der Mitgliedschaftsausweis ist mitzubringen.

Agendierung in sämtlichen Verfammlungen: 1. Bericht vom abgelaufenen Geschäftsjahr. 2. Vorschläge zur Wahl der Sektionsleitung.

Sonntag, den 29. Dezember.

Hersbruck. Radm. 3 Uhr im Lokale „Zum Hirschen“. Referent anwesend.

Lychen. Radm. 4 Uhr bei Robert Deltom. T. O. Bericht von der Gaukonferenz. Vorstandswahl. Bericht des Sektionsleiters.

Sonntag, den 5. Januar.

Berlin. (Tippsticker.) Bei Kluge, Lange Straße 63. Wegen wichtiger Vorfallung im Gewerbe ist das Ersich in allen Kollegen notwendig.

Muskau. T. O. Wahl des Vorstandes.

Mittwoch, den 8. Januar.

Guben. Abends 6 Uhr in „Vollgarden“—Bericht von der Gaukonferenz.